

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSCHRIFT
DES VEREINES DEUTSCHER INGENIEURE
SCHRIFTFLEITER: D. MEYER U. W. SPEISER

15. Jahrg.

März 1922

3. Heft

Die Währungsfrage als weltwirtschaftliches Problem¹⁾.

Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Hermann Schumacher, Berlin.

I.

Da das Geld als »Wertmesser« für alle anderen Güter dient, kann der Wert des Geldes selbst bekanntlich nicht unmittelbar festgestellt werden. Er kann vielmehr durch das bestimmt werden, was man für Geld eintauschen kann. Das sind Waren und fremdes Geld.

Wenn der Wert eines Geldes in fremdem Geld ausgedrückt wird, sprechen wir von dem Außenwert des Geldes oder der Valuta. Der Außenwert kann in ebensoviel Kursnotierungen zum Ausdruck kommen, wie es fremde Währungen gibt. Es ist die Aufgabe der Devisenarbitrage, aus der ursprünglichen Mannigfaltigkeit der örtlichen Bewertungen die Einheitlichkeit des internationalen Marktes für jede einzelne Währung herzustellen. Im selben Maße, wie ihr das gelingt — und es ist ihr vor dem Kriege gelungen —, stellt der Außenwert des Geldes, trotz seiner verschiedenen Bezeichnungen, etwas Einheitliches dar, das auch in einer Zahl vollständig zum Ausdruck gebracht werden kann. Im selben Maße, wie eine internationale Einheit des Marktes für eine Währung nicht vorhanden ist und sich auch nicht ohne weiteres herstellen läßt, fehlt auch die Einheitlichkeit in der Außenbewertung einer Währung. Eine ganze Reihe von Zahlen ist dann für den Außenwert eines Geldes bezeichnend, und nur künstlich läßt sich eine Einheitszahl errechnen, eine Einheitszahl noch dazu von fragwürdiger Bedeutung. Die heute beliebten Versuche, einen sogenannten »Valutaindex« für die Bewertung einer Währung im Ausland aufzustellen, sind nur ein Beweis dafür, daß der Weltmarkt einstweilen noch nicht wiederhergestellt ist, und daß die Arbitrage ihre weltwirtschaftliche Aufgabe noch nicht wieder zu erfüllen in der Lage ist. Störungen

¹⁾ Vorgetragen in der Nordischen Verkehrskonferenz in Lübeck am 27. September 1921; erstmalig veröffentlicht in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1921 Heft 4 S. 937 u. f.

mannigfacher Art verhindern noch ein normales Funktionieren, das vor dem Kriege als eine Selbstverständlichkeit galt.

Wenn der Wert eines Geldes in Waren ausgedrückt wird, kann man, gegenüber dem Valutawert, vom Warenwert des Geldes sprechen, und da es regelmäßig inländische Waren sind, an denen man den Geldwert mißt, so pflegt man diesen Warenwert als Binnenwert des Geldes zu bezeichnen. Wegen der großen Mannigfaltigkeit der Waren ist hier eine Bewertung in einer Ziffer von Natur aus ausgeschlossen. Hier kann also nur künstlich durch Errechnung einer Indexzahl eine Einheit hergestellt werden. Soweit es sich um das Inland handelt, können zu dieser Berechnung alle Waren herangezogen werden. In ausländischen Warenpreisen kann der Wert des Geldes dagegen nur zum Ausdruck gebracht werden, soweit es sich um Welthandelsartikel handelt, die nicht infolge ihrer unzureichenden Transportfähigkeit auf territorialen Märkten festgehalten werden.

Mit der Bildung eines einheitlichen Weltmarktpreises schwindet schnell der Unterschied in der Bewertung des Geldes nach inländischen und ausländischen Waren. Wenn aber auch hier der Weltmarkt versagt — wie das heute noch in weitgehendem Maße der Fall ist —, dann ist die Kaufkraft des Geldes in einem Lande größer als im andern. Dann müssen »Kaufkraftparitäten«, wie Professor Cassel in Stockholm sich ausgedrückt hat, wiederhergestellt werden. Das ist aber nicht durch Währungsmaßnahmen allein möglich. Es müssen vielmehr die unzureichend verknüpften nationalen Märkte mit selbständiger Preisbildung zur Einheit des Weltmarktes wieder wirksam zusammengefaßt werden. Dann verschwinden die Differenzen in der Preisbildung, soweit sie nicht nur vorübergehende Folgeerscheinungen einer fortschreitenden Geldentwertung sind. Wie bei unvollkommener Weltmarktbildung die Bewertung des Geldes in verschiedenen ausländischen Währungen notwendig verschieden ist, so weicht bei unvollkommener Weltmarktbildung also auch die Bewertung des Geldes in inländischen und ausländischen Waren notwendig voneinander ab.

So ist es verständlich, daß die Forderung nach Wiederherstellung des Weltmarktes immer stärker in den Vordergrund getreten ist. Sie zeigt sich, noch ziemlich unklar, auf der Brüsseler Finanzkonferenz und ist seitdem immer nachdrücklicher von führenden Männern des Wirtschaftslebens, insbesondere in England und in den Vereinigten Staaten, erhoben worden. Auch hier hat der Krieg uns, wie auf so vielen Gebieten, auf eine frühere Stufe der Entwicklung zurückgeworfen. Die Napoleonischen Kriege vor einem Jahrhundert kannten noch nicht solche weltwirtschaftlichen Folgen, wie wir sie jetzt durchleben. Damals war der Weltmarkt noch in den Anfängen seiner Entwicklung; heute ist er der Menschheit unentbehrlich geworden. Ihn in der früheren technischen Vollkommenheit wiederherzustellen, gehört zu den eigenartigen Nachkriegsaufgaben unserer Zeit. Ihre Lösung kann immer nur unter heftigen Preisveränderungen erfolgen.

Dieses die Welt jetzt durchziehende Streben nach Wiederherstellung des Weltmarktes liegt heute nicht im Interesse sehr weiter Kreise des deutschen Volkes. Aber es gehört in den weiten Bereich deutscher Illusionen, zu glauben, man könne dieser Entwicklung auf die Dauer wirksamen

Widerstand leisten. Hier sind stärkere Kräfte wirksam als der Wille schwacher Menschen. Nicht nur von Seiten der Entente wird die Wiederherstellung des Weltmarktes eifrig erstrebt, sondern auch wirtschaftliche Gesetze mit unbezwinglicher Macht, die nur Unwissende verkennen können, wirken dahin, die Kaufkraft des Geldes international auszugleichen. Die Politik muß mit diesem traurigen, aber unausweichlichen Vorgang rechnen. Sie kann ihn zu verlangsamen trachten oder wenigstens alles vermeiden, was ihn beschleunigt. Aber damit ist's wahrscheinlich nicht getan. Statt den dauernd wirksamen Ausgleichprozeß, der nur darum volle Erfolge noch nicht gezeitigt hat, weil die Geldentwertung noch schneller als sie fortgeschritten ist, zu ignorieren, muß sie sich positiv mit ihren Maßnahmen auf ihn einstellen. Es ist eine ebenso naive wie gefährliche Überschätzung der eigenen Kraft, wenn man der Übermacht der hier wirkenden Kräfte den eigenen kleinen Willen entgegenstemmen will.

II.

Die eigenartige und schwierige Aufgabe der Wiederherstellung des durch den Krieg zerrütteten Weltmarktes wird nun durch einen Umstand noch besonders erschwert. Der Krieg hat nämlich nicht etwa nur die nationalen Märkte aus ihrem Zusammenhang gelöst, sondern zugleich auch in die Verhältnisse von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkte tief eingegriffen. Er hat einerseits während seines Verlaufes eine gewaltige anormale Nachfrage geschaffen, die heute fast ganz versiegt ist, und er hat zugleich und vor allem die große normale Nachfrage, welche von Mittel- und Osteuropa ausging, anfangs durch die Blockade fast ganz ausgeschaltet und später mit anderen Mitteln noch niedergehalten. Dabei handelt es sich weitaus an erster Stelle um Deutschland. Die Kaufkraft, die Deutschland in der letzten Zeit vor dem Kriege auf dem Weltmarkt betätigt hat, ist nur von England noch etwas übertroffen worden. Sie ist zum Beispiel mehr als viermal so groß wie die Rußlands, auch viermal so groß wie die von ganz Österreich-Ungarn, größer als die Rußlands, Österreich-Ungarns, aller Balkanländer, Italiens, Spaniens und Portugals zusammengenommen. Solche Kaufkraft kann der Weltmarkt nicht entbehren. Wenn sie verkümmert, so muß er selbst verkümmern. Dann muß die ausländische Produktion unter dem Druck langwieriger Arbeitslosigkeit, wie sie heute schon insbesondere in England und in den Vereinigten Staaten so beunruhigend sich zeigt, dem stark verminderten Bedarfe angepaßt werden. Das ist der Sinn der sogenannten Weltwirtschaftskrise, die in einem Lande um so stärker sich zeigt, je tiefer es in die Weltwirtschaft verflochten ist. Für sie gibt es nur ein Heilmittel: man darf das Wiederaufleben der so lange ausgeschalteten, so sehr geschwächten und doch noch immer so lebendigen Kaufkraft des kontinentalen Europas nicht länger hemmen.

Diese weltwirtschaftliche Erkenntnis fängt langsam an, durch den dichten Nebel des Vorurteils und der Verblendung hindurchzubrechen. Bei den Führern des den Erdball umspannenden englischen Wirtschaftslebens ist sie am frühesten und klarsten zum Ausdruck gekommen. Sie durchzieht wie ein leuchtender roter Faden die bemerkenswerten Reden, welche

die Präsidenten der großen englischen Banken auf ihren Generalversammlungen gehalten haben. McKenna, der Nachfolger Sir Edward Holdens, hat in der London Joint City and Midland Bank gesagt: »Die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas sollte heute unsere erste Sorge sein. Wenn wir sie vernachlässigen, wird unser Außenhandel einschrumpfen und verkümmern. Der Handel der Welt muß als eine Einheit aufgefaßt werden, und wenn ein großer Teil von ihm losgelöst wird, so muß das, was übrig bleibt, eine schwere Beeinträchtigung erfahren.« Ähnlich sagte Lord Inchcape von der National Provincial and Union Bank: »Wenn der Krieg uns irgend etwas gelehrt hat, ist es das, daß in der modernen, wirtschaftlich so eng verflochtenen Welt kein Volk leiden kann, ohne andere mit in sein Unglück zu ziehen, kein Volk reich werden kann an der Armut eines anderen, kein Volk kaufen kann, ohne verkaufen zu können; und daß ein kranker Punkt, wie Rußland und die Mittelmächte und die kürzlich geschaffenen Staaten um sie herum, alle Funktionen des europäischen Körpers vergiftet.« Ähnlich sagte Mr. Goodenough von Barclays Bank: »Diese Ansammlung von Vorräten ist zum großen Teil eine Folge des Mangels an Kaufkraft im Ausland«; und der Vizepräsident Sir Herbert Hambling hat mit besonderem Nachdruck hinzugefügt: »Ich bin tief davon überzeugt, daß ein friedliches und glückliches Deutschland und Österreich ebenso wesentlich für das Wohlergehen der Welt sind wie vor zehn Jahren. Wir dürfen nicht vergessen, daß vor dem Krieg unser zweitbesten Kunde Deutschland war.«

Auch in den volkswirtschaftlich gebildeten Kreisen der Vereinigten Staaten verbreitet sich — manche Beweise könnten dafür beigebracht werden — diese Einsicht von der weltwirtschaftlichen Solidarität der Kulturvölker. Wieweit sie aber auch in die maßgebenden politischen Kreise beider Länder Eingang findet, ist zweifelhaft; und in Frankreich sind kaum bescheidene Ansätze solcher Erkenntnis vorhanden. Es sieht heute noch nicht so aus, als ob sie schnell genug sich verbreitete, um den Weg vom Worte zur Tat zu finden, ehe es zu spät ist.

Das ist die erste große Aufgabe, eine Aufgabe, die nicht, wie man fälschlich oft angenommen hat, dem Währungswesen angehört, sondern auf dem Gebiete der Marktbildung gelegen ist.

III.

Sehen wir jetzt von den Störungen des Weltmarktes ab, so kann man sagen: Die Hauptaufgabe einer jeden Organisation des Geldwesens ist es, die Schwankungen des Außenwertes und des Binnenwertes des Geldes möglichst zu mildern. Diese Aufgabe war vor dem Kriege gelöst worden, und zwar mit Hilfe der Goldwährung. Dabei bestand das Kennzeichnende dieser Lösung nicht darin, daß Goldgeld für jedes einheimische Zahlungsmittel leicht zu erlangen war. Das, was die Gegenwart von der Zeit vor dem Kriege unterscheidet, ist vielmehr vor allem, daß vor dem Kriege auf der Grundlage der Goldwährung eine mit bewundernswerter Vollkommenheit arbeitende Organisation des internationalen Zahlungswesens vorhanden war, und daß sie heute zusammengebrochen ist.

Diese internationale Organisation beruhte bekanntlich nicht auf einer internationalen Einheit des Geldes, nicht auf einem Weltgeld, gegen das gleichmäßig alle theoretische Erkenntnis und praktische Erfahrung sprechen. Sie beruhte vielmehr auf einer internationalen Einheit des Geldstoffes, die sich ohne internationale Vereinbarung — darin lag ihre Stärke — herausgebildet hatte. Jede Währung hatte ihre volle Selbständigkeit. Alles Geld galt daher regelmäßig auch nur innerhalb der Grenzen des ausgebenden Staates. Nur mit eigenem Gelde konnte in der Regel rechtsgültig gezahlt werden. Aber durch die Gemeinsamkeit des Geldstoffes — eine Art Standardisierung oder Typisierung der verschiedenen Währungssysteme — war die Beschaffung des fremden Geldes äußerst erleichtert. Trotz der nationalen Geldverschiedenheiten war das, was auch bei internationaler Geldeinheit das Wichtigste sein würde, erreicht: eine große Wertbeständigkeit.

Mit Hilfe der Goldwährung waren erstens den Schwankungen des Außenwertes und denen des Binnenwertes des Geldes und zweitens auch ihren Abweichungen voneinander enge Grenzen gezogen. Das war bekanntlich auch dadurch geschehen, daß der Geldwert, der sich an sich unabhängig vom Geldstoff bilden kann, dann aber, wie wir es heute erleben, unbegrenzten Schwankungen ausgesetzt ist, mit dem Werte des Goldes aufs engste verbunden war. Zu einem ein für allemal festgesetzten Preise — dem einzigen festen Preise der ganzen Weltwirtschaft — konnte jederzeit mit Hilfe des freien Prägerechtes einerseits und dank der Einschmelzbarkeit der Goldmünzen andererseits Gold in Geld und Geld in Gold umgewandelt werden. Aus dieser engen Verknüpfung des Geldwertes und des Goldwertes ergab sich die bekannte Tatsache, daß der Außenwert des Geldes nach unten und nach oben nicht mehr schwankte, als die Versendungs- und Bezugskosten des Goldes ausmachten. Mit automatischer Sicherheit setzte, sobald der Geldkurs einen der beiden sogenannten Goldpunkte überschritt, die Kurskorrektur in der Form der Goldversendung in der einen oder anderen Richtung ein. In dieser außerordentlichen Sicherheit, die gewissermaßen die Unzulänglichkeiten der Menschen überwunden zu haben schien, liegt der große Hauptvorzug dieses Währungssystems.

Dieser Vorzug ist durch den Krieg abgeschwächt worden. Die Kursregelung erfolgt nicht mehr mit der alten automatischen Selbstverständlichkeit. Denn es gibt heute noch nicht wieder einen freien Goldhandel. Abgesehen von den Vereinigten Staaten, bestehen heute noch in allen Ländern Ausfuhrbeschränkungen für Gold, und damit ist dem Willen des Menschen noch ein weites Feld für Irrtümer überlassen. Erst wenn die alte Freiheit des Goldhandels und damit die frühere Selbsttätigkeit der Regelung wiederhergestellt ist, kann die Goldwährung ihre unersetzlichen Vorzüge in bezug auf den Außenwert des Geldes wieder voll entfalten.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Binnenwert. Die Fixierung des Wertverhältnisses zwischen Gold und Geld bedeutet natürlich keineswegs zugleich eine Fixierung des Wertverhältnisses zwischen Geld und Gold auf der einen, den übrigen Waren auf der anderen Seite. Den übrigen

Waren gegenüber kann sich der Wert des Goldgeldes natürlich verändern. Jede Wertminderung muß dann in steigenden, jede Wertsteigerung in sinkenden Warenpreisen zum Ausdruck gelangen.

Aber auch diesen Schwankungen waren im Rahmen der Goldwährung vor dem Kriege wirksame Schranken gezogen. Denn erstens zeichnet sich das Gold darum bekanntlich durch eine besondere Wertbeständigkeit aus, daß es nicht, wie zum Beispiel Weizen oder Kohle, durch den Gebrauch verzehrt wird, und daß es wegen seiner Kostbarkeit stets sorgsame Aufbewahrung findet, so daß die Schwankungen in der Goldproduktion nur wenig gegenüber dem angesammelten Goldvorrat der Jahrhunderte ausmachen. Außerdem kam das auf dem Weltmarkt verkäufliche Gold für alle Goldwährungsländer mit freier Prägung wegen seiner hohen Transportfähigkeit als einheitliche Goldreserve in Betracht. Soweit die volle Goldwährung reichte, war ein einheitliches Angebot vorhanden. Darum war jede Änderung im Werte des Goldgeldes nicht auf ein Land beschränkt, sondern eine internationale Erscheinung. Auch dadurch erfährt sie eine wirksame Abschwächung und außerdem insofern eine bedeutsame Milderung, als sie internationale Verschiebungen nicht mehr hervorrufen kann.

Auch diese Vorzüge der Goldwährung sind durch den Krieg stark beeinträchtigt worden. Mit dem freien Goldmarkt ist die dargelegte Einheitlichkeit des Goldangebotes in der ganzen Welt geschwunden. Vor allem aber ist die Stetigkeit der Nachfrage, welche bisher dem stetigen Angebot gegenüberstand, durch die Aufhebung der freien Goldprägung in fast allen Ländern gemindert worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dadurch das Gold eine zeitweilige Wertverminderung erfahren hat, obwohl die Verhältnisse des Goldmarktes im ganzen mehr auf eine zukünftige Verteuerung hindeuten. Auch diese Beeinträchtigungen können nur durch volle Wiederherstellung der Goldwährung und des freien Goldhandels wieder beseitigt werden.

Endlich waren auch den Abweichungen des Außenwertes und des Binnenwertes voneinander enge Grenzen durch die Goldwährung gezogen. Denn mit Hilfe des freien Prägerechts kann Gold jederzeit leicht in Geld jedes Landes, das eine vollkommene Goldwährung besitzt, umgewandelt werden. Man kann mit Gold ebenso ausländisches wie inländisches Geld sich beschaffen, und ebenso kann man jegliches Goldgeld leicht auf dem Metallmarkt verwerten. Diese Möglichkeit, jederzeit die Menge der einheimischen wie der ausländischen Zahlungsmittel zu vergrößern oder zu verkleinern, schränkt die Abweichungen des Binnen- und des Außenwertes voneinander auf die geringen Kosten der Umwandlung aus Ware in Geld und umgekehrt ein.

So war nach allen Seiten eine weitgehende Wertbeständigkeit erreicht, welche für die Volkswirtschaft wie für die Volksmoral gleich wohlthätig war.

IV.

Alle diese Schranken sind bei uns in Deutschland mit dem Übergang von der Gold- zur Papierwährung gefallen. Heute gibt es keine Metallpunkte mehr, die selbsttätig die Kursschwankungen der Valuta ein-

engen. Heute ist die unbegrenzte Entwicklungsfähigkeit des Binnenwertes durch nichts mehr gehemmt, und keine Umwandlungsmöglichkeiten setzen den Abweichungen des Außen- und des Binnenwertes voneinander noch ein Ziel. Es fehlt darum heute an allen natürlichen Grenzen für die Wertänderungen, und selbständig können zunächst die verschiedenen treibenden Kräfte bei Außen- und Binnenwert des Geldes sich auswirken. Es können daher bei der Papierwährung Unterschiede in der internationalen Bewertung der Valuta und der inländischen Geldentwertung entstehen. Ja, es müssen sogar wechselnde Differenzen zwischen dem Außen- und dem Binnenwert des Geldes eintreten. Da von ihnen der Abstand zwischen den Auslandpreisen und den Produktionskosten zum großen Teil abhängt, so erwachsen aus diesen wechselnden Differenzen schnell wechselnde Konjunktoren. Wächst die Differenz, so wird die Ausfuhr gefördert und die Einfuhr erschwert, da die in ausländischer Währung bemessenen Preise dann größere Beträge in inländischer Währung ausmachen. Mindert sich die Differenz, so findet die umgekehrte Wirkung statt. Wirkt sinkende Valuta bekanntlich wie Ausfuhrprämie und Einfuhrzoll, so steigende und regelmäßig schon stillstehende wie Ausfuhrzoll und Einfuhrförderung. Im Wechselspiel dieser Differenzen vollzieht sich heute der traurige Vorgang der Verarmung unseres Volkes, der nicht mit einem Schlage vor sich geht, nicht in wenigen Wochen und Monaten, sondern Jahre erfordert.

Die Rückwirkung, welche die beiden Teilerscheinungen des gesamten Geldentwertungsvorganges auf den Handel ausüben, zeigt, daß es auch hier an Wechselwirkungen nicht fehlt. Ihr Träger ist insbesondere der Ausfuhr- und Einfuhrhandel. Er führt zwar nicht unmittelbar und von vornherein, wie die Goldwährung, aber nachträglich und auf Umwegen einen Ausgleich zwischen dem Außenwert und dem Binnenwert des Geldes herbei. Denn die Größe der Einfuhr und der Ausfuhr ist erstens von der Differenz zwischen Binnenwert und Außenwert und damit vom Binnenwert selbst mit abhängig. Und sie bestimmt zweitens Angebot und Nachfrage in einheimischen Zahlungsmitteln auf dem internationalen Geldmarkt. Der Außenhandel steht also zugleich mit den Inlandpreisen und den Auslandskursen in Verbindung und vermittelt daher zwischen beiden ein neues Gleichgewichtsverhältnis.

Aber dieser nachträgliche Ausgleichvorgang erfordert Zeit. Wieviel, ist zwar nicht anzugeben, doch läßt sich zweierlei mit Bestimmtheit sagen: der Ausgleich vollzieht sich umso schneller, erstens, je freier sich der Außenhandel entwickeln kann, und zweitens, je größer und vielseitiger er ist. Die Verlängerung der Blockade über den Waffenstillstand hinaus und die mannigfachen sonstigen Einschränkungen des Außenhandels haben den Ausgleich ebenso verlangsamt und erschwert, wie die künstlichen Eingriffe in die Preisgestaltung im Ernährungs-, Wohnungs- und Transportwesen. Jede Verringerung dieser Hemmnisse beschleunigt den Ausgleich, der niemals, wie wir schon wissen, ganz ausbleiben kann. Freilich ist er vollständig und dauernd nur möglich, wenn die Quellen immer neuer Störungen beim Außenwert wie beim Binnenwert verstopft werden. Ein allseitiges Gleichgewicht im Geldwert hat andere Gleichgewichtsverhältnisse zur Voraussetzung.

Es muß einmal ein Gleichgewicht im inneren Zahlungswesen, in den Mengenverhältnissen des Geldes, und anderseits ein internationales Gleichgewicht im Wirtschaftsverkehr der Völker vorhanden sein. Solange immer wieder, um einen Fehlbetrag im Reichshaushalt zu decken, auf der Grundlage von Schatzanweisungen neue Banknoten über den Bedarf des Wirtschaftslebens hinaus ausgegeben werden müssen, solange ferner die ausländischen Verpflichtungen unsere Forderungen ans Ausland im bisherigen Maß übersteigen, solange ist eine Stabilisierung unserer Währung ausgeschlossen. Was insbesondere das Gleichgewichtsverhältnis im Wirtschaftsverkehr der Völker anlangt, so war es vor dem Kriege in solchem Maße vorhanden, daß alle Abweichungen jederzeit mit den einfachen Mitteln der Goldversendungen und kurzfristigen Kreditierungen ausgeglichen werden konnten, die ihrerseits wieder durch die Diskontpolitik geregelt wurden, welche den Abschluß des ganzen auf der Goldwährung sich aufbauenden sinnvollen Systems darstellt, dessen hohe Vollkommenheit daraus spricht, daß mit Diskontveränderungen von selten mehr als 1 vH die Ordnung im sorgsam ausbalanzierten Wirtschaftsverkehr der Völker regelmäßig aufrechterhalten werden konnte.

Dieses Gleichgewicht war von zweierlei Art: ein Gleichgewicht in der Verteilung der Goldbestände und vor allem ein Gleichgewicht in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker. Das Gleichgewicht in den Goldbeständen ist dadurch gestört worden, daß der Krieg internationale Goldbewegungen hervorgerufen hat, wie die Welt sie noch niemals gesehen hat. Im allgemeinen schlugen diese Goldbewegungen die Richtung von den kriegführenden Ländern nach den neutralen ein, unter denen in der ersten Kriegszeit die Vereinigten Staaten weit voranstanden. Außer den Vereinigten Staaten, die fast 5 Milliarden M an Gold in ihrer Neutralitätszeit erhalten haben, sind von den am Krieg unmittelbar beteiligten Ländern Japan und seit dem Waffenstillstand vor allem England das Ziel der Goldbewegungen gewesen. Der Goldvorrat ist durch sie bis zum Beginn dieses Jahres in Japan auf das 6fache, in Spanien auf das $4\frac{1}{2}$ fache, in England auf das $3\frac{1}{2}$ fache, in den skandinavischen Ländern und der Schweiz auf das 3fache, in Argentinien auf das 2fache angewachsen. Zum Teil ist der Goldzustrom sogar über den Bedarf hinausgegangen, so daß man sich gegen ihn zur Wehr setzte, um statt Gold Verbrauchsgüter, an denen Mangel vorhanden war, zu erlangen. Aber wenn es somit auch in den Zuflußländern des Goldes an Schwierigkeiten nicht gefehlt hat und auch heute zum Teil nicht fehlt, im ganzen hat die Goldwährung in diesen Ländern eine außerordentliche, zum Teil bisher nicht zu erwartende Stärkung erfahren. Das ist der Fall, obwohl heute volle Goldwährung allein in den Vereinigten Staaten vorhanden ist. Aber in allen ehemals neutralen Ländern kann sie, sobald die weltwirtschaftliche Lage es wieder gestattet, wieder hergestellt werden, und auch in England ist sie gesichert, wenn auch noch nicht alle Schwierigkeiten und Irrungen überwunden sind. Selbst von Frankreich, dessen Goldfonds einschließlich Auslandgold heute nur um etwa 10 vH hinter der außerordentlichen Höhe seines Gesamtgoldvorrats vor dem Kriege zurückbleibt, und von Italien, dessen Goldbestände denen vor dem Kriege heute gleich sind, kann man sagen, daß nicht beim Golde die Schwierigkeiten liegen.

Anders natürlich in den eigentlichen Abflußgebieten des Goldes, die vor allem durch Rußland und die mitteleuropäischen Länder gebildet werden. Was insbesondere Deutschland anlangt, so hat die Reichsbank zwar heute noch einen Goldfonds, der nicht viel geringer ist als vor dem Kriege, aber er ist heute sein einziger Goldbesitz, während er früher nur ein Drittel des Gesamtvorrats darstellte, der sich aus Goldumlauf und Goldfonds zusammensetzte. So stehen den Ländern mit im allgemeinen gestärkter Goldwährung solche gegenüber, welche eine schwere, zum Teil verhängnisvolle Erschütterung der Goldwährung erfahren haben. Das alte internationale Gleichgewicht, das in Jahrzehnten mühsam aufgebaut worden war, ist dahin; ein neues muß, dem veränderten wirtschaftlichen Kräften entsprechend, geschaffen werden.

Diese starke Uneinheitlichkeit in der Kriegsentwicklung spiegelt sich auch in den Anschauungen. Der Zwiespältigkeit in den tatsächlichen Verhältnissen entspricht eine gewisse Zwiespältigkeit der Stimmung und des Urteils. Im ganzen ist allerdings kennzeichnend, daß die Brüsseler Finanzkonferenz, auf der 39 Staaten mit 75 vH der ganzen Einwohnerschaft der Erde vertreten waren, sich einstimmig für die allgemeine Wiederherstellung der Goldwährung ausgesprochen hat, wie es auch die englische Währungskommission für England in ihren beiden Berichten mit besonderem Nachdruck getan hat. Auch in den Vereinigten Staaten haben wohl Bestrebungen zweifelhafter Art, den Golddollar zu »stabilisieren«, Verbreitung gefunden, aber an den nicht zu ersetzenden Vorzügen der Goldwährung ist man nicht irre geworden. Demgegenüber bedeutet es im Rahmen der Weltwirtschaft gar wenig, daß in den Ländern des Zusammenbruchs auch andere Stimmen laut, recht laut geworden sind. Niemals ist ja der Wunsch in solchem Umfange Vater des Gedankens wie in Zeiten harter Not. Wie jeder lange und schwere Krieg die Hoffnung auf den ewigen Frieden belebt, wie jedes große Unglück eine Fülle unreifer Reformprojekte zeitigt, so zeigt sich, wenn ein Land der Papierwährung verfallen ist, begreiflicherweise ein Streben, das Papiergeld als solches zu rechtfertigen, zu »retten«. Das war nach den Napoleonischen Kriegen der populäre Hauptinhalt der verbreiteten sogenannten romantischen Geldlehre, die in der schillernden Journalistennatur eines Adam Müller, der mit jeder Strömung seiner krankhaft bewegten Zeit mitschwamm, ihren Hauptvertreter gefunden hat. Das wiederholt sich in gesteigertem Maße in der Gegenwart, nur daß man sich heute mehr ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen trachtet, indem man, unter vielerlei Mißverständnissen und Übertreibungen, eine Glanzleistung deutschen Gelehrtentums sich nutzbar zu machen sucht. Während aber Professor Knapp sich in seinem berühmten, viel zitierten und wenig verstandenen Buch keineswegs gegen die Goldwährung ausgesprochen hat, kann man sagen, daß heute in weiten Kreisen Deutschlands die Ansicht populär ist, das Gold habe seine Rolle in der Welt ausgespielt. Es dürfte der Wahrheit näher kommen, wenn man sagt, daß in der Welt die Goldwährung noch nie so hoch im Ansehen gestanden hat wie heute.

Freilich geht es mit der Goldwährung wie mit dem Freihandel: nur bei internationaler Anwendung entwickelt sie ihre unersetzbaren Vorzüge

in vollem Maße. Fehlen wichtige Glieder, so leidet das Ganze. Vor dem Kriege wurde eine fühlbare Lücke eigentlich nur durch China gebildet. Die Standardisierung der Währung, die auch auf Japan und die Kolonialgebiete übergreifen hatte, hatte hier gegenüber der altüberkommenen Eigenart haltgemacht. Das wurde immer mehr als störend empfunden. Und es ist kennzeichnend, daß keineswegs China in erster Linie eine Reform erstrebte. Es waren vielmehr die führenden Völker der alten und neuen Welt, die in eifrigem Wettstreit sich abmühten, dieses fehlende Glied der internationalen Organisation einzufügen.

Ähnliches wiederholt sich heute in stark vergrößertem Maßstab. Die schwere Lücke, die der Krieg in Mitteleuropa in die internationale Organisation des Zahlswesens gerissen hat, wird von Monat zu Monat in allen Ländern, die mit Mitteleuropa in wirtschaftlichen Beziehungen gestanden haben, stärker empfunden. Diese Empfindung kommt zwar noch keineswegs allgemein so klar zum Bewußtsein, wie es vor dem Kriege bei China der Fall war. Aber es zeigt sich deutlich, daß die Logik der Dinge sich geltend zu machen weiß.

Auch in dieser Organisation leben Kräfte des Selbstschutzes und der Selbsthilfe. Wird nicht im betreffenden Lande dem international empfundenen Bedürfnis entsprochen, so hilft sich die Weltwirtschaft selbst, indem sie für ihre Zwecke immer mehr ausländische Zahlungsmittel in das kranke Papierwährungsland einführt. Damit stehen wir vor einer schlimmen Alternative. Sie ist sicherlich unerwünscht, ja tief bedauerlich. Aber darum darf sie nicht in ihrem schweren Ernst übersehen und einfach geleugnet werden. Im Gegenteil, man muß ihr ruhig und klar entgegenblicken. Diese Alternative ist also die: entweder schaffen wir selbst wieder in irgendeiner Form eine inländische Goldrechnung, die eine sichere Kalkulation gestattet, oder der Weltverkehr wird ausländisches Gold, und zwar, da die neutralen Länder Europas für Deutschlands großen Bedarf zu klein sind, in erster Linie Dollarnoten in immer größere Teile des deutschen Wirtschaftslebens mit automatisch wirkender Zwangsgewalt einführen, wie es schon einst in Deutschland mit dem Louisdor und Napoleondor und später in währungskranken südamerikanischen Staaten mit dem englischen Pfund geschehen ist. Dabei muß man sich klar sein: Was in der Zeit beginnender Weltwirtschaft nur eine vereinzelte Erscheinung war, das gewinnt heute eine ganz andere Tragweite. Es gibt aber nur zwei Möglichkeiten: entweder verlieren wir auch im Geldwesen einen wichtigen Teil unserer Selbständigkeit und sinken auch in dieser Hinsicht auf die Stufe eines ausgebeuteten Koloniallandes herab, oder wir müssen auf irgendeine Weise — vielleicht in der Form einer einheimischen Parallelwährung — uns selbst wieder einen brauchbaren Wertmaßstab neu schaffen. Nur durch vorsichtige Wiedereinführung eines neuen brauchbaren Wertmaßstabes — und das muß immer in irgendeiner Form eine Goldrechnung sein — können wir uns der heute schon schnell fortschreitenden »Überfremdung« unseres Geldwesens entziehen. Nur durch sie können wir auch der heillosen Verwirrung Herr werden, die heute daraus entsteht, daß das Recht keinen Unterschied zwischen vollwertigem und entwertetem Geld macht. Das Recht kennt nur Mark, setzt in volkswirtschaftlicher Blindheit

Gold- und Papiermark einander gleich. Die Verkehrssitte muß dafür sorgen, daß die tiefgreifenden Unterschiede, die das Recht nicht zu erfassen imstande ist, zum gebührenden Ausdruck und zur gebührenden Geltung gebracht werden können. Sie muß das Rechnen nach dem bloßen Nennwert des Geldes korrigieren, indem sie Umrechnungen zum Goldmarkkurse, wie ihn die Reichsbank heute schon in grober Form festzusetzen begonnen hat, bei langfristigen Verpflichtungen zur Regel macht. Auf die Dauer geht es nicht, daß Vermögensverluste, die der Geldentwertung nicht voll entsprechen, kurzer Hand als Gewinne betrachtet und behandelt werden. Wenn ziffernmäßig noch so hohe Gewinne nicht mehr ausreichen, Waren und Arbeitskräfte im gleichen Umfang wie bisher zu beschaffen, dann stellen sie in Wirklichkeit nicht Gewinne, sondern Kapitalverluste dar. Überträgt man einfach den rechtlichen Standpunkt auf das Wirtschaftsleben, auch wo die Voraussetzung einer wertbeständigen Währung nicht gegeben ist, dann müssen wirtschaftliche Unmöglichkeiten und Ungerechtigkeiten bis zum Unerträglichen sich häufen. Das geschieht aber heute. Es ist geradezu zu einer Lieblingsbeschäftigung im deutschen Volke geworden, sich selbst und andere »reich zu rechnen«. Immer wieder werden von den Beteiligten, vom Publikum, von der Steuerbehörde, Gewinne angenommen, wo in Wahrheit Verluste vorliegen.

Am deutlichsten zeigt sich diese große Täuschung, die durch unser Volk zieht, im Aktienwesen. Das in Boden und Bauten, Maschinen und Vorräten bestehende Erwerbsvermögen selbst nimmt an der Inflation teil; es wächst bei zunehmender Geldentwertung in seinen ziffermäßigen Beträgen. Das juristisch festgelegte Aktienkapital wird dagegen auf seinem Nennbetrag festgehalten. Daraus ergibt sich, daß die Erkrankung unseres Geldwesens notwendig eine krankhafte Entkapitalisierung unseres Wirtschaftslebens mit sich bringt. Sie spiegelt sich im Kursstand unserer Aktien, der — vom Markt der nicht notierten Wertpapiere abgesehen — viel mehr Ursache als Folge der viel berufenen und viel überschätzten Spekulation darstellt. Sie ist eine der gefährlichsten Schwächen unseres Wirtschaftslebens. Denn sie erschwert es in großem und wachsendem Maße, die notwendigen Beträge für ausreichende Erneuerungen auszuwerfen. Mit Abschreibungen kann dabei zwar wenig geholfen werden; denn sie beziehen sich auf die Vergangenheit, auf Vermögenswerte, die bereits vorhanden sind. Die Rücklagen sind es, welche die Zukunftsaufgabe haben, Neuschaffungen ohne finanzielle Beeinträchtigung des Unternehmens und ohne ruckweise Steigerung der Selbstkosten zu ermöglichen. Dazu sind aber heute so hohe Beträge nötig, daß es immer schwieriger wird, sie herauszuwirtschaften und gegenüber den Aktionären sowie den Arbeitern und Angestellten durchzusetzen. Im selben Maße aber, wie die Erneuerungsfonds zu vollem sachlichem Ersatz nicht ausreichen, zehren wir an der Substanz, treiben wir Raubbau mit unserem Produktionsvermögen. Nur durch die Wiedereinführung eines wieder zuverlässigen Wertmaßstabes, einer sicheren Goldrechnung, welche in allen Wirtschaftsfragen den wirtschaftlichen Gesichtspunkt gegenüber dem einseitigen Rechtsgesichtspunkt zur Anwendung bringt, kann wieder Klarheit und Wahrheit in unser wirtschaftliches Rechnungswesen hineingebracht werden.

V.

Noch wichtiger als das Gleichgewicht in den Goldbeständen ist das in den Wirtschaftsbeziehungen der Völker. Überall hat der Krieg störend in sie eingegriffen. Dadurch, daß er für seine Zerstörungszwecke gewaltige Gütermengen nötig hatte, hat er in Europa die an sich schon vorhandene Tendenz zur Passivität in der Handelsbilanz, und gleichzeitig dadurch, daß er dem größten Rohstoffland einen nie zuvor erlebten Ansporn zur Produktionssteigerung gegeben hat, in den Vereinigten Staaten die an sich schon vorhandene Tendenz zur Aktivität in der Handelsbilanz außerordentlich gesteigert. Und dieser Mangel an Gleichgewicht, der heute aus entgegengesetzten Gründen diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans im Warenverkehr vorhanden ist, wird heute nicht etwa wie früher durch die anderen Teile der Zahlungsbilanz ausgeglichen. Im Gegenteil erfährt er durch sie noch eine Steigerung. Denn der Krieg hat die Vereinigten Staaten aus einem Schuldnerstaat in einen Gläubigerstaat verwandelt, so daß Europa im Kapitalverkehr wie im Warenverkehr Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu leisten hat. So kommt es, daß die Zahlungsbilanz heute in den meisten Ländern ihren Namen mit Unrecht trägt. Die »Balance« ist verloren gegangen und darum kann sie auch durch ein Währungssystem heute nicht aufrechterhalten werden. Das Gold kann daher heute als automatischer Erhalter des Gleichgewichts sich nicht betätigen, da ein Gleichgewicht nicht mehr vorhanden ist. So sehr sich das Gold bei der Aufrechterhaltung eines vorhandenen Gleichgewichts, selbst unter tiefgreifenden Verschiebungen, bewährt hat, so wenig hat es die Kraft, aus sich heraus das fehlende Gleichgewicht ganz neu wieder herzustellen. Die Wiederherstellung eines Gleichgewichts ist vielmehr die Voraussetzung dafür, daß auch das beste aller erprobten Währungssysteme seine großen Vorzüge entfalten kann. Heute erwachsen aus der außerordentlichen Passivität auf der einen und aus der außerordentlichen Aktivität auf der anderen Seite Goldversendungen in einem Umfang, wie sie früher in den schlimmsten Krisenzeiten nicht vorgekommen sind. Diese schwere Gleichgewichtsstörung hat nach dem Krieg eine so starke Goldnachfrage zur Folge gehabt, daß sie die Abnahme der Nachfrage, die im Kriege mit der Einstellung der freien Goldprägung eingetreten war, nicht nur aufgewogen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach noch übertroffen hat. Mit diesen Kriegstörungen des internationalen Wirtschaftsverkehrs fertig zu werden, ist die schwierigste Aufgabe, die der Krieg auf dem Gebiete der Weltwirtschaft hinterlassen hat. Ihre Lösung erfährt dadurch eine verhängnisvolle Erschwerung, daß der Mensch den natürlichen Gesundungsprozeß sich nicht vollziehen läßt. An sich ist der Krieg etwas Vorübergehendes, und an sich würde der Organismus der Weltwirtschaft mit seinen einmaligen Störungen fertig werden wie ein lebender Körper mit einer vorübergehenden Krankheit. Aber der Mensch sucht diese Krankheit immer von neuem zu verlängern. Der Krieg wird — wie Clemenceau gesagt hat — fortgeführt, nur mit anderen Mitteln. Statt durch Zusammenwirken aller sich der großen gemeinsamen Heilungsaufgabe wirksam zu widmen, sinnt man unablässig darüber, wie sie einem allein aufgebürdet werden könne. Es lassen sich aber nicht alle Lasten auf einen abwälzen, ohne die Lösung im ganzen

nicht nur zu verlangsamem, sondern zum großen Teil zu verhindern. Aus falscher Diagnose kann nie wirkliche Heilung erwachsen. Man lähmt nur die starken natürlichen Heilkräfte, die in der Weltwirtschaft lebendig sind, und vervielfacht und verlängert die Störungen.

Das muß im einzelnen noch etwas genauer dargelegt werden.

Noch stärker als im übrigen Europa ist in Deutschland die Passivität der Handelsbilanz durch den langjährigen Raubbau an allen seinen Kräften, durch den Verlust seiner zweitwichtigsten Rohstoffquelle, der lothringischen Erzlager, die Kohlenlieferungen und vieles andere vergrößert worden. Ich will nicht sagen, daß diese Passivität, die im letzten Jahr auf 30 bis 40 vH der Einfuhr beziffert werden kann, sich nicht durch Herabdrückung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr überwinden ließe. Aber schon das ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, denn eine strenge Beseitigung jeder Luxuseinfuhr widerspricht einem starken Interesse Frankreichs, das sein Wirtschaftsleben mehr als ein anderes Land auf Luxusproduktion zugeschnitten hat; und eine große Steigerung der Fabrikat- ausfuhr steht mit Lebensinteressen Englands im Widerspruch, da es, wie Keynes jüngst noch ausgeführt hat, nicht zwei Länder gibt, deren Industrien einander im ganzen so ähnlich sind. Aber gelänge es Deutschland, die Passivität in seiner Handelsbilanz zu überwinden, so wäre damit heute wenig gewonnen. Denn weit schlimmer ist die Passivität in der deutschen Zahlungsbilanz. Infolge des Diktats von Versailles sind uns nämlich durch die Fortnahme der Handelsflotte und die Liquidierung der Auslandunternehmungen fast alle anderen Aktivposten zerstört worden, und doch ist uns zugleich eine Kriegsentschädigung auferlegt worden, neben der alle bisherigen Kriegsentschädigungen der Weltgeschichte als kleine Bagatellen erscheinen. Wir können diese Riesenverpflichtungen nur zum geringen Teil mit unserer Ausfuhr erfüllen; solche Erfüllung wünschen auch unsere Feinde gar nicht. Wir können auch mit Arbeit nur verhältnismäßig wenig zahlen; auch da sind die Schwierigkeiten gewaltig. Beides kam bei der Bezahlung unserer ersten Goldmilliarde kaum in Frage, und das wird auch in Zukunft nicht von Grund aus anders werden können. Wir können daher in der Hauptsache nur mit Marknoten zahlen und müssen das Kunststück fertig bringen, aus diesen papierernen Zahlungsmitteln Gold zu machen. Dieses Kunststück haben wir wirklich vollbracht. Unter dem Eindruck unserer früheren Leistungen ist das Vertrauen in unsere Kraft zur Wiedererhebung in der Welt ringsum so groß, daß man unsere Mark in einem alle Erwartungen übersteigenden Maße im Ausland gekauft hat. Die verkauften Markbeträge sind zum großen Teil unseren Banken anvertraut worden, die gegen Zahlung des Depositenzinses das Verfügungsrecht über sie gewinnen und sie zum Ankauf von Devisen benutzen. Solange dieser merkwürdige Kreislauf, der sich unter dem Zwang der Verhältnisse herausgebildet hat, andauert, solange sich noch Käufer für unsere Mark im Ausland finden, solange, aber auch nur solange können wir die uns aufgezungenen sogenannten »Wiedergutmachungen« leisten. Unsere Zahlungen hängen also vom Ausland ab. Sein Vertrauen zu unserer Kraft ist von entscheidender Bedeutung. Auch solange dieses Vertrauen bestehen bleibt, müssen wir durch Verbilligung des Auslandpreises unseres Geldes immer

weitere Käuferkreise in aller Welt heranziehen. Erfährt aber das bisher fast rührende Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, eine Erschütterung, so wird der Kreislauf, der sich herausgebildet hat, durchbrochen; die Marktkäufer im Ausland werden irre, und nur durch außerordentliche weitere Verbilligungen können sie von Markverkäufen abgehalten und zu Markkäufen weiter veranlaßt werden. Unsere sogenannten Wiedergutmachungszahlungen bauen sich also auf schnellwachsender Inflation auf. Solange dieser Vorgang, dessen traurige Bedeutung dem oberflächlichen Blick verschleiert bleibt, andauert, ist es für uns unmöglich, unsere Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, da ihr größter und wichtigster Posten einen schwankenden und zwar schnell wachsenden Betrag darstellt. Solange können wir ein Gleichgewicht in unserem Reichshaushalt nicht herstellen.

Trotz dieser Hoffungslosigkeit unserer finanziellen Lage stimme ich denen zu, die da meinen, daß die Steuerschraube bis zum Äußersten angezogen werden muß, um unseren Verpflichtungen, wenn sie uns auch aufgezwungen sind, mit allen Kräften zu entsprechen. Aber da es sich nicht um einmalige Zahlungen handelt, sondern um Zahlungen, die sich eine lange Zeit immer wiederholen, so müssen wir unsere Leistungsfähigkeit zu erhalten trachten. Sie mindern wir, wenn wir unser Produktionskapital selbst angreifen. Das müssen wir mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Doch das ist heute unendlich schwierig. Denn je mehr der Staat in Gefahr gerät, der ihm aufgebürdeten Überlast zu erliegen, umso mehr wird sein Blick für die nun einmal vorhandenen Grenzen der Leistungsfähigkeit getrübt. Dann entsteht die Gefahr, daß er die private Wirtschaft, die allein noch die Kraft hat, uns langsam wieder emporzuheben, unnötigerweise und keineswegs im Einklang mit dem grausamen Friedensdiktat mit in den Abgrund reißt.

Die Gefahr ist so besonders schwer, weil für die übergroße Mehrzahl unseres Volkes, unter deren Einfluß die Regierung steht, der furchtbare Ernst der Lage verschleiert bleibt. Die Inflation ist eine schlimme Gauklerin. Steuern und Anleihen, für welche die Inflation einen Notersatz bildet, würden den Verbrauch einschränken und damit einen Druck auf die Preise ausüben. Die Inflation wirkt bekanntlich umgekehrt. Durch die immer neuen Zahlungsmittel, die sie über den Bedarf des Wirtschaftslebens hinaus zur Deckung des Reichsdefizits in den Verkehr bringt, wird die Nachfrage gesteigert und damit eine Erhöhung der Preise erzielt. So entsteht jene Scheinhausse, die immerwieder nicht nur die Ausländer, sondern auch einen großen Teil der Inländer täuscht. Unter ihrem irreführenden Einfluß verarmt das Volk immer mehr, zum großen Teil, ohne es zu merken. Es braucht seine angesammelten Ersparnisse immer vollständiger auf und treibt auch sonst vielfältigen Raubbau. Es muß insbesondere im Großen und im Kleinen immer mehr Vermögenswerte in die Hände der ausländischen Gläubiger übergehen lassen. Denn die gewaltigen schwebenden Auslandsschulden verlangen immer dringender nach langfristiger Anlage. Nur unter schweren Kämpfen vollzieht sich ein solcher Verarmungsprozeß mit allen seinen Härten. Er wird die Gegensätze in unserem Volk noch weiter verschärfen und damit schwere politische Gefahren für Deutschland und seine Nachbarn heraufbeschwören.

Aber die ganze Entwicklung hat auch ein Gutes. Wir behalten Gelegenheit zum Arbeiten. Unsere Fabriken bleiben im Gange. Unsere Leistungsfähigkeit kann nicht verkümmern, sondern weiter entwickelt werden. Arbeitslosigkeit wird uns nicht so drücken wie das Ausland. Das Ausland wird Vermögensteile von uns erwerben, aber Arbeitsgelegenheiten, die wir ihm einst im reichen Maße boten und auch heute wieder bieten könnten, verlieren. Während wir arbeiten müssen, um leben zu können, wird man im wohlhabenden Ausland sich vielfach nach Arbeit sehnen und infolge der Arbeitslosigkeit ähnliche politische Schwierigkeiten gewinnen, wie wir aus unserer Verarmung. Dabei wird es noch fraglich sein, ob Armut und Arbeit oder ob Wohlstand und Arbeitslosigkeit das bessere Teil darstellen. Glück und Zufriedenheit können nur gedeihen, wo stetige Arbeit ihren vollen Lohn findet. Aber in allen Ländern ist heute die Einsicht schwer und die Verblendung groß. Es sieht heute noch nicht so aus, als ob Gründe im voraus einen Sieg zu erringen vermöchten. Dann wird die latente Logik der Dinge in einer Entwicklung ad absurdum ihnen nachträglich Anerkennung erzwingen, auf Kosten nicht nur eines Volkes, sondern aller Völker, die an der Weltwirtschaft stark beteiligt sind. Denn mit Recht hat Lord Inchcape gesagt — ich wiederhole es noch einmal: »In der modernen, wirtschaftlich so eng verflochtenen Welt kann kein Volk leiden, ohne andere mit ins Unglück zu ziehen, kein Volk reich werden an der Armut eines anderen«.

Die Eisenbahngütertarife¹⁾.

Von Ministerialrat Dr. Born, Berlin.

Mit dem 1. Februar 1922 ist von neuem neben einer Steigerung der Eisenbahnfahrpreise eine Erhöhung der Eisenbahn-Güter- und Tiertarife in Wirksamkeit getreten. Die um ihr Gutachten befragten Landes- und Bezirkseisenbahnräte und der als Vorläufiger Reichseisenbahnrat im Sinne des Artikels 93 der Verfassung geltende Ausschuß von Mitgliedern der Erzeuger- und Verbraucherkreise haben zwar sämtlich erklärt, daß sie gegen diese weitere Belastung des deutschen Wirtschaftslebens durch erhöhte Gütertarife schwere Bedenken haben, sie haben sich aber der zwingenden Notwendigkeit nicht verschließen können, und haben der neuen Regelung zugestimmt. Angesichts der von diesen Körperschaften und einer Unzahl Vertretungen einzelner Wirtschaftskreise vorgebrachten Einzelwünsche und der Schilderung des bedenkliehen Einflusses der Maßnahme auf einzelne Güterarten wird aber nunmehr wohl die größte Vorsicht bei weiteren Gütertarifierhöhungen geübt werden müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Belastung der Güter durch die Fracht in einzelnen Fällen einen Grad erreicht hat, der die Grenze des Möglichen fast überschreitet und bis vor kurzem undenkbar erschien. In der folgenden Darstellung der Entwicklung der Gütertarife soll nur von dem Güterverkehr im eigentlichen Sinne, also insbesondere nicht von dem Tierverkehr, die Rede sein.

1) Nach dem Stande vom 1. Februar 1922.

Die große Zahl der von der Eisenbahn täglich zu befördernden Güter und die regelmäßige Wiederkehr gleichartiger Sendungen schließen eine Einzel-Vertragsabrede für jeden Fall der Beförderung aus. Andererseits ist es bei der Massenhaftigkeit des Verkehrs nicht möglich, die Beförderungspreise, die Frachten, genau nach Leistung und Gegenleistung zu bemessen. Von den ersten Anfängen des Eisenbahnwesens an ist es daher üblich gewesen, die Güter in Klassen mit gleichen Frachten zusammenzufassen. Die Fracht selbst setzt sich aus der Entschädigung für die eigentliche Beförderung auf der Eisenbahnstrecke von Ort zu Ort und aus dem Entgelt für die die Beförderung vorbereitenden und abschließenden Maßnahmen, d. h. die Abfertigung bei der Annahme und Ausgabe in weitestem Sinne, zusammen; beides, die sogenannte Streckenfracht und die Abfertigungsgebühr, ergibt den Frachtsatz. Wenn also z. B. eine 15 t-Wagenladung Steinkohlen zurzeit auf 300 km Entfernung 2565 M Fracht kostet, so setzt sich dieser Betrag aus der Abfertigungsgebühr von 270 M und einer Streckenfracht von 2295 M zusammen. Der Frachtsatz für 10 t beträgt 1710 M. Die Grundsätze, nach denen die Beförderungspreise von der Eisenbahn errechnet, im kaufmännischen Sinne kalkuliert werden, haben im Laufe der Eisenbahnentwicklung sehr geschwankt und sind erst seit den siebziger Jahren einheitlich geworden. Während man vorher zum Teil das sogenannte Wagenraum- und Gewichtssystem, das den Frachtpreis lediglich nach dem Gewicht und der Menge der beförderten Güter ohne Rücksichtnahme auf ihre Art bemaß, zum Teil das sogenannte Wertsystem anwandte, das nur den Wert der Güter berücksichtigen wollte, ohne die Menge und die verschiedene Inanspruchnahme der Wagen in Betracht zu ziehen, kam im Jahre 1877 der von sämtlichen deutschen Bahnen angenommene Reformtarif zustande, der das noch heute geltende sogenannte gemischte System zugrunde legte. Der durch die allgemeine Annahme des Reformtarifs erzielte Erfolg war zunächst nur formell, indem nur das Tarifschema, d. h. die gleichen Grundsätze für die Einreihung der Güter in die normalen Tarifklassen, auf allen deutschen Eisenbahnen eingeführt wurde. Die materielle Tarifeinheit, d. h. die Berechnung gleicher Abfertigungsgebühren und Streckensätze, kam für Entfernungen über 100 km erst 1890 und vollständig für alle Entfernungen erst am 1. Dezember 1920 zustande, nachdem die Staatsbahnen in Deutschland in das Eigentum des Reiches übergegangen waren. Das Normaltarifschema von 1877 enthielt zunächst folgende Klassen:

1. die Eilgutklasse für Eilstückgut und Wagenladungen,
2. die Stückgutklasse für Frachtstückgut,
3. die allgemeine Wagenladungsklasse B mit der Nebenklasse A 1 (für geringere Mengen als 10 t, mindestens 5 t),
4. die Spezialtarife I, II und III mit der Nebenklasse A 2.

Die Klasseneinteilung wurde 1886 erweitert durch Ersetzung der Klasse A 2 durch den Spezialtarif II als Nebenklasse für den Spezialtarif III, ferner durch Einführung des Spezialtarifs für bestimmte Stückgüter im Jahre 1892 und für bestimmte Eilgüter im Jahre 1899, abgesehen von der Schaffung von Expreßgut und beschleunigtem Eilgut im Jahre 1903.

Man hatte im Jahre 1877 nur drei Spezialtarife vorgesehen, weil der Bundesrat seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Tarifschema davon abhängig gemacht hatte, daß nicht mehr als drei solcher Spezialtarife eingeführt würden. Die beschränkte Zahl von vier Wagenladungsklassen hat aber nicht ausgereicht. Die Sätze der Normalklassen waren für einen immer größer werdenden Teil der beförderten Güter, besonders auf weite Entfernungen, zu hoch, der verschärfte Wettbewerb erforderte eine genaue Anpassung der Frachten an die Marktlage, so daß in großem Umfange dem Verkehrs- oder Absatzbedürfnis Rechnung getragen werden mußte. Neben den Sätzen des Reformtarifs waren im Jahre 1877 Ausnahmetarife größeren Umfanges, z. B. der Ostbahnstaffeltarif für Getreide und Holz und andere vereinzelte Ausnahmetarife von geringerer Bedeutung zur Schonung bestehender Verhältnisse, in Geltung geblieben. Weiter entstand eine Anzahl allgemeiner Ausnahmetarife, 1890 der Rohstofftarif (für Düngemittel, Erde, Kartoffeln, Rüben, später ausgedehnt auf Erze, Schlacken, Brennstoffe, Heu, Stroh usw.), 1891 der allgemeine Staffeltarif für Getreide, 1893 für Erze zum Hochofenbetrieb, 1895 der allgemeine Notstandstarif für Düngemittel (20 vH Ermäßigung), 1901 für Pflastersteine, 1904 für rohe Steine, Findlinge usw., 1897 die Übertragung der Rohstoffsätze auf Kohlen und Koks, 1897 für Getreide von Ostpreußen nach den östlichen Häfen, ferner allgemeine Ausnahmetarife für Kali, Düngkalk und für die Ausfuhr von Getreide. Andere Ausnahmetarife größeren Umfanges dienten dem Absatz nach den Küstengebieten, dem Wettbewerb gegen das Ausland, der Versorgung der Industrie und der Ausfuhr. Neben einer großen Anzahl von Ausnahmetarifen für bestimmte Verkehrsverbindungen wurden solche für Notstände (Mißernten, Überschwemmungen usw.) mit zeitlicher Begrenzung eingeführt. Besondere Zugeständnisse sind für überseeische Bedarfsgüter von den Seehäfen und im unmittelbaren Verkehr mit dem Auslande gewährt worden.

Die Eigentümlichkeit der Ausnahmetarife bestand zu einem wesentlichen Teile darin, daß sie nicht wie die allgemeinen Wagenladungsklassen und die Spezialtarife unveränderliche Streckensätze hatten, sondern mit steigender Entfernung sinkende Frachteinheiten aufwiesen.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg ließ bald eine Prüfung geboten erscheinen, inwieweit einzelne Ausnahmetarife ihre Berechtigung verloren hatten und ohne erhebliche Schädigung wirtschaftlicher Interessen beseitigt oder eingeschränkt werden konnten. Die ersten schon in den Jahren 1916 und 1917 vorgenommenen Prüfungen hatten unter Zustimmung des preußischen Landeseisenbahnrats das Ergebnis, daß verschiedene Tarife beseitigt oder auf eine höhere Grundlage gestellt wurden. Meist waren es Ausnahmetarife, die zur Förderung der Ausfuhr und zur Bekämpfung des ausländischen Wettbewerbs eingeführt worden waren oder noch aus der Privatbahnzeit stammten und eine mehr örtliche und untergeordnete Bedeutung hatten. Es handelte sich dabei um Ausnahmetarife

- a) für Kohlen, Koks und Briketts, Eisen und Stahl zur Ausfuhr nach der Schweiz und den Niederlanden,

- b) für Kohlen, Koks und Briketts nach dem dem englischen Wettbewerb ausgesetzten Inlande, zur Ausfuhr über See, für Braunkohle nach Berlin, für Steinkohle aus dem Ruhrgebiet nach den Rheinhäfen, aus dem Deistergebiet nach hannoverschen Stationen u. a. m.,
- c) für Eisen und Stahl nach den Seehäfen für den Ortsverbrauch und die Ausfuhr, zum Bau von Schiffen nach See- und Binnenwerften, nach dem Küsten- und hintergelegenen Binnengebiet, nach Berlin und seinen Vororten,
- d) für Gießereiroheisen nach Wasserumschlagplätzen und deren Einflußgebieten,
- e) für Schienen usw. nach Stationen der Eisenbahndirektionen Frankfurt (Main) und Mainz,
- f) für Holz, Holzwaren, Holzzellstoff, Holzstoff, Strohzellstoff, Strohstoff,
- g) für Kies, Sand, Schlacken,
- h) für Salz, Salzsäure und Schwefelsäure,
- i) für Steine, Schwerspat, Schiefer, Zement,
- k) für Blei und Zink,
- l) für Rohzucker an Raffinerien und Rübenzucker zur Ausfuhr.

Zum 1. Oktober 1919 trat eine weitere Einschränkung der Ausnahmetarife ein. Sie war in der Hauptsache eine Folge der Bestimmungen im Artikel 365 des Versailler Vertrages: »Die aus den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte kommenden und für Deutschland bestimmten Güter sowie die durch Deutschland von oder nach den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte durchgeführten Güter genießen von Rechts wegen auf den deutschen Eisenbahnen bezüglich der Gebühren (unter Berücksichtigung aller Vergütungen und Rückvergütungen), bezüglich der Verkehrserleichterungen und in jeder andern Hinsicht die günstigste Behandlung, die für Güter gleicher Art gilt, welche auf irgend einer deutschen Strecke im Binnenverkehr oder zum Zwecke der Aus-, Ein- oder Durchfuhr unter ähnlichen Bedingungen, insbesondere bezüglich der Länge der durchlaufenen Strecken, befördert werden. Das Gleiche gilt auf Verlangen einer oder mehrerer alliierter oder assoziierter Mächte für alle von ihnen namentlich bezeichneten Güter, die aus Deutschland kommen und für ihre Gebiete bestimmt sind.«

An Ausnahmetarifen blieben nur noch diejenigen

- a) für Rundhölzer zu Grubenzwecken des Bergbaues von bestimmter Zapfstärke und Länge,
- b) für gewisse Rohstoffe (Rohstofftarif), wie Brennstoffe des Spezialtarifs III, verschiedene Düngemittel, Eis, Erden, Erze, frische Kartoffeln, Rüben, Schlacken, Ton usw.,
- c) für Torfstreu, Torfmull, Torfmehl,
- d) für Stoffe zum Spülversatz im Bergwerksbetriebe,
- e) für Düngekalk,
- f) für Steine usw. zum Wege-, Bahn- und Wasserbau,
- g) für Eisenerze usw. unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Hütten im Ruhr-, Lahn-, Dill- und Siebgebiet sowie in Oberschlesien,
- h) für Schwefelsäure zur Herstellung von Superphosphat von Oberschlesien,
- i) für Kohlen, Koks und Briketts.

Bereits vorher, schon während des Krieges, aber in viel stärkerem Maße nach dem Zusammenbruch hatten die Betriebskosten der Eisenbahn eine gewaltige Steigerung erfahren. Die für die Betriebsstoffe zu zahlenden Preise und die infolge der Verteuerung der Lebenshaltung unvermeidlichen höheren Aufwendungen für Lohn und Gehalt der Eisenbahnbediensteten zwangen die Eisenbahnen, ihre Tarife wiederholt zu erhöhen. Dazu nötigte sie nicht nur der bisher angewandte kaufmännische Grundsatz, daß Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten seien, sondern seit dem Bestehen der neuen Reichsverfassung vom 11. August 1919 die ganz bestimmte und strenge Vorschrift des Artikels 92. Danach sind die Reichseisenbahnen ungeachtet der Eingliederung ihres Haushalts und ihrer Rechnung in den allgemeinen Haushalt und die allgemeinen Rechnungen des Reichs als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln hat. Bei den Erhöhungen hat sich die Eisenbahn ihrem Wesen als gemeinwirtschaftliches Staatsunternehmen getreu die größte mögliche Beschränkung auferlegt. Sie waren nie so bemessen, daß sie voranschlagsgemäß einen Überschuß ergaben, sondern trugen stets nur den Verhältnissen der nächsten Zeit Rechnung. Da die allgemeine Teuerung dauernd stieg, erwiesen sie sich immer wieder in kurzer Zeit als unzureichend. Seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 sind folgende allgemeine Erhöhungen der Gütertarife eingetreten, denen die jeweils bestehenden Frachten zugrunde gelegt wurden:

1.	am 1. Okt. 1917	um	7 vH,	eine Steigerung der Friedensfracht um	7 vH
2.	» 1. April 1918	»	15 »	»	» 23 »
3.	» 1. April 1919	»	60 »	»	» 97 »
4.	» 1. Okt. 1919	»	50 »	»	» 195 »
5.	» 1. März 1920	»	100 »	»	» 491 »
6.	» 1. Dez. 1920	»	15 »	»	» 580 »
7.	» 1. April 1921	»	65 »	»	» 1022 »
8.	» 1. Nov. 1921	»	30 »	»	» 1359 »
9.	» 1. Dez. 1921	»	50 »	»	» 2089 »
10.	» 1. Febr. 1922	»	30 »	»	» 2746 »

Die erste Erhöhung am 1. Oktober 1917 bestand in der vom Reich eingeführten Güterverkehrsteuer von 7 vH. Sie wird noch heute erhoben. Von der Steigerung am 1. Februar 1922 gegenüber der Friedensfracht um 2746 vH entfallen daher 187 vH auf diese in die allgemeine Reichskasse fließende Steuer und nur 2559 vH auf die der Eisenbahn zustehende Fracht.

Die Erhöhungen bis zum 1. März 1920 einschließlich trafen alle Güter gleichmäßig. Durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges hatten sich aber die Werte der Waren an sich und in ihren wechselseitigen Beziehungen mehr oder weniger verschoben. Auch war es erforderlich, um die Weiterentwicklung der Tarife auf der Grundlage der neuen Wirtschaftsverhältnisse zu ermöglichen, mit den roh nach Hundertteilen gesteigerten Frachten der Vorkriegszeit aufzuräumen und die Tarife organisch umzugestalten. Man nahm daher im Jahre 1920 eine Prüfung der Güter daraufhin

vor, ob ihre Einreihung in die einzelnen Klassen der für die Frachtberechnung maßgebenden Gütereinteilung noch berechtigt war. Das Ergebnis war eine neue Gruppierung der Güter vom 1. Dezember 1920 ab, die eine durchschnittliche Erhöhung der Frachten um etwa 15 vH mit sich brachte.

Gleichzeitig trat aber eine wesentliche Änderung im ganzen Aufbau des Normaltarifs ein. Während für die bisherigen Normalklassen die Kilometerstreckensätze im allgemeinen auf alle Entfernungen gleichgehalten waren, so daß die Fracht durch Vervielfachung dieses Streckensatzes mit der Anzahl der Kilometer gefunden wurde, waren die Abfertigungsgebühren für auf kurze Entfernung beförderte Sendungen von 10 zu 10 km bis 100 km²⁾ steigend gestaffelt und betruhen erst von da ab einheitlich für Frachtsückgut 20 Pf und für Wagenladungen 12 Pf für 100 kg. Die neue Regelung baut sich demgegenüber auf folgender Grundlage auf:

Das Staffelsystem wurde allgemein eingeführt, da die geographisch ungünstig gelegenen Teile des Deutschen Reichs, wie Ostpreußen, Bayern usw., durch die Erhöhung der Fracht verhältnismäßig stärker belastet werden als die in der Nähe der Kohlengebiete oder anderer Rohstoffgewinnungsstätten liegenden Landesteile, und da die Einführung des Achtsturentages und die starke Ausgleichung der Löhne in allen Gegenden den früher auf diesem Gebiete günstiger gestellten Landesteilen diese Vorteile genommen hatte. Die Fracht stieg also in geringerem Maße als die Entfernung, z. B. von 160 M bei 100 km auf nur 820 M bei 1000 km Entfernung. Von der Staffellung der Abfertigungsgebühr bis 100 km sah man ab, da die Abfertigung im Eisenbahndienst im großen und ganzen für nahe und weite Entfernungen dieselbe Arbeit und dieselben Kosten verursacht. Die oberen Klassen, die die Fertigerzeugnisse enthalten, wurden stärker als die niederen, den Rohstoffen vorbehaltenen Klassen zu den Erhöhungen herangezogen. Die allgemeine Wagenladungsklasse wurde mit den drei Spezialtarifen zu vier allgemeinen Wagenladungsklassen A, B, C, D (mit vier Nebenklassen für 5 t-Ladungen) vereinigt und eine fünfte Wagenladungsklasse E für die geringstwertigen Güter unter Wegfall des sogenannten Rohstofftarifs geschaffen und schließlich grundsätzlich die Verladung von 15 t als das der Frachtberechnung nach den Hauptwagenladungsklassen zugrunde liegende Mindestgewicht verlangt. Da der frühere Rohstoff-Ausnahmetarif als Klasse E unter die Normalklassen aufgenommen war, wurde dieser Ausnahmetarif sowie diejenigen für Torfstreu, Torfmull und Torfmehl und für Düngekalk entbehrlich; denn der neue Tarif überweist fast sämtliche Güter dieser aufgehobenen Ausnahmetarife der niedrigsten Tarifklasse E. Die allgemeine Erhöhung des Wagenladungsmindestgewichts von 10 auf 15 t wurde vorgenommen, da als Normalwagen jetzt der 15 t-Wagen anzusehen ist und an Zahl stark überwiegt, durch diese Bestimmung aber eine bessere Ausnutzung der Wagen erzielt werden soll. Um die in der Schaffung der 15 t-Normalladung zweifellos für einzelne Güter liegende Härte zunächst zu mildern, wurde eine große Anzahl schonungsbedürftiger Güter in eine besondere Liste A aufgenommen, für welche die bisherige Berechnung bestehen blieb, also nur ein Mindestgewicht von 10 t verlangt wurde.

²⁾ in den Spezialtarifen von 1 bis 50 km und von 51 bis 100 km.

Schließlich wurde auch die Hergabe gedeckter Wagen für die Verladung von Gütern anderweit geregelt. Grundsätzlich sollten überhaupt keine Güter mehr in gedeckten Wagen ohne besondere Frachtzahlung befördert werden, auch nicht diejenigen der teuersten Wagenladungsklasse. Aber auch hier ließ man Ausnahmen zu und faßte diese Güter, die aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, d. h. nach ihrer Beschaffenheit, eine Verladung in offenen Wagen und dem Werte nach die Zahlung einer Mehrfracht nicht vertragen, in einer Liste II zusammen.

Die Erhöhung am 1. April 1921 um 65 vH war wieder nur eine durchschnittliche. Einem Beschlusse des Vorläufigen Reichseisenbahnrats entsprechend wurde die Steigerung beim Stückgut und den teureren Wagenladungsklassen nach der stärkeren Belastungsfähigkeit der in diesen Klassen enthaltenen Güter höher bemessen als bei den Gütern der niederen Tarifklassen und bei Ausnahmetarifen, und zwar bei Stückgut auf 85 vH, in Klasse A 80 vH, B 75 vH, C 70 vH, D 60 vH, E 50 vH und bei den Ausnahmetarifen auf 55 vH. Die Erhöhung am 1. Februar 1922 macht die folgende Tafel ersichtlich, die eine Übersicht der Frachten auf 300 km enthält. Sie berücksichtigt die Stückgut- und die Hauptklassen für Wagenladungen — nicht die Nebenklassen hierzu — und ist in Pfennigen für 100 kg oder Mark für 10 t aufgestellt.

Frachtsätze auf 300 km in Pf/100 kg oder M/10 t	Stückgut		Wagenladungen				
	allgemeines Stückgut	ermäßigtes Stückgut	A	B	C	D	E
			im Frieden				
			B	Spezial- tarif I	Spezial- tarif II	Spezial- tarif III	Aus- tarif 2
am 1. August 1914	315	260	192	147	117	78	73
am 1. Februar 1922	11 400	9129	5840	4240	3180	1920	1470
Steigerung um vH	3 519	3408	2942	2784	2618	2362	1914

Sie zeigt, daß bereits bei 300 km der allgemeine Prozentsatz der Erhöhung, 2746 vH, von der Klasse C an einschließlich nicht erreicht wird.

Es handelt sich bei dieser Regelung wieder um eine organische Einarbeitung der seit 1. April 1921 in der rohen Form des Vornhundert-Zuschlages vorgenommenen Tariferhöhungen. Eine solche war nötig, da sich natürlich durch die Zuschläge die Spannungen zwischen den einzelnen Klassen ungleich gestaltet und vergrößert hatten, und zwar so, daß die Klasse A stark belastet und die niederen Klassen D und E zu sehr geschont erschienen. Weiter wurde die Entfernungsstaffelung in allen Klassen, besonders aber in den oberen Klassen verstärkt, so daß also die Fracht jetzt in noch weit geringerem Maße im Verhältnis zu der Entfernung steigt als früher. Während z. B. auf 50 km die Fracht für eine Wagenladung von 15 t in den Normalklassen

A 1935 M, B 1485 M, C 1155 M, D 795 M, E 600 M
beträgt, steigt sie bei der 20fachen Entfernung (1000 km) auf

A 20 700 M, B 13 375 M, C 10 020 M, D 4965 M, E 3795 M,
also nur auf das 10,5- bis 6,3fache.

Eine bemerkenswerte Änderung des Tarifs tritt aber gegen die Regelung vom Dezember 1920 dadurch ein, daß die Liste A, deren Güter schon bei einem Mindestgewicht von 10 t die Frachtberechnung nach der Hauptklasse genießen, vollständig gestrichen wird. Die Frachtsätze nach den Hauptklassen sind ausnahmslos an ein Gewicht von 15 t gebunden. Um die dadurch entstehende Härte auszugleichen, sind jedoch zu den Klassen A bis D zwei Nebenklassen, für 10 t und 5 t, geschaffen. Auch das Verzeichnis II, Güter enthaltend, die ohne einen Gewichtzuschlag in gedeckten Wagen befördert wurden, ist gestrichen worden. Es müssen also künftig alle Güter, die auf Antrag des Absenders in gedeckten, der Eisenbahn gehörigen Wagen befördert werden, 10 vH Mehrfracht zahlen.

Bei jeder Tarifierhöhung, die ja naturgemäß auf das Einzelinteresse verschieden wirken muß und nicht gleich stark abgestimmt werden kann, wurde bisher die Behauptung aufgestellt und der Vorwurf erhoben, daß die Erhöhung nicht angemessen sei, insbesondere da, wo die Aufhebung der Ausnahmetarife nachwirke, zu sehr fühlbaren Härten führe. Bei der Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens lassen sich solche allgemeinen Ausführungen nur durch Einzeluntersuchung beweisen und widerlegen, und es sei daher im folgenden eine wenn auch nur beschränkte Gegenüberstellung der Preis- und Frachtverhältnisse in der Kohlen- und Eisenindustrie dargeboten.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Aufhebung der Ausnahmetarife bei den Gütern der höheren Tarifklassen, die unter Umständen vor dem Kriege aus besonderen Gründen eine ungewöhnlich hohe Frachtermäßigung durch Ausnahmetarife genossen, zu einer erheblich stärkeren Frachtverteuerung geführt hat, als sie im allgemeinen jetzt getragen werden muß. Das liegt aber zunächst einmal in der Verschiebung aller Erwerb- und Gütererzeugungsverhältnisse durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, den Friedensvertrag und die völlige Umwälzung der deutschen und der Weltwirtschaft. Es ist daher an sich schon gar nicht angebracht, in jedem Falle die Aufhebung der Ausnahmetarife als eine besondere Belastung der betreffenden Wirtschaftskreise durch die Eisenbahn hinzustellen.

In der nachstehenden Übersicht der Preise und Frachten für Kohle und Eisen im Jahre 1914 und im Februar 1922 sind neben den Preisen die Frachten auf 100, 500 und 1000 km enthalten, und zwar sind für 1914 nicht nur die Normaltarife, sondern auch die früheren Ausnahmetarifsätze angegeben. Beim Vergleichen der Preis- und der Frachterhöhungen ergibt sich, daß die Kohlenpreise durchweg in einem solchen Maße erhöht worden sind, daß diese Steigerung nicht einmal von den Unterschieden der jetzigen Fracht gegen den alten, außerordentlich billigen sogenannten Siegerländer Brennstofftarif erreicht wird. In der Gruppe A der Eisenerzeugnisse bewegen sich die Preissteigerungen zwischen 3785 und 5003 vH, während die Frachtsteigerung höchstens 2563 vH beträgt, wenn man den aufgehobenen Ausnahmetarif für Gießerei-Roheisen zum Vergleich heranzieht. Ein etwas abweichendes Ergebnis zeigt die aus Halb- oder Fertigfabrikaten sich zusammensetzende Gruppe C. Hier liegen die Preissteigerungen zwischen 4137 und 5980 vH und die Frachterhöhungen seit der Zeit vor dem Kriege

Nr.	Güterart	Preis		100 km-Fracht		500 km-Fracht			1000 km-Fracht			
		1914	Februar 1922	Steige- rung um vH	1914	Februar 1922	Steige- rung um vH	1914	Februar 1922	Steige- rung um vH	1914	Februar 1922
	I. Kohlen											
1	Fettförderkohle . . .	12,0	468	3800	2,9 ¹⁾	2279	10,5 ¹⁾	218 ¹⁾	1976	17,5 ¹⁾	235 ¹⁾	1243
2	Hochofenkoks . . .	16,0	682	4162	2,0 ²⁾	3290	6,2 ²⁾	206 ¹⁾	3222	—	—	—
3	Braunkohlenbriketts .	11,5	384	3312	2,9 ³⁾	2279	8,5 ³⁾	218 ¹⁾	2465	15,5 ³⁾	—	1416
	II. Eisen											
	a											
4	Gießereirohisen III .	74,5	3371	4425	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Hämatit	81,5	3979	4782	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Spiegeleisen	82,0	3186	3785	3,4 ⁴⁾	2400	12,2 ⁴⁾	261 ¹⁾	2039	23,2 ⁴⁾	331 ¹⁾	1327
7	Rohblöcke	82,5	4210	5003	—	—	—	—	2563	17,5 ⁴⁾	—	1791
8	Knüppel	95,0	4680	4826	—	—	—	—	—	—	—	—
	b											
9	Schrott	48,0	2800	5733	3,4	85,0	12,2	261	2039	23,2	331	1327
	c											
10	Formeisen	110,0	5440	4845	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Träger	110,0	5480	4882	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Staatsbahnschienen .	118,0	5000	4137	4,4 ⁵⁾	2809	18,7 ⁵⁾	465 ¹⁾	2387	36,2 ⁵⁾	—	1745
13	Stabeisen	98,0	5550	5563	—	—	—	—	3711	23,2 ⁵⁾	668 ¹⁾	2776
14	Bandeisen	105,0	6130	5738	—	128,0 ⁶⁾	12,2 ¹⁾	—	4694	18,2 ⁵⁾	—	3570
15	Grobbleche	103,5	6220	5909	—	—	9,7 ⁵⁾	—	6945	12,6 ⁵⁾	—	5205
16	Feinbleche	125,0	7600	5980	2,0 ⁷⁾	6300	6,6 ⁵⁾	—	—	—	—	—
17	Walzdraht	117,5	6000	5006	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Sätze des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs.
 2) Siegerländer Brennstofftarifs (100 km und 400 km).
 3) 20 t-Tarifs für Braunkohle.
 4) Spezialtarifs III (Klasse D).
 5) Ausnahmetarifs für Gießereirohisen.
 6) Spezialtarifs II (Klasse C).
 7) Sätze des Eisenausnahmetarifs nach Küstenstationen.
 8) zur Ausfuhr nach außerdeutschen euro-
 päischen Ländern.
 9) Schiffbau-eisen- usw. Ausnahmetarifs nach außereuropäischen
 Ländern.

zwischen 2809 und 6945 vH. Diese letzte Zahl ergibt sich aber nur, wenn man den außerordentlich billigen Ausnahmetarif für Schiffbaueisen nach Seehäfen und für Eisen nach außereuropäischen Ländern zum Vergleich heranzieht. Diese Begünstigungen waren zur Unterstützung der deutschen Eisenindustrie gegen das Ausland geschaffen und wiesen ganz außerordentliche Ermäßigungen gegen die Normalsätze auf. Sie mußten unter dem Druck der Friedensvertragsbestimmung über die Anwendung der billigsten Frachtsätze für alle Sendungen der bisher feindlichen Staaten beseitigt werden und konnten in keiner Form in dem jetzigen Tarif Berücksichtigung finden. Unter diesen Umständen besteht zweifellos eine gewisse Berechtigung, die Frachten dieses Tarifs bei der Vergleichung außer Betracht zu lassen. In diesem Falle ergibt sich aber auch für diese Gruppe ein Zurückbleiben der Frachterhöhung (höchstens 4694 vH) hinter den Preissteigerungen.

Bei diesen Gegenüberstellungen sind nun die am 1. Dezember 1920 vorgenommenen Auftarifizierungen, d. h. Verweisungen von Gütern in höhere Tarifklassen als bisher, außer acht gelassen. Aber auch sie werden in der Wirkung zum großen Teil überschätzt. Es sei hier nur als Beispiel das früher nach dem Spezialtarif II beförderte Stab- und Formeisen (kaltgewalzt) erwähnt. Sein Frachtsatz wird nach Klasse B berechnet, d. h. die Fracht ist auf 500 km Entfernung von früher 18,7 M auf jetzt 622 M für 1 t gestiegen, d. h. um 3221 vH, und wenn man den Ausnahmetarif nach Küstenstationen zugrunde legt, von 12,2 M auf 622 M, also um 4999 vH oder wenig mehr, als die Preissteigerung des Gutes ausmacht. Fälle, in denen eine Höherentarifierung unter Überspringung mehrerer Klassen eingetreten ist, wie z. B. bei Eisen des früheren Spezialtarifs I, das im Ausnahmetarif für Schiffbaueisen wie das des Spezialtarifs II behandelt wurde, jetzt aber in die höchste Klasse A gekommen ist, können als vergleichsfähig nicht angesehen werden. Immerhin ist es zutreffend, daß z. B. bei Ketten, Schrauben, Muttern, Drahtseilen, Drahtgeflecht, Kochherdplatten u. a. m. die Fracht der Friedenszeit jetzt auf das 135fache gestiegen ist, wenn man die Beförderung dieser Güter nach den Seehäfen zur Ausfuhr nach außereuropäischen Ländern vor dem Kriege und heute vergleicht. Eingehende Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß dieser krasse Fall ganz vereinzelt dasteht, und daß Frachterhöhungen, die über das Maß der Preissteigerungen hinausgehen, wenn auch nicht zu den Ausnahmen gerechnet werden können, so doch bei weitem nicht den von der Öffentlichkeit so oft behaupteten und der Eisenbahn zum Vorwurf gemachten Umfang erreichen. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß noch zahlreiche Gütersendungen zu Frachtsätzen befördert werden, die Ausnahmetarifen vor dem Kriege entsprechen. Besteht doch noch heute der Ausnahmetarif 6 für Steinkohlen, Braunkohlen usw., nach dem 1913 über 41 vH der Güter des öffentlichen Verkehrs gefahren wurden und sicher auch heute noch gefahren werden, und die jetzige Normalklasse E ist im wesentlichen der frühere Rohstoffausnahmetarif 2.

*

Während der Drucklegung dieses Aufsatzes hat sich von neuem die Notwendigkeit einer Gütertariferhöhung ergeben. Vom 1. März 1922 ab soll

ein Zuschlag von 20 vH auf die bestehenden Tarife erhoben werden³⁾. Die Ausführungen dürften trotzdem im wesentlichen noch zutreffen, wenn auch naturgemäß der Vergleich der Preise und Frachten den Tatsachen nach dem 1. März nicht mehr entsprechen kann.

³⁾ Die am 1. März eingetretene weitere Erhöhung der Gütertarife um 20 vH bedeutet eine durchschnittliche Erhöhung der Friedensfrachtsätze um 3315 vH. Diese Zahl stellt ebenfalls nur einen ganz groben Durchschnitt dar.

Die Frachtsätze für 300 km betragen in Pf/100 kg bezw. M/10 t:

	Stückgut		Wagenladungen				
	allgemein	ermäßigt	A	B	C	D	E
Frachtsatz	13 680	10 940	7010	5090	3820	2300	1760
Steigerung vH	4 240	4 110	3550	3360	3160	2850	2310

[1305]

Die oberschlesische Berg- und Hüttenindustrie.

Von Joseph Mendel, Berlin.

(Schluß von Seite 95)

Hohenloherwerke A.-G. zu Hohenlohehütte, Kreis Kattowitz.

Die Hohenloherwerke A.-G. wurde im Jahre 1905 errichtet. Den größten Teil ihrer Bergwerke, Anteile, Grubenfelder und Anlagen hat die Firma von dem Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen erworben. Die Hohenlohehütte stellt insofern einen gemischten Betrieb dar, als sie über Kohlenvorkommen und über Zinkerzbergwerke verfügt und außerdem ihr Zink verhüttet. An der Eisenindustrie ist sie nicht beteiligt. Ihr gehört in der Hauptsache in Form eines anteiligen Besitzes einer Reihe von Zinkvorkommen, deren Betrieb auch in ihren Händen liegt. So besitzen die Hohenloherwerke drei Viertel der Kuxe der Gewerkschaft Zinkerzbergwerke Brzozowitz, ferner die Hälfte der Kuxe der Gewerkschaft Zink- und Schwefelbergwerk Consolidierte Maria und über zwei Drittel der gewerkschaftlichen Kuxe des Zinkerzbergwerks Neue Helene. Außerdem ist im Alleinbesitz der Hohenloherwerke das mit der Neuen Helenengrube markscheidende Zink- und Schwefelkiesbergwerk Kleine Helene. Aus den einzelnen Zinkerzbergwerken wurden folgende Mengen (t) Zinkerze (und Bleierze) gefördert:

	Erzförderung (Galmei und Blende)			fertiges Zinkerz		
	Brzozowitz	Neue Helene	zusammen	Brzozowitz	Neue Helene	zusammen
1912/13	177 395	196 261	373 656	96 614	68 883	165 497
1913/14	198 703	195 334	394 037	94 127	57 178	151 305
1914/15	157 664	125 848	283 512	74 611	40 031	114 642
1915/16	180 255	100 472	280 727	69 666	44 417	114 083
1916/17	nicht mehr veröffentlicht					
1917/18						
1918/19						
1919/20						

	fertiges Bleierz			Schwefelkies		
	Brzozowitz	Neue Helene	zusammen	Brzozowitz	Neue Helene	zusammen
1912/13	9 900	7 169	17 069	197	891	1 088
1913/14	13 537	7 891	21 428	250	879	1 129
1914/15	9 591	5 848	15 439	281	659	940
1915/16	10 852	6 297	17 149	259	1052	1 311
1916/17	} nicht mehr veröffentlicht					
1917/18						
1918/19						
1919/20						
1920/21						

Abgesehen von diesen in Oberschlesien gelegenen Zinkvorkommen besitzen die Hohenloherwerke sämtliche Anteile der beiden norwegischen Gesellschaften Hadelandsbergwerk und Norge (Kapital je 1 800 000 norwegische Kronen). An die Zinkerzbergwerke schließen sich Zinkhüttenbetriebe und Walzwerke an. Es sind dies die Hohenlohe-Blenderöstanstalt, die Schellerhütte, die Hohenlohe-Zinkhütte, das Hohenlohe-Zinkwalzwerk und deren Hilfsanlagen, ferner die Theresienzinkhütte, die in der Hauptsache Preßzink herstellt. Weiterhin haben dann die Hohenloherwerke die den Gräflich Schaffgottschen Werken gehörende Godullazinkhütte nebst Blenderöstanstalt in Pacht betrieben. Die Erzeugung in den einzelnen Hütten und Walzwerken betrug (in t):

	Hohenlohe-Zinkhütte			
	Rohzink	Zinkstaub	Weichblei	Kadmium
1912/13	39 688	2121	629	5 ² / ₃
1913/14	36 324	2654	624	3 ² / ₃
1914/15	23 825	2731	380	3 ¹ / ₂
1915/16	24 953	1708	413	3 ³ / ₄
1916/17	24 411	584	346	9
1917/18	25 794	203	393	17
1918/19	22 965	443	305	16
1919/20	13 067	1184	280	—
1920/21	10 993	1215	220	—

	Zinkwalzwerk	Theresienhütte	geröstete	Rösthütten
	Zinkbleche	Preßzinkfabrikate	Blende ^{*)}	Schwefelsäure ^{**)} Kontaktsäure 60° Bé
1912/13	11 309	—	85 608	11 873 ¹⁾
1913/14	10 559	—	82 960	11 476 ¹⁾
1914/15	7 876	—	54 206	12 777 ¹⁾
1915/16	5 292	2029	53 556	12 190 ¹⁾
1916/17	4 359	3060	51 972	18 632
1917/18	2 813	3476	53 459	17 082
1918/19	2 617	1945	40 312	17 714
1919/20	8 556	727	29 735	12 465
1920/21	6 304	355	27 620	13 067

¹⁾ dazu 11 053 t

²⁾ Hohenlohe, Godulla, Scheller
²⁾ dazu 10 237 t

³⁾ dazu 6552 t

⁴⁾ Schellerhütte
⁴⁾ dazu 4315 t Kammersäure von 60° Bé.

Den zweiten Bestandteil der Hohenloherwerke bilden die Steinkohlenvorkommen, und zwar das Steinkohlenbergwerk Max in Michalkewitz (Kattowitz), die Consolidierte Georg in Eichenau, die Consolidierte Fanny und Chassée in Siemianowitz, die Oheingrube in Brynau, die Herzog von Ujest-

Oehringengrube in Sosnitz und die Carl-Oswald-Schachtanlage in Ellguth-Zabrze. Die gesamte Steinkohlenförderung auf diesen Gruben stellte sich (in t):

Kalender-jahr	Max	Oheim	Georg	Chassée Fanny	Oehringen	zusammen
1912	881 679	651 099	421 476	59 718	—	2 013 972
1913	852 276	622 762	353 658	52 055	—	1 880 751
1914	766 973	548 338	349 056	60 155	—	1 724 522
1915	769 829	593 145	343 654	73 578	—	1 780 206
1916	900 387	637 632	322 410	75 320	—	1 935 749
1917	922 574	679 881	297 247	76 988	311	1 977 001
1918	897 197	666 291	253 645	70 236	2 320	1 889 684
1919	484 766	528 952	180 766	43 090	3 546	1 241 120
1920	603 949	694 611	268 162	46 590	17 595	1 630 907
A b s a t z.						
1912	821 693	606 473	380 733	55 937	—	1 864 836
1913	787 744	569 014	384 737	47 997	—	1 791 492
1914	698 757	479 729	313 740	49 822	—	1 542 048
1915	705 660	544 437	320 762	73 600	—	1 644 459
1916	821 221	570 497	308 704	68 540	—	1 768 962
1917	851 466	634 539	285 443	76 352	311	1 848 111
1918	854 764	623 740	279 141	67 425	2 320	1 827 390
1919	408 173	454 175	150 842	38 356	3 277	1 054 823
1920	531 001	637 108	232 078	43 230	17 597	1 461 014

In den Geschäftsjahren 1912/13 bis 1920/21 wurden gefördert: 2 220 705, 2 082 480, 1 591 080, 1 879 168, 1 917 396, 2 036 127, 1 687 592, 1 378 063, 1 665 067 t.

Davon wurden selbst verbraucht: 459 257, 405 438, 336 762, 374 866 t, verkauft: 1 821 476, 1 689 407, 1 243 632, 1 492 986 t (seitdem nicht mehr veröffentlicht).

Neben diesen in Betrieb befindlichen Bergwerken haben die Hohenloherwerke noch Steinkohlenbergwerke an den Preußischen Bergwerfkiskus verpachtet und besitzen eine Anzahl nicht erschlossener Bergwerke und Anteile an solchen. Auch eine Reihe zum Teil noch unverritzter sonstiger Grubenfelder (Schwefelerzfeld, Braunkohlenfelder) gehören zu ihrem Besitz.

Die Hohenloherwerke haben ihr ursprünglich 40 Mill. M betragendes Aktienkapital im Jahre 1909 um 8 Mill. M und 1910 um 32 Mill. M erhöht. Im Jahre 1920 haben sie zu ihren Stammaktien noch 20 Mill. M Vorzugsaktien ausgegeben, so daß das Gesamtkapital heute 100 Mill. M beträgt. Außerdem ist eine 4½prozentige hypothekarische Anleihe von 1912 in ursprünglicher Höhe von 40 Mill. M vorhanden, von denen rd. 36 Mill. M im Umlauf sind. Dazu tritt dann noch eine zweite Anleihe in Höhe von 20 Mill. M. Die Reserven stellen sich auf 9 Mill. M. Die Hauptposten der Bilanz haben sich in den letzten Jahren gemäß der Tafel auf S. 156 entwickelt.

Von den Hohenloherwerken fallen sämtliche Zinkbetriebe und der größte Teil der Steinkohlenvorkommen an Polen. Der in Deutschland verbleibende Teil der Steinkohlengruben usw. ist von der zu diesem Zweck begrün-

Zahlen- angabe in Mill. M	Aktien- kapital	Obliga- tionen	Hypo- theken	Reserven	Erz- bergwerke im Betriebe	Hütten, Röst- anstalten usw.	Steinkohlen- bergwerke im Betriebe	Vorräte
1912/13	80,00	31,50	2,25	9,01	23,90	3,51	55,77	8,27
1913/14	80,00	39,97	2,33	8,61	21,80	4,89	59,53	9,73
1914/15	80,00	39,97	2,42	8,61	18,17	4,88	58,80	8,91
1915/16	80,00	39,97	4,67	8,61	15,85	4,49	57,01	8,90
1916/17	80,00	39,97	3,27	8,61	12,00	5,30	57,94	7,03
1917/18	80,00	39,07	2,07	8,61	8,00	6,00	57,94	6,59
1918/19	80,00	38,13	1,95	8,61	6,50	5,83	62,52	11,41
1919/20	80,00	57,15	1,98	8,00	4,50	4,60	70,97	24,78
1920/21	100,00	56,13	1,06	8,50	2,50	3,55	71,67	30,51

Mill. M	Kassen- bestand	Wert- papiere	Debi- toren	Kredi- toren	Brutto- gewinn	Abschrei- bungen	Rein- gewinn	Divi- dende vH
1912/13	0,176	—	29,40	3,69	11,08	4,52	6,65	8
1913/14	0,128	—	30,76	4,50	9,38	6,02	3,31	4
1914/15	0,007	0,68	33,05	3,62	6,02	5,90	0,014	0
1915/16	0,135	8,50	34,78	5,14	11,49	6,50	4,96	6
1916/17	0,087	13,08	36,21	7,84	12,34	7,49	4,97	6
1917/18	0,156	20,40	37,63	11,86	16,14	9,61	6,66	8
1918/19	0,091	16,44	25,35	16,10	1,51	4,50	—	0
1919/20	0,313	9,03	76,85	48,97	16,89	6,71	4,39	5
1920/21	0,348	6,78	112,67	82,04	12,76	8,10	4,34	5

deten Oehringen-Bergbau-A.-G. (mit einem Grundkapital von 20 Mill. M Stammaktien, 25 Mill. M Vorzugaktien) übernommen worden. Die Stammaktien wurden den Aktionären der Hohenloherwerke im Verhältnis 5:1 zum Kurse von 100 vH angeboten.

Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine.

Die Gesellschaft wurde 1853 gegründet und besitzt Steinkohlengruben sowie Zink- und Bleierzgruben, Rösthütten, Hütten- und Zinkwalzwerke. Ihr Steinkohlengrubenbesitz zerfällt in drei örtlich auseinanderliegende Bezirke, nämlich die Vereinigte Mathildegrube in Lipine, die Grube Andalusien in Cammin und die Vereinigte Karsten-Centrum in Beuthen. Die Zink- und Bleierzgruben sind die Ceciliengrube und die Grube Jenny-Otto mit Fiedlersglück und Wilhelmglück, sämtlich in der sogenannten Scharleyer Erzmulde belegen. Die Röst- und Rohzinkdarstellung wird in den Silesia-Röst- und Zinkhütten betrieben. Die Weiterverarbeitung des Zinks erfolgt zum Teil ebenfalls auf der Hütte Silesia, zum Teil in den Walzwerken Jedlitze (Kreis Oppeln) und Ohlau (Kreis Ohlau). Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren nachstehende Produktion gehabt (in t):

	Kohlen- förderung	Galmei- und Blende- förderung	Rohzink- gewinnung	Herstellung von Zink- blechen	Schwefel- säure- gewinnung	Zink- blech- absatz
1913	1 375 110	85 203	35 645	30 930	71 544	30 916
1914	1 250 967	69 233	29 067	25 882	55 849	25 435
1915	1 210 296	65 099	22 446	15 492	37 179	11 891
1916	1 427 752	71 532	21 785	15 411	38 955	17 614
1917	1 599 349	74 487	25 525	9 900	47 328	9 960
1918	1 564 446	64 341	24 587	8 180	41 745	6 844
1919	1 126 270	38 890	13 190	15 385	23 093	16 350
1920	1 290 623	39 935	15 087	15 096	30 425	12 362

Bemerkenswert ist, daß der Gesellschaft noch das Zinkwalzwerk Humboldt bei Köln-Kalk gehört.

Die Schlesische Zinkhütten-A.-G. besaß ursprünglich ein Kapital von 5 Mill. Talern. Im Jahre 1907 fand eine Erhöhung des Kapitals um $3\frac{3}{4}$ Mill. M statt, das kurz vor dem Kriege auf 14,4 Mill. M Stammaktien und 12,7 Mill. M Vorzugsaktien, zusammen also 27,1 Mill. M angewachsen war. Im Jahre 1921 erfolgte dann die Heraufsetzung des Kapitals auf 60 Mill. M. Außerdem besteht eine $4\frac{1}{2}$ prozentige hypothekarische Obligationsanleihe von 15 Mill. M. Die Reserven stellen sich auf rd. 11 Mill. M. Finanziell hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

Zahlen- angabe in Mill. M	Aktien- kapital	Reserven	Kohlen- und Zinkerz- gruben	Zink- hütten	Grund- stücke	Mobilien	Mate- rialien	Kohlen- und Erz- bestände	Rohzink, Zinkblech usw.
1912	27,28	9,54	11,48	4,97	4,35	0,326	1,85	1,63	0,590
1913	27,28	9,55	13,26	4,81	4,24	0,312	2,22	1,33	0,711
1914	27,28	10,05	15,23	4,80	4,16	0,267	2,38	1,46	0,903
1915	27,28	10,05	14,13	3,22	3,54	0,263	1,82	0,97	0,807
1916	27,28	10,05	13,24	2,57	3,16	0,325	2,47	1,07	0,304
1917	27,28	11,55	11,26	2,00	3,36	0,469	4,87	0,723	0,291
1918	27,28	11,05	10,39	2,13	4,33	0,547	6,42	1,78	1,890
1919	27,28	11,05	12,16	2,66	4,30	0,939	9,90	3,93	7,720
1920	27,28	11,05	10,37	1,56	4,18	1,120	34,40	2,60	15,470

Mill. M	Kasse	Effekten	Bankgut- haben	Debi- toren	Kredi- toren	Brutto- gewinn	Ab- schrei- bungen	Rein- gewinn	Divi- dende vH
1912	0,160	7,07	10,010	3,28	2,55	11,10	4,00	6,29	15 $\frac{1}{2}$
1913	0,154	7,19	8,370	2,72	3,01	8,51	2,80	4,89	12 $\frac{1}{2}$
1914	0,118	7,22	2,810	4,32	3,13	5,35	1,60	2,97	5 $\frac{1}{2}$
1915	0,249	8,89	7,970	5,05	3,84	10,14	4,00	4,51	15
1916	0,295	13,01	8,750	7,06	4,96	12,24	4,00	7,13	18
1917	0,530	16,85	10,070	9,38	5,15	15,92	4,00	11,06	20
1918	0,557	19,41	0,006	9,14	10,14	5 83	1,30	1,85	6
1919	0,536	22,81	—	17,52	25,67	4,73	1,50	—	—
1920	1,050	14,07	—	34,18	55,61	17,27	6,00	10,29	20

Durch die Teilung Oberschlesiens verliert die Gesellschaft ihre Zinkerz- und Bleierzgruben, ihre Zink- und Bleihütten, ein Zinkblechwalzwerk und ihre Steinkohlengruben. Auf deutsches Gebiet fallen nur zwei Zinkblechwalzwerke. Der deutsche Besitz ist in eine neu zu schaffende Aktiengesellschaft eingebracht worden, die mit 120 000 M Aktienkapital gegründet wurde, das auf 20 Mill. M gebracht wurde. Vor dem Kriege war etwas französisches Kapital an der Gesellschaft beteiligt; jetzt heißt es anderseits, daß die Gesellschaft unter englisch-französischen Einfluß kommen werde.

Oberschlesische Zinkhütten-A.-G. Kattowitz.

In das 1906 gegründete Unternehmen, bei dessen Entstehen die Firmen Hermann Roth und Albert Roth, Breslau, die A.-G. für Montanindustrie und die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. mitwirkten, wurde eine Reihe von Zinkhütten und Zinkwalzwerken eingebracht, und zwar seitens der Firma Hermann Roth in Breslau die Kunigundehütte in Zawodzie, das Kunigundenzinkwalzwerk in Myslowitz, die Klarazinkhütte in Beuthen-Schwarzwald und die Franzzinkhütte in Bykowitz. Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. brachte die Rosamundezinkhütte in Beuthen-Schwarzwald und das Zinkwalzwerk in Sandowitz (Groß-Strehlitz) ein, außerdem noch Kuxe einer Anzahl von kleineren Zinkerzbergwerken. Heute werden von der Gesellschaft die Blenderösthütte Kunigundehütte in Bogutschütz-Süd bei Kattowitz, die Rohzinkhütte Kunigundehütte, die Rosamundehütte in Beuthen-Schwarzwald und endlich das Zinkblechwalzwerk Kunigunde in Myslowitz betrieben. Die Erzeugung der Zinkhütten dieser Betriebe stellte sich von 1912/13 bis 1920/21 (in t):

	Zinkhütten			geröstete Blende	Rösthütten Schwefelsäure 60°	Zinkbleche
	Rohzink u. Zinkstaub	Blei	Kadmium			
1912/13						
1913/14	20 063	148	—	29 779	12 231	4383
1914/15	9 570	91	—	17 756	11 133	2691
1915/16	10 338	65	2,0	13 648	11 401	2243
1916/17	10 534	133	8,5	14 093	14 434	1868
1917/18	11 804	107	9,9	17 038	18 807	1228
1918/19	6 371	43	4,6	12 177	10 629	1551
1919/20	5 371	43	0,6	6 757	6 934	3017
1920/21	6 806	49	—	11 144	11 072	2169

Die Bilanzziiffern der Gesellschaft sind:

Zahlenangabe in Mill. M	Aktienkapital	Reserven	Erneuerungsrücklage	Grund und Boden	Hüttenanlagen	Maschinen und Geräte	Vorräte	Kuxe und Wertpapiere
1914/15	3,75	0,495	0,220	1,190	1,410	0,213	1,62	0,09
1915/16	3,75	0,495	0,220	0,932	1,070	0,166	2,11	0,08
1916/17	3,75	0,495	0,220	0,907	0,813	0,123	1,21	1,26
1917/18	3,75	0,607	0,220	0,683	0,861	0,166	1,22	3,45
1918/19	3,75	0,607	0,220	0,722	0,864	0,239	2,89	2,81
1919/20	3,75	0,607	0,220	0,722	0,655	0,181	4,76	2,18
1920/21	3,75	0,607	0,600	0,722	0,731	0,440	9,59	2,33

Mill. M	Debitoren	Kreditoren	Kasse	Bruttogewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende vH
1914/15	0,833	0,62	0,025	1,15	0,503	0,350	7
1915/16	0,847	0,54	0,019	1,47	0,860	0,367	7
1916/17	0,954	1,94	0,012	1,82	0,401	1,040	10
1917/18	1,290	1,96	0,023	1,55	0,545	0,537	10
1918/19	0,981	2,68	0,014	1,36	0,246	0,572	10
1919/20	10,990	3,76	0,046	12,57	0,307	10,170	20
1920/21	5,920	6,51	0,067	9,88	0,380	5,660	20

Von den Betrieben der Gesellschaft fallen die Kunigundehütte und die übrigen im Kreise Kattowitz gelegenen Betriebe auf polnisches, die Rosamundehütte auf deutsches Gebiet.

Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken zu Berlin.

Diese Gesellschaft betreibt die vier Kokereianlagen Skalley, Zaborze, Poremba und Glückauf, die sämtlich im Kreise Hindenburg (Zabrze) liegen. Der bei der Verkokung gewonnene Teer wird in der Destillationsanlage der Oberschlesischen Gesellschaft für Teerverwertung aufgearbeitet. Das dabei erzeugte Pech wird von den Oberschlesischen Kokswerken und Chemischen Fabriken an die oberschlesischen Brikkettfabriken abgesetzt. Die Teeröle verkauft die Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse G. m. b. H. in Essen. Außer den eigenen Betrieben von Koksanstalten betreibt die Gesellschaft die am Gotthardschacht der Paulus-Hohenzollerngrube errichtete Koksanstalt der Gräfl. Schaffgottschen Verwaltung. Weiterhin besitzt sie eine Kleiseisenzeugfabrik und Apparatebauanstalt mit mechanischer Werkstatt, eine Graugießerei, elektrische Schweißerei und Verzinkerei. Die Oberschlesischen Kokswerke sind auch an der Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik Karl Koethen bei Greiffenberg in Schlesien und an der »Union« Fabrik chemischer Produkte zu Stettin beteiligt, endlich an einigen weiteren in- und ausländischen Handelsunternehmungen, die sich mit der Veräußerung der Produkte der Gesellschaft befassen. Wichtig ist, daß die Oberkoksgesellschaft, um sich von dem Bezuge von Kohle unabhängig zu machen, die Mehrheit der Kuxe der Consolidierten Gleiwitzer Steinkohlengruben erworben hat, deren Förderung heute schon etwa 200 000 t beträgt. Ende 1921 haben die Oberschlesischen Kokswerke auf die Wiener Suchy-Werke (Chemische Fabrik) durch Aktienbesitzbeteiligung Einfluß gewonnen.

Die Gesellschaft, deren Aktienkapital ursprünglich $4\frac{1}{2}$ Mill. M betragen hatte, hat ihr Kapital vor dem Kriege auf $21\frac{1}{2}$ Mill. M gebracht. Im Jahre 1920 ist dann das Kapital auf 70 Mill. M, davon 40 Mill. M Stammaktien und 30 Mill. M Vorzugsaktien, heraufgesetzt worden. Es besteht ferner eine 4prozentige Anleihe von 1905 in Höhe von 3 Mill. M und eine 5prozentige Hypothekaranleihe von 1914 in Höhe von 10 Mill. M. Von den beiden Anleihen waren Ende 1920 insgesamt noch 11,81 Mill. M im Umlauf. An Reserven werden $22\frac{1}{2}$ Mill. M ausgewiesen. Die Hauptziffern der Bilanz stellen sich wie folgt:

Zahlen- angabe in Mill. M	Aktien- kapital-	Obliga- tionen	Reserven	Grund- besitz und Anlagen	Konsol. Gleiwitzer Steinkohlen- grube	Effekten	Bestände
1912	18,50	2,77	1,89	4,07	—	4,28	1,43
1913	18,50	2,69	1,89	4,30	—	4,25	2,32
1914	21,50	12,60	1,94	5,44	—	5,26	1,57
1915	21,50	12,51	2,15	5,35	25,60	8,36	1,21
1916	21,50	12,42	2,15	4,71	25,60	8,73	1,64
1917	21,50	12,33	2,15	3,87	22,50	10,87	2,06
1918	21,50	12,23	2,15	4,23	21,50	11,45	2,77
1919	21,50	12,12	2,15	3,48	18,50	11,45	9,26
1920	70,00	11,81	22,50	2,37	16,50	22,79	6,94

Mill. M	Debitoren	Kreditoren	Brutto- gewinn	Abschrei- bungen	Reingewinn	Dividende vH
1912	7,08	4,77	4,55	0,50	3,24	15
1913	6,01	5,65	4,90	0,50	3,62	17
1914	8,40	9,05	5,75	0,50	4,18	17
1915	10,39	12,99	6,07	0,50	3,99	17
1916	18,85	19,21	6,85	0,50	3,99	17
1917	24,68	22,20	9,36	1,85	4,75	17
1918	17,68	23,21	9,56	1,66	5,13	17
1919	41,04	49,27	9,39	2,07	4,77	17
1920	196,41	143,84	24,66	2,04	14 39	17

Die Oberschlesischen Kokswerke verlieren durch die Teilung zwei ihrer Koksanstalten in Zaborze und Skalley. Ihr Betrieb Glückauf in Hindenburg bleibt aber erhalten und ebenso ihre Steinkohlengrundlage, die Konsolidierte Gleiwitzer Grube.

Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft.

Die zum Friedländer-Fuld-Konzern gehörende Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft wurde im Jahre 1903 errichtet und hat ihren Sitz, der sich ursprünglich in Berlin befand, in Radlin, Kreis Rybnik. Sie betreibt die im Rybniker Revier gelegenen Steinkohlengruben, die Konsolidierte Annagrube mit einigen angrenzenden Feldern, sowie die Emma- und Römergrube nebst einer größeren Anzahl von Pachtfeldern, die in den Ortschaften Radlin, Birtultau und Niedobschütz, sämtlich im Kreise Rybnik, gelegen sind. Außerdem besitzt sie eine Reihe von Kuxen anderer zum Teil benachbarter Gewerkschaften. Der Bergwerkbesitz der Gesellschaft umfaßt 106 Mill. m², soweit es sich um Felder im Alleineigentum oder um Gewerkschaften handelt, deren sämtliche Kuxe in ihrem Besitz sind. Die Gewerkschaften, deren Mehrheit an Kuxen sie innehat, stellen einen Feldbesitz von 18,2 Mill. m² dar. Die Förderung und der Absatz der drei Gruben stellten sich von 1912 bis 1920 (in t):

Förderung.

	Annagrube	Emma- u. Römergrube
1912	478 209	1 200 445
1913	555 022	1 251 127
1914	452 980	1 211 761
1915	571 948	1 301 627
1916	625 249	1 571 182
1917	667 918	1 732 262
1918	637 074	1 609 530
1919	379 722	1 114 432
1920	471 771	1 337 229

Absatz.

1912	449 666	1 102 536
1913	514 615	1 168 701
1914	397 671	1 034 257
1915	541 882	1 189 023
1916	580 688	1 399 667
1917	630 350	1 509 848
1918	587 838	1 442 343
1919	331 025	914 693
1920	428 654	1 130 068

Die Rybniker Steinkohlegewerkschaft besitzt und betreibt weiter eine Brikettfabrik auf der Römergrube und eine Koksanstalt auf der Emma-grube mit Nebenproduktgewinnung, an welche sich eine Benzolfabrik (Arbeitsleistung jährlich 14000 t) und eine Teerdestillation (Gesamtverarbeitung jährlich 36000 t) anschließt. Die Gesamtzahl der in ihren Betrieben beschäftigten Beamten und Arbeiter betrug 1919 rd. 11000 Personen. Das Kapital der Rybniker Gewerkschaft beträgt heute 19 Mill. M. Ferner ist eine 4½-prozentige hypothekarische Anleihe aus dem Jahre 1904 von 4½ Mill. M, sowie weiter eine 4½-prozentige hypothekarische Anleihe aus dem Jahre 1912 von 8 Mill. M und endlich eine 4½-prozentige hypothekarische Anleihe aus dem Jahre 1920 von 40 Mill. M vorhanden. Insgesamt stellt sich die Summe der Anleihebeträge heute auf rd. 50½ Mill. M. Die Reserven betragen 11,24 Mill. M. Die Betriebe der Gewerkschaft fallen völlig auf polnisches Gebiet. Die Hauptziffern der Bilanz betragen:

Zahlen- angabe in Mill. M	Aktien- kapital	Obliga- tionen	Hypo- theken	Reser- ven	Grund- stücke	Berg- werks- eigentum	Anlagen	Material- bestände	Erzeug- nisse
1913	2,58	12,00	0,94	5,00	0,81	3,83	12,49	0,527	0,373
1914	2,58	11,91	0,96	5,00	0,85	3,94	13,93	0,490	0,795
1915	2,58	11,91	1,55	7,58	0,88	3,84	15,27	0,766	0,313
1916	10,50	11,70	1,49	7,00	1,12	5,23	16,38	0,886	0,471
1917	12,00	11,41	1,43	7,00	1,13	5,25	16,66	1,480	0,611
1918	12,00	11,11	1,85	7,00	1,36	5,25	19,41	4,380	0,237
1919	19,00	10,80	1,78	3,13	1,39	5,25	23,17	2,260	1,280
1920	21,00	40,00	1,58	11,24	1,37	5,25	23,27	9,900	2,200

Mill. M	Wert- papiere	Beteili- gungen	Debi- toren	Kredi- toren	Brutto- gewinn	Abschrei- bungen	Rein- gewinn	vertelte Ausbeute
1913	0,06	0,15	6,93	2,08	21,09	1,46	1,82	1,00
1914	0,03	0,15	4,83	1,62	4,09	1,42	2,12	0
1915	3,40	0,24	6,95	4,04	5,65	1,56	3,55	0
1916	4,87	0,23	7,87	5,44	7,28	2,07	4,67	0
1917	9,55	3,63	8,96	11,42	8,74	3,23	3,74	2,00
1918	8,52	2,84	8,06	12,06	4,46	2,84	1,12	1,00
1919	2,71	4,97	21,92	20,41	7,87	2,60	4,33	2,00
1920	2,31	6,97	87,52	39,61	26,03	5,50	15,76	—

Bergwerkgesellschaft Georg von Giesche's Erben, Breslau.

Die Bergwerkgesellschaft Georg von Giesche's Erben gewinnt in der Hauptsache Zink- und Bleierz, besitzt aber gleichzeitig beträchtliche Steinkohlengruben. Sie hat die drei Bergwerke Kons. Cleophas mit Pachtfeldern bei Zalenze (Kattowitz), Kons. Giesche-Grube bei Rosdzin-Gieschewald (Kattowitz) und Kons. Heinitz bei Roßberg (Kreis Beuthen). Förderung und Absatz der drei Gruben stellten sich von 1912 bis 1920 (in t):

Förderung.

	Kons. Cleophas	Kons. Gieschegrube	Kons. Heinitzgrube
1912	1 106 657	2 324 000	794 538
1913	1 086 926	2 566 655	838 970
1914	898 350	2 203 498	614 368
1915	909 789	2 189 694	586 013
1916	953 133	2 398 583	515 001
1917	931 898	2 119 231	584 531
1918	745 714	1 789 214	547 507
1919	481 001	1 173 430	415 697
1920	684 644	1 416 669	488 336

Absatz.

	Kons. Cleophas	Kons. Gieschegrube	Kons. Heinitzgrube
1912	1 045 250	2 107 062	741 743
1913	1 016 936	2 417 011	777 405
1914	820 377	1 973 651	551 684
1915	815 601	2 034 182	526 203
1916	850 715	2 230 549	448 905
1917	846 438	2 011 908	509 944
1918	680 865	1 617 285	476 305
1919	375 936	982 700	332 272
1920	616 967	1 225 940	401 346

In der Zink- und Bleigewinnung nimmt die Bergwerkgesellschaft Georg von Giesche's Erben eine hervorragende Stellung ein. Sie besitzt an Zink-

und Bleierzgruben die Kons. Bleischarley einschließlich Gute Concordia bei Birkenhain (Beuthen), ferner die drei Bländerösthütten Liereshütte, Reckehütte und Saegerhütte bei Rosdzin (Kattowitz). Rohzink wird von ihr auf der Bernhardihütte bei Rosdzin, der Paulshütte bei Eichenau, der Uthemannahütte und der Wilhelminenhütte bei Schoppinitz (sämtlich Kreis Kattowitz) erzeugt. Weiterhin verfügt die Gesellschaft über das Zinkblechwalzwerk Schoppinitz und betreibt die Blei- und Silberhütte Walther Croneck bei Eichenau. Der Gesamtbesitz der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben liegt nach der Entscheidung über Oberschlesien auf pölnischem Gebiet.

Guidotto Fürst von Donnersmarck und Kraft Graf Henckel von Donnersmarck auf Neudeck O.-S.

Der Besitz des Fürsten und Grafen von Donnersmarck besteht aus fünf Steinkohlenschächten, von denen die Blücher-Schächte, Hindenburg-Schächte und die Grube Donnersmarck im Kreise Rybnik, die Kons. Deutschland- und Schlesiengrube in Schwientochlowitz und Schlesiengrube (beide Landkreis Beuthen) gelegen sind. Außer dem Kohlenbesitz liegt noch in Schlesiengrube die Guidotto-Hütte, die Zinkblende abröstet und auch Rohzink darstellt. Die Förderung und der Absatz auf den erwähnten Schächten, von denen aber die Hindenburg-Schächte noch nicht in Betrieb sind, stellten sich (in t):

Förderung.

	Blücherschächte	Kons. Deutschland	Schlesien	Donnersmarck
1912	—	986 516	865 080	337 671
1913	—	1 028 831	968 908	372 900
1914	—	836 970	702 152	310 156
1915	—	763 223	689 941	303 466
1916	13 821	752 098	806 768	370 761
1917	68 987	782 041	814 622	397 023
1918	98 468	765 036	747 902	365 909
1919	89 082	406 671	459 777	244 071
1920	127 035	485 596	—	324 216

Absatz.

	Blücherschächte	Kons. Deutschland	Schlesien	Donnersmarck
1912	—	936 236	855 419	303 480
1913	—	999 006	950 942	338 200
1914	—	811 171	672 364	299 272
1915	—	743 575	658 612	277 422
1916	10 869	727 579	762 594	334 951
1917	62 055	753 709	786 969	367 053
1918	95 895	720 991	759 820	332 475
1919	74 729	358 400	399 572	199 502
1920	109 426	430 440	529 137	271 701

Die Grafen Henckel von Donnersmarck, Beuthen Carlshof.

Der Besitz der Grafen Henckel von Donnersmarck umfaßt die Steinkohlengruben Gottessegen mit Pachtfeldern bei Neudorf (Kreis Kattowitz), ferner die kombinierte Hugo-Zwang-Grube mit mehreren Pachtfeldern bei Kochlowitz (Kattowitz), die Kons. Radzionkau (Kreis Tarnowitz) und Eisenerzgruben bei Tarnowitz. Die Förderung und der Absatz der drei erwähnten Steinkohlengruben stellten sich von 1912 bis 1920 (in t):

Förderung.

	Gottessegen	komb. Hugo-Zwang	Kons. Radzionkau
1912	470 688	417 188	729 795
1913	565 380	455 977	843 582
1914	497 044	423 200	706 558
1915	525 248	412 246	657 044
1916	520 448	454 712	769 695
1917	534 965	450 309	798 996
1918	533 203	411 634	766 940
1919	301 487	399 040	508 741
1920	357 043	321 596	591 785

Absatz.

	Gottessegen	komb. Hugo-Zwang	Kons. Radzionkau
1912	399 232	388 859	687 973
1913	437 025	434 594	737 439
1914	360 349	354 112	549 679
1915	407 137	402 377	614 805
1916	380 037	394 234	622 379
1917	333 827	414 873	661 074
1918	346 030	353 889	689 072
1919	150 589	218 612	368 388
1920	215 661	273 062	486 986

Auch an der Zink- und Bleierzgewinnung und Verarbeitung sind die Grafen Henckel von Donnersmarck weitgehend beteiligt. Sie besitzen die drei Zink- und Bleierzgruben Unschuld, Redlichkeit und Segeth bei Radzionkau und Neu-Repten im Kreise Tarnowitz und die Blenderösthütte Lazy, auf der auch Rohzink gewonnen wird. Weitere Zinkhütten sind die Hugo-Zinkhütte und Liebehoffnungshütte bei Antonienhütte, Kreis Kattowitz. Die Antonienhütte selbst bildet ein Zinkblechwalzwerk. Der gesamte Besitz der Grafen Henckel von Donnersmarck Beuthen Carlshof fällt auf polnisches Gebiet.

Die Besitzungen der Grafen Donnersmarck sind an ein englisches Konsortium mit dem Sitz in London verkauft worden. Die Gesellschaft wird Henckel von Donnersmarck Beuthen Estates Ltd. London firmieren.

Graf von Ballestrem auf Plawniowitz
und Graf von Ballestrem Erben.

Den Besitz des Grafen von Ballestrem bilden vier Steinkohlengruben mit anschließenden Pachtfeldern, nämlich die Gruben Brandenburg, Graf Franz¹⁾, Castellengo¹⁾ und Hedwigswunsch in Biskupitz (gepachtet vom Borsigwerk); die beiden ersten liegen in Ruda, die beiden letzten in Biskupitz (sämtlich Kreis Hindenburg). In Ruda findet sich auch eine Koksanstalt. Die Förderung und der Absatz der vier Gruben stellten sich von 1912 bis 1920 wie folgt (in t):

	Förderung.			
	Brandenburggrube	Castellengo	Graf Franz	Hedwigswunsch
1912	866 026	822 343	—	1 045 592
1913	924 369	839 207	92 984	1 026 161
1914	739 519	662 146	256 895	771 438
1915	834 624	693 874	296 714	855 554
1916	917 454	661 303	282 012	903 050
1917	862 460	730 592	307 583	981 454
1918	685 599	613 654	271 255	910 079
1919	500 899	403 331	195 057	564 077
1920	658 287	501 291	339 208	720 030

	Absatz.			
1912	811 413	792 791	—	977 219
1913	880 990	815 657	84 892	962 755
1914	691 250	619 816	233 509	730 938
1915	783 871	644 959	270 098	805 740
1916	859 028	614 703	213 842	836 198
1917	806 553	691 989	243 695	944 682
1918	627 928	583 292	257 419	857 505
1919	440 677	358 209	185 448	516 062
1920	606 077	454 573	257 900	662 636

Gräfllich Schaffgottsche Werke G. m. b. H., Beuthen.

Die Gräfllich Schaffgottschen Werke betreiben fünf Schächte oder Gruben, nämlich den Godulla-Schacht bei Morgenrot, den Gotthard-Schacht bei Trzegow, den Gräfin Johanna-Schacht bei Bobrek und die Hohenzollerngrube bei Schomberg. Sämtliche Schächte liegen im Landkreis Beuthen. Dazu kommt noch die Lithandragrube (Stadtkreis Beuthen). Auf dem Gotthard-Schacht ist eine Koksanstalt vorhanden.

	Förderung (in t):				
	Godulla-Schacht	Gotthard-Schacht	Gräfin Johanna-Schacht	Hohenzollerngrube	Lithandra-grube
1920	353 476	491 379	420 539	839 399	243 162
	Absatz.				
1920	317 923	424 925	383 602	798 401	225 109

¹⁾ Mitglieder sind Gräfin Saurina Jeltsch und Graf Matuschka.

Godulla- und Gotthard-Schacht und Lithandragrube fallen auf polnisches Gebiet.

Fürst von Pleß.

Im Besitz des Fürsten von Pleß sind eine größere Anzahl Steinkohlengruben und Schächte, die sämtlich im Kreise Pleß gelegen sind, darunter die Böerschächte bei Kostuchna, die Gruben Emanuelsegen und Fürstengrube in den gleichnamigen Orten, die Gruben Barbara bei Nikolai, Heinrichfreude bei Lenzin, Heinrichsglück bei Wyrow, Neu-Glückauf und Bradegrube bei Lazisk und Prinzengrube bei Gostin. Steinkohlenförderung und Absatz betragen (in t):

Förderung.

	Böer- schächte	Brade- grube	Emanuel- segen	Fürsten- grube	Heinrich- freude	Heinrichs- Glück III	Neu- Glückauf	Prinzen- grube
1912	644 118	340 522	377 229	—	22 109	143 797	155 313	—
1913	709 732	347 815	432 301	—	25 482	172 739	215 645	—
1914	557 666	270 275	369 946	48 177	21 125	100 316	176 039	108 843
1915	606 435	305 348	381 271	134 816	39 036	124 578	222 681	171 041
1916	675 320	380 626	400 799	207 465	43 674	194 256	249 002	240 633
1917	736 648	413 545	445 112	241 144	60 976	242 441	252 716	220 727
1918	687 911	409 242	420 440	240 759	86 555	255 514	247 086	238 786
1919	459 573	270 364	262 821	116 305	86 724	149 721	142 503	151 358
1920	491 103	327 789	325 579	158 586	111 892	172 781	171 158	189 678

Absatz.

1912	544 471	284 787	363 073	—	17 403	129 791	128 448	—
1913	587 324	287 106	418 534	—	17 809	145 292	181 281	—
1914	421 414	221 512	347 226	39 151	15 979	77 363	183 482	45 037
1915	474 706	236 379	362 082	127 711	32 945	111 710	190 048	151 179
1916	490 759	298 899	382 657	196 855	34 222	173 422	206 423	219 613
1917	533 974	347 857	417 858	225 870	48 068	219 420	193 525	179 828
1918	460 603	347 557	413 433	227 387	66 006	236 500	182 564	186 480
1919	297 298	219 318	247 350	105 318	63 620	126 470	60 040	135 254
1920	359 990	289 965	318 341	148 064	92 144	147 815	74 981	179 666

Der Fürst von Pleßsche Bergwerkbesitz fällt auf polnisches Gebiet.

Der Besitz des preußischen Staates.

Im Besitz und Betrieb des preußischen Staates sind die staatlichen Kohlenbergwerke Bielschowitz (Kreis Hindenburg), die aus einer Anzahl von Gruben und Schächten, u. a. der Guidogrube, den Delbrückschächten und den Rheinbabenschächten, bestehen, ferner die Grube Königin Luise bei Zaborze und die Steinkohlenbergwerke Knurow (Rybnik) und Königshütte (Königshütte). Koksanstalten befinden sich auf den Delbrückschächten in Knurow und in Zaborze, Brikettfabriken auf der Königgrube. Eisen- und Stahlgießerei betreiben die staatlichen Hütten in Gleiwitz, die u. a.

auch Röhrengießereien besitzen, und die staatlichen Hütten Malapane in Malapane. Der preußische Staat besitzt weiterhin die Friedrichgrube bei Miechowitz, die namentlich Zink- und Bleierze gewinnt, und endlich noch die Friedrichshütte, Kreis Tarnowitz. Die Steinkohlenförderung und der Absatz der Bergwerke stellten sich in den letzten Jahren wie folgt (in t):

Förderung.				
	Bielschowitz	Knurow	König	Königin Lulse
1912	1 367 705	—	2 776 674	2 384 443
1913	1 522 787	583 649	2 879 797	2 315 045
1914	1 277 910	502 180	2 346 890	1 957 636
1915	1 219 760	556 027	2 549 000	2 087 781
1916	1 381 971	657 130	2 682 451	1 999 710
1917	1 445 153	499 046	2 774 131	2 061 362
1918	1 268 748	525 471	2 637 831	1 986 480
1919	820 124	310 163	1 915 565	1 263 437
1920	1 056 187	402 031	2 108 877	1 563 687

Absatz.				
	Bielschowitz	Knurow	König	Königin Lulse
1912	1 240 041	—	2 615 686	2 258 661
1913	1 389 996	522 318	2 717 808	2 200 373
1914	1 196 517	413 239	2 169 249	1 853 751
1915	1 137 934	452 769	2 389 738	1 990 361
1916	1 246 917	556 151	2 529 744	1 889 017
1917	1 445 153	499 046	2 329 773	2 286 980
1918	1 160 702	355 172	2 498 312	1 854 644
1919	698 562	186 019	1 749 938	1 107 100
1920	923 792	321 766	1 953 020	1 422 998

Auch der preußische Staat muß den größten Teil seines Besitzes an Polen abgeben. [1260]

II. Der Geld- und Warenmarkt.

Diskont- und Effektenkurse im Dezember 1921 und im Januar 1922.

In den beiden Monaten haben die Bemühungen um die Lösung der Wiedergutmachungsfrage im Vordergrund des Interesses gestanden. Die endlich zustande gekommenen Unterhandlungen in Cannes, bei denen England ziemlich weit gehende Vorschläge zur Entlastung Deutschlands machte, sind vor der Zeit und jäh durch den Widerstand, den der französische Ministerpräsident Briand in der Kammer fand und der zu seinem Sturz führte, abgebrochen worden. Die sofort einsetzenden Bemühungen Englands und Italiens, auf einer von neuem einzuberufenden Konferenz in Genua die Frage weiter zu erörtern, haben bislang noch keine Klärung erfahren, da auch die Vereinigten Staaten sich äußerst zurückhaltend zeigten. Andererseits hat auch das neue Ministerium Poincaré zunächst an der unversöhnlichen Haltung durchaus festgehalten, obwohl unzweifelhaft die eindringlichen Erklärungen Rathenaus in Cannes kurz vor Abbruch der Konferenz einen bedeutenden Eindruck hinterlassen hatten. Die Franzosen sind ihrerseits mit neuen, aber ziemlich verschiedenartigen Vorschlägen zunächst inoffiziell hervorgetreten. Auf der einen Seite sind Parlamentsmitglieder

selbst dafür eingetreten, die gesamte Schuldenlast Deutschlands und ihre Regelung dem Völkerbund zu übertragen, während andererseits die französische Regierung den politischen Schachzug unternahm, mit der Sowjetregierung zu unterhandeln, und angeblich auch einen Vertrag abgeschlossen hat. Dieser soll bestimmen, daß die französischen Schulden seitens Rußlands anerkannt werden und daß Rußland dafür einen Teil der von Deutschland an Frankreich gelieferten Wiedergutmachungsleistungen auf unbestimmte Zeit erhalten soll. Die Anfang Februar einsetzende Auslandsbewegung der Eisenbahner, die dem ganzen Wirtschaftsleben beträchtlichen Schaden zugefügt hat, hat die Durchführung der deutscherseits übernommenen Verpflichtungen, ein Steuerkompromiß zustande zu bringen und damit die Finanzen und das Budget auf eine gesunde Grundlage zu stellen, erheblich erschwert.

Die **Berliner Börse** war im Dezember auf Grund der starken Kursstürze an den Devisenmärkten rückläufig. Später trat eine Erholung ein, die sich weiter fortsetzte, wenn auch die für den Januar erwartete Hochbewegung infolge der unsicheren und schwankenden politischen Verhältnisse ausgeblieben ist. Gegen Ende des Monats ist die Börse dann durch erneute innerpolitische Verwicklungen, die bekanntlich zu der Streikbewegung der Eisenbahner führten, empfindlich beeinflusst worden. Im großen und ganzen

Die Kurse der Hauptwerte machten folgende Bewegung durch:

Berlin	Ende Dez. 1921.	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Mitte Jan.	Ende Jan.	Mitte Febr.
5 % Deutsche Reichsanleihe	77,50	77,50	77,50	77,50	77,50	77,50	77,50
3 %	65,75	76,00	77,50	103,25	104,30	109,75	110,00
3 % Preussische Konsols	51,00	56,10	51,00	56,00	59,30	57,00	59,00
4 % unif. türk. Anleihe 1903, 1906	176,00	—	—	300,00	310,00	380,00	—
Türk. 400 Frs.-Lose	495,50	414,00	536,00	805,00	875,00	935,00	925,00
6 % Bulgarische Goldanleihe	240,00	—	—	—	—	—	—
4 % Griechische Monopolanleihe	380,80	—	—	990,00	1010,00	—	—
5 % Mexikaner 1899	689,00	814,00	1485,00	2300,00	—	—	2650,00
Rumänische Anleihe 1908	116,00	102,25	113,00	104,00	107,00	—	112,00
Hamburg-Amerika-Paketfahrt	194,38	165,50	306,00	437,50	424,50	400,00	475,00
Norddeutscher Lloyd	192,25	147,75	328,00	455,00	401,00	283,75	360,00
Hansa Dampfschiffahrt	338,00	272,00	370,00	550,00	—	335,00	455,00
Deutsche Bank	327,00	322,50	398,00	507,00	465,00	474,50	540,00
Disconto-Commandit-Bank	248,00	278,50	325,00	430,00	415,00	405,00	451,00
Dresdner Bank	219,50	227,00	281,00	398,00	320,00	318,00	362,00
Gelsenkirchen Bergwerk	393,50	389,75	819,75	850,00	870,00	851,00	1040,00
Deutsch-Luxembg. Bergwerk	399,50	359,75	800,00	840,00	849,00	846,00	1000,00
Harpener Bergbau	553,50	553,50	955,00	1255,00	1335,00	1420,00	1355,00
Bochumer Gußstahl	548,00	517,50	870,00	995,00	982,00	921,00	1075,00
Mannesmann-Röhrenwerke	595,00	637,00	1030,00	1275,00	1380,00	1270,00	1500,00
Laurahütte	392,00	345,00	620,00	785,00	900,00	935,00	2075,00
Oberschlesische Eisenindustrie	319,75	318,00	630,00	820,00	735,00	755,00	1315,00
Hohenloherwerke	326,00	238,00	529,50	750,00	670,00	706,00	1000,00
Bismarckhütte	735,00	—	—	—	2400,00	—	—
Phoenix	655,75	760,00	920,00	1020,00	970,00	955,00	1100,00
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	332,00	305,00	620,00	733,37	700,00	645,00	798,00
Siemens & Halske	358,00	348,00	—	800,00	772,00	777,00	930,00
Badische Anilin- und Soda-Fabrik	570,00	409,00	560,00	649,00	577,00	614,00	659,00
Höchster Farbwerke	459,50	329,75	519,75	616,00	558,50	552,00	640,00
Elberfelder Farbenfabriken	480,00	350,00	529,00	625,00	582,00	569,00	650,00
Schwarzkopf Maschinen	412,00	480,00	859,00	1490,00	1030,00	1052,00	1110,00
Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G.	330,75	320,00	649,00	675,00	650,00	678,00	714,50
Hartmann Maschinenfabrik	357,50	—	760,00	875,00	824,00	817,00	890,00
Daimler-Motoren-Gesellschaft	294,75	326,50	445,00	549,75	500,75	485,00	590,00
Hirsch, Kupfer- und Messingwerke	448,50	385,00	738,00	750,00	710,00	719,00	782,00
Rheinische Metallwaren- u. Maschinenf.	386,00	420,00	—	490,00	495,00	472,00	574,00
Kaliwerke Ascherleben	430,00	335,00	500,00	750,00	950,00	940,00	1180,00
Deutsche Kaliwerke	455,00	358,00	600,00	1040,00	1365,00	1550,00	1640,00

haben sich die Effektenmärkte mehr und mehr von den Devisenmärkten losgemacht und sind ihren eigenen Weg gegangen, zunächst freilich unter Bevorzugung von Spezialwerten. Erst allmählich hat sich die allgemeine Marktlage unter Ausdehnung des Geschäfts auf allen Gebieten befestigt und belebt. Neben Aktienwerten, unter denen die oberösterreichischen Werte eine gewisse Rolle spielten, ist der Rentenmarkt fest geblieben, wenn auch die hier erzielten Kursbesserungen nicht allzu bedeutend waren. Gegenüber Mitte Januar zeigen die Kurse Ende des Monats eine leichte Aufwärtsbewegung, die sich dann bis Mitte Februar noch weiter fortgesetzt hat, so daß die Werte, verglichen mit dem Stande von Ende Dezember, schon wieder beträchtlich angezogen haben.

An der **New Yorker Börse** herrschte während des ganzen Dezembers bei ablaufender Geschäftsbewegung eine uneinheitliche und unentschiedene Haltung. Die Industriewerte haben sich, wenn auch das amerikanische Wirtschaftsleben eine leichte Besserung erkennen läßt, nur ganz vereinzelt befestigt. Metallwerte und Schifffahrtswerte lagen etwas höher. Eisenbahnwerte ruhig. Während des Januars hielt die uneinheitliche Haltung weiter an; die Börse zeigte zeitweilig Mattigkeit und lag nur vorübergehend fest. Auch Erdölaktien waren gegen Ende des Januars durchweg flauer, nachdem vorher allerdings beträchtliche Käufe stattgefunden hatten. Die Kurse der wichtigsten Werte machten folgende Bewegung durch:

New York	Ende Dez. 1920	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Mitte Jan.	Ende Jan.	Mitte Febr.
Atchison Top. and St. Fé	82 ¹ / ₄	85 ¹ / ₄	86	89 ¹ / ₂	97 ⁵ / ₈	95 ¹ / ₄	97 ³ / ₄
Baltimore and Ohio	36 ¹ / ₂	39 ³ / ₈	38 ¹ / ₂	34 ¹ / ₂	35	33 ³ / ₈	36
Canada Pacific	115 ¹ / ₄	113	113 ³ / ₈	120	119 ⁷ / ₈	123 ¹ / ₄	129 ¹ / ₄
Northera Pacific	86	78	78	76 ¹ / ₂	77	76 ⁵ / ₈	79 ¹ / ₄
Pennsylvania	39 ⁵ / ₈	37 ⁷ / ₈	37 ⁷ / ₈	33 ¹ / ₂	33 ³ / ₈	34 ¹ / ₂	34 ³ / ₈
Southern Pacific	99 ¹ / ₂	78 ⁷ / ₈	79 ¹ / ₂	79	82	80 ⁵ / ₈	79 ³ / ₄
Union Pacific	118	120 ³ / ₄	121 ³ / ₄	126	129	126 ¹ / ₄	131 ¹ / ₂
Anaconda Copper	31 ¹ / ₂	37	39 ⁷ / ₈	49 ¹ / ₂	48 ⁵ / ₈	47	47 ⁷ / ₈
American Smelting and Refining Bethlehem Steel Company	32 ³ / ₈	37	37 ⁷ / ₈	44 ³ / ₄	45 ¹ / ₂	45 ¹ / ₈	45 ¹ / ₂
Unit. States Steel Corp.	54 ¹ / ₂	50 ¹ / ₂	55 ³ / ₈	57 ¹ / ₄	58	59 ⁷ / ₈	64 ³ / ₈
intern. Mercantile Marine Co. St. A.	79 ¹ / ₂	74 ³ / ₄	79 ⁵ / ₈	83 ³ / ₄	84	85	89 ³ / ₄
	10 ¹ / ₂	10	10 ¹ / ₄	14	14 ¹ / ₄	15 ¹ / ₈	14 ⁷ / ₈

An der **Londoner Börse** herrschte im Dezember eine weitere Aufwärtsbewegung namentlich für Rentenwerte, auch lagen Banken- und Schifffahrtswerte fester, während die meisten Industriek Aktien niedriger verkehrten. Im Januar

war die Haltung der Börse ruhig und eher schwächer, nur Staatspapiere, namentlich die inländische Anleihe, blieben fest. Die Kurse der wichtigsten Werte machten folgende Bewegung durch:

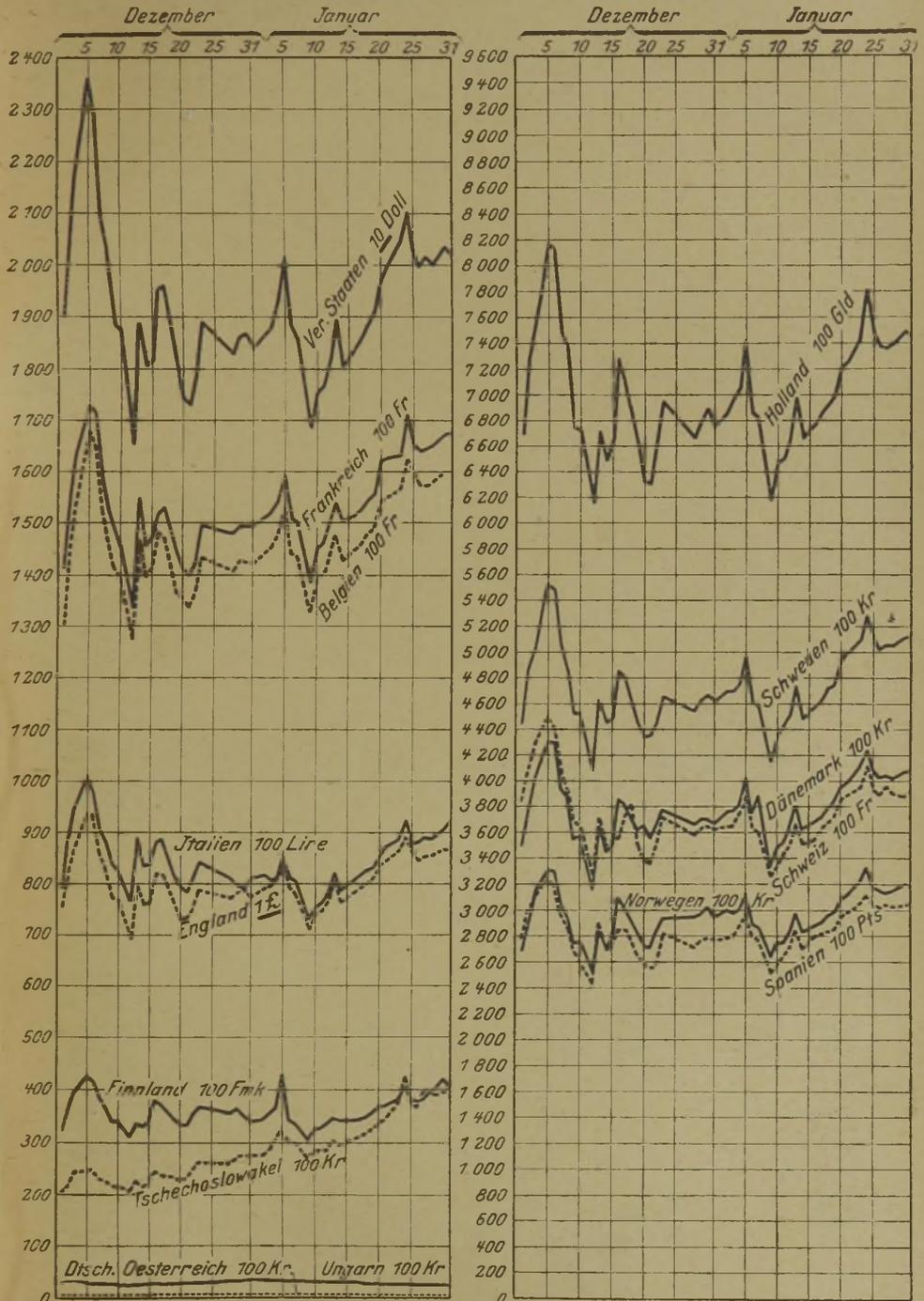
London	Ende Dez. 1920	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Mitte Jan.	Ende Jan.	Mitte Febr.
2 ¹ / ₂ % Consol Anl.	44 ⁵ / ₈	46 ¹ / ₈	48 ³ / ₈	50 ¹ / ₈	51 ¹ / ₄	51 ¹ / ₂	52 ¹ / ₂
5 % Argent. 1886	86	93	94	98	97	97	97
4 % Brasil. Anl. 1899	37	44	51	50	50 ¹ / ₂	52	52
5 % Mexik. Anl. 1899	55	59	68	64	60	62	62
4 % Japan. Anl. 1899	49	—	66	61 ¹ / ₂	62 ¹ / ₂	61	62
3 % Portugies. Anl.	23 ¹ / ₈	26	22 ³ / ₂	23	23	24	25
5 % Russ. Anl. 1906	16	12	11	13	16 ¹ / ₄	15 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % Russ. Anl. 1909	15	8 ¹ / ₂	—	11	14	12 ¹ / ₂	10 ¹ / ₂
De Beers	12 ³ / ₄	9 ³ / ₈	11 ⁵ / ₈	9 ³ / ₄	9 ⁷ / ₈	10	10 ¹ / ₂
Goldfields	1 ⁵ / ₁₆	7 ¹ / ₈	1	3 ¹ / ₄	1 ¹¹ / ₁₆	3 ¹ / ₄	2 ¹³ / ₁₆
Randmines	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₈	2 ³ / ₈	2	2	2	2
Rio Tinto	25	29 ¹ / ₂	27 ¹ / ₂	28	28 ¹ / ₄	27	25

An der **Pariser Börse** war die Haltung bei mäßigem Geschäft nur für Anleihen etwas fester.

Im einzelnen machten die Werte folgende Bewegung durch:

Paris	Ende Dez. 1920	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Mitte Jan.	Ende Jan.	Mitte Febr.
5 % Franz. Anleihe	85,20	82,70	81,45	80,20	80,20	80,20	78,95
4 % " "	68,60	66,60	65,60	64,60	64,60	64,60	64,60
3 % " " Rente	58,00	56,17	56,15	54,70	55,25	56,35	58,52
4 % Span. Exterieurs	182,75	—	—	152,25	—	—	—
5 % Russen 1906	—	27,00	27,75	—	—	—	—
3 % " " 1896	—	—	—	—	—	—	—
4 % unfinanzierte Türken	65,00	36,00	38,00	39,75	39,70	40,50	40,65
Banque de Paris	1405,00	1258,00	1232,00	1244,00	1230,00	1192,00	1185,00
Crédit Lyonnais	1505,00	1340,00	1440,00	1424,00	1425,00	1396,00	1380,00
Suez-Kanal	6000,00	5526,00	5925,00	5950,00	5860,00	5785,00	5750,00
Maltzefl	225,00	248,00	235,00	301,00	305,00	280,00	273,00

Wechselkurse an der Berliner Börse.



Wechselkurse an ausländischen Plätzen

	Es notierten	Parität	Ende Dez. 1920	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Mitte Jan.	Ende Jan.	Mitte Febr.
New York									
London (60 Tage)	1 £ in Doll.	4,867	3,4825	3,7262	3,7287	4,1787	4,1900	4,2500	4,3300
Cable Transfers	1 £ in Doll.	4,867	3,5228	3,6762	3,7337	4,2175	4,2262	4,2787	4,3650
Paris (Sicht)	100 Fr in Doll.	19,30	5,93	7,97	7,14	8,15	8,13	8,30	8,65
Berlin (Sicht)	100 M in Doll.	23,80	1,38	1,31	0,85	0,55	7,82	0,50	0,51
Amsterdam									
Scheck Berlin	100 M in Gld.	59,26	4,40	4,05	2,70	1,48	1,48	1,35	1,34
London	1 £ in Gld.	12,11	11,26	11,30	11,75	11,41	11,50	11,78	11,68
Paris	100 Fr in Gld.	48,01	18,85	24,40	22,60	21,84	22,45	22,40	23,23
Paris									
Wechsel auf London	1 £ in Fr	25,23	59,76	46,64	52,06	51,91	51,36	51,29	50,38
„ New York	100 Doll. in Fr	518,25	1689,00	1238,00	1399,00	1231,00	1216,00	1197,00	1155,00
„ Rom	100 Lire in Fr	100,00	58,75	61,00	55,25	54,50	53,25	55,25	56,50
„ Amsterdam	100 Gld. in Fr	208,27	530,00	410,00	443,50	452,50	446,25	443,50	431,00
„ Zürich	100 Fr in Fr	100,00	257,75	209,50	242,25	240,00	236,25	233,25	225,00
„ Berlin	100 M in Fr	123,45	23,25	16,75	12,11	6,75	6,36	5,94	5,76
London									
Wechsel auf Paris	100 Fr in £	3,96	1,67	2,14	1,92	1,93	1,95	1,94	1,98
„ Amsterdam	100 Gld. in £	8,26	8,89	8,80	8,51	8,70	8,70	8,64	8,57
„ Berlin	100 M in £	4,89	0,39	0,35	0,23	0,13	0,13	0,12	0,11
Wien									
Marknoten	100 M in Kr	117,56	906,00	971,00	2172,00	2827,00	3797,00	3684,50	3187,00
Wechsel auf Zürich	100 Fr in Kr	95,22	10200,00	12035,00	43975,00	104175,00	134875,00	145975,00	125000,00
„ Amsterdam	100 Gld. in Kr	198,40	21000,00	23910,00	81150,00	207450,00	255950,00	274450,00	242450,00
Zürich									
Wechsel auf Berlin	100 M in Fr	123,45	8,98	7,90	4,95	2,83	2,80	2,55	2,58
„ Wien	100 Kr in Fr	105,02	1,58	1,08	0,38	0,19	0,17	0,19	0,17
„ London	1 £ in Fr	25,23	23,21	22,21	21,52	21,58	21,77	21,93	22,38
„ Paris	100 Fr in Fr	100,00	38,90	47,55	41,25	41,50	42,25	42,55	44,35
„ Amsterdam	100 Gld. in Fr	208,27	206,10	195,25	184,25	188,75	189,50	183,50	191,75
„ Mailand	100 Lire in Fr	100,00	22,90	29,10	24,00	22,50	22,55	23,42	25,05

[1306]

Deutschlands Kohlenförderung im Jahre 1921.

Die Kohlenförderung Deutschlands betrug im Jahre 1921 im Gebiete des Deutschen Reiches ohne Elsaß-Lothringen, Saarrevier und Pflanz in Mill. t:

	Briketts aus			
	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Steinkohlen
Januar	12,00	10,07	2,39	0,427
Februar	12,00	10,04	2,28	0,479
März	11,46	9,88	2,44	0,472
April	11,91	10,87	2,39	0,490
Mai	8,77	9,37	2,27	0,409
Juni	10,29	10,06	2,32	0,467
Juli	10,81	10,07	2,24	0,474
August	11,73	10,61	2,25	0,536
Sept.	11,61	10,36	2,28	0,521
Oktober	11,98	10,57	2,39	0,535
Nov.	11,71	10,48	2,34	0,463
Dez.	11,92	11,03	2,32	0,424
Summe	136,19	122,91	27,81	5,687

Sowohl die Steinkohlen- wie auch die Braunkohlenförderung zeigt im abgelaufenen Jahr eine wesentliche Erhöhung. Im Jahre 1920 hatte sich die Steinkohlenförderung auf 131,0 Mill. t, die Braunkohlenförderung auf 111,60 Mill. t, die Koks-gewinnung auf 25,2 Mill. t, die Brikettstellung auf 4,9 und 24,3 Mill. t gestellt. Im letzten Friedensjahre hatte sie unter Berücksichtigung der damaligen deutschen Gebiete (Elsaß-Lothringens) sowie mit Einschluß des Saargebiets und der

Pflanz 190,11 Mill. t Steinkohlen und 87,23 Mill. t Braunkohle betragen. An Koks wurden 34,63 Mill. t, an Stein- und Braunkohlenbriketts 6,99 und 21,49 Mill. t hergestellt.

Unsere Kohleneinfuhr belief sich im Jahre 1921 auf 702 014 t, darunter 563 222 t aus England, 78 404 t aus Amerika und 57 303 t aus Holland. 1913 betrug die Steinkohleneinfuhr 10 450 000 t, darunter 9 210 000 t aus England. Sehr interessant ist auch die Verteilung der Einfuhr aus den Haupt-Einfuhrländern auf die einzelnen Monate:

	aus	
	England	Amerika
Januar	19 257 t	30 329 t
Februar	47 355 t	17 286 t
März	47 888 t	9 357 t
April	6 659 t	2 105 t
Mai	7 922 t	200 t
Juni	20 t	7 651 t
Juli	24 818 t	7 874 t
August	113 701 t	3 000 t
September	113 216 t	—
Oktober	54 055 t	—
November	43 229 t	—
Dezember	85 091 t	600 t
insgesamt	563 211 t	78 402 t

Die Wirkungen des britischen Kohlenarbeiterausstandes kommen in der geringen Einfuhr im Frühjahr deutlich zum Ausdruck. Unsere Kohlennot bleibt trotz mäßiger Steigerung der Förderung weiter bestehen, da wir nach wie vor monatlich 2 Mill. t Wiedergutmachungskohle an die Entente abzuführen haben.

[1314]

III. Mitteilungen aus Literatur und Praxis; Buchbesprechungen.

Wirtschaftswissenschaft und -politik.

Erhebung über die Produktion.

Erster Band: Einleitende Denkschrift. Internationales Arbeitsamt. Genf 1921. 214 S. Preis 12 M.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, dessen Einrichtung durch den Völkerbund im Vertrag von Versailles bestimmt wurde, beschloß auf seiner Tagung in Genua im Juni vorigen Jahres, das Amt u. a. »mit einer Erhebung über die gewerbliche Produktion in den verschiedenen Ländern der Welt im Hinblick auf die Beziehungen zu den Arbeitsbedingungen und den Lebenskosten« zu betrauen. Eine diese Riesearbeit einleitende Denkschrift, die kürzlich erschienen ist und vom Korrespondenzbureau des Internationalen Arbeitsamtes in Berlin¹⁾ bezogen werden kann, entledigt sich der ihr gestellten Aufgabe mit einer Umsicht und Gründlichkeit, welche ehrliche Anerkennung verdient. Die Erhebungen sollen, wie darin betont wird, keinen rein theoretischen, sondern praktischen Zwecken dienen. Im einzelnen wurden folgende Gesichtspunkte für die Aufstellung des Arbeitsprogramms und der Fragebogen, die zur Verteilung an wirtschaftliche Organisationen bestimmt sind, festgestellt:

1. Die Wirklichkeit der Tatsachen soll bezüglich der Produktion und Preise festgestellt werden.
2. Es sollen die wesentlichen Faktoren (Ursachen) bestimmt werden, welche über die Tatsachen aussagen.
3. Es sollen die Lösungen angegeben werden, die sich gleichzeitig aus der Gedankenarbeit und aus der Entwicklung der Tatsachen zu ergeben scheinen.

Zweck der vorbereitenden Denkschrift ist es, zugleich die leitenden Gedanken zu entwickeln und die wichtigsten Punkte zu begründen.

Ueber die technischen Schwierigkeiten der Durchführung seines Plans gibt sich das Amt keiner Täuschung hin. In dem Abschnitt »Mittel der Erhebung« zeichnet es den Weg, den es bei der Materialbeschaffung zu gehen beabsichtigt. Es verzichtet darauf, »über die Gesamtheit der gestellten Fragen eigene Erhebungen anzustellen«. »In erster Linie handelt es sich darum, von den bisher schon veranstalteten Untersuchungen über den einen oder andern der zu behandelnden Punkte ebenso wie von den Ergebnissen dieser Erhebungen Kenntnis zu nehmen. Im Verlaufe dieser vorbereitenden Arbeit werden wir dazu kommen, mit den Regierunqsstellen sowohl wie auch mit den wissenschaftlichen Instituten und Vereinigungen aller Art in Verbindung zu treten, die solche Untersuchungen veranstaltet haben, und zweifellos wird auf diese Art bald eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und uns entstehen, welche für uns von größtem Wert sein wird. Nur in dem Maße, als die vorher schon von anderer Seite unternommenen Erhebungen die von uns benötigten Tatsachen nicht ergeben haben sollten, werden wir selbst eine direkte Erhebung vornehmen, und wir werden dann an bestimmte Gruppen von Persönlichkeiten oder Vereinigungen Fragebogen über eine kleine Anzahl von Punkten versenden. Wir glauben, daß es uns nur in Ausnahmefällen möglich sein wird, uns direkt an industrielle Unternehmen zu wenden. Es scheint uns, daß Erhebungen dieser Art eher Sache der Regierungen sind, und daß wir jedenfalls unter den obwaltenden Umständen mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen müssen. Nur wenn wir besondere Gründe für die Annahme haben, daß unser Verlangen mit Wohlwollen aufgenommen wird, könnten wir in einer Reihe von Einzelfällen sozusagen Stichproben machen, deren Bedeutung übrigens nicht zu überschätzen sein

¹⁾ Berlin-Grunewald, Humboldtstr. 13.

wird. Unsere eigene direkte Enquete wird sich aber, unter Vorbehalt dieser verschiedenen Ausnahmen, nur an Gemeinschaften zu wenden haben: Arbeitgeber-, Arbeitnehmer-Organisationen oder Staaten. Wir glauben, daß Enqueten, welche die verschiedenen Privatbetriebe direkt erfassen, nur mit Hilfe und durch die Vermittlung der Regierungen möglich sind.«

Diese grundsätzliche Erklärung hier anzuführen, scheint geboten, da bei uns hier und da die von der Gewerbeaufsicht an einzelne Industrielle mit dem Ersuchen um Beantwortung gegebenen Fragebogen des Internationalen Arbeitsamtes ablehnender Haltung begegneten.

Den Kern der Denkschrift bilden die Teile 1 bis 3. Sie befassen sich mit den Tatsachen, den Ursachen und den Lösungen. Dem Arbeitsprogramm und den Fragebogen für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und die Genossenschaften ist der vierte Teil gewidmet. Ein umfangreicher Anhang bringt Einzelmaterialien über bisher bereits in einzelnen Ländern vorgenommene Untersuchungen, ferner als Anschauungsmaterial Fragebogenentwürfe und Mitteilungen über den Stand der Ermittlungen wichtiger Tatsachengruppen, soweit sie durch die interalliierten und andere Länder bereits eingeleitet oder vorgenommen worden sind.

Vernünftigerweise will man sich bei der Untersuchung nicht, wie der Genueser Beschluß es vorschrieb, auf die »gewerbliche Produktion« ausschließlich beschränken. Die landwirtschaftliche kann man zur Erreichung des in jenem Beschluß ausdrücklich ausgesprochenen Endzwecks der Arbeit nicht unbeachtet lassen. Das Amt kommt zu dem Ergebnis:

»Zweifellos werden wir die landwirtschaftliche Produktion nicht unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachten können wie die industrielle Produktion; diese ist unser eigentlicher Gegenstand; wir werden sie an und für sich erforschen. Die landwirtschaftliche Produktion hingegen werden wir nur einerseits in ihrem Verhältnis zum allgemeinen Verbrauch, also zur allgemeinen Wohlfahrt, und

andererseits in ihrem Verhältnis zur industriellen Produktion erforschen.«

Um die in der Produktion eingetretenen Veränderungen festzustellen, sollen drei Zeitabschnitte in Betracht gezogen werden: die Zeit vor dem Kriege (1904 bis 1913), die Krieg- und die Nachkriegszeit. Um schon in der Denkschrift eine Vorstellung von der Art und Weise der Behandlung des Stoffes zu geben, werden aus dem vom Obersten Wirtschaftsrat herausgegebenen statistischen Monatsblatt für eine Reihe von Ländern die monatlichen oder dreimonatigen Erzeugungsziffern für Kohle, Roheisen, Rohstahl und Schiffe in Zahlentafeln und Diagrammen vorgeführt. Bei der Kohle werden sie ergänzt durch Angaben über die tägliche Förderleistung der unter Tage beschäftigten Arbeiter und durch Kennzahlen über die Kleinhandelspreise für Lebensmittel.

Diesem Abschnitt, der der Tatsachenfeststellung gewidmet ist, folgt der Abschnitt, der die Ursachen untersucht. Nacheinander werden, wie es der Aufgabe der Denkschrift entspricht, in knappen Umrissen behandelt: die Rohstoff-, die Verkehrs-, die Werkzeug-, die Valuta- und die Kreditkrise, weiter die auf die Arbeit bezüglichen Einflüsse.

Die ganze Erhebung soll dazu dienen, eine normale Wirtschaftslage wieder herbeizuführen. Deshalb dürfte am meisten der dritte Abschnitt, der sich mit den Lösungen beschäftigt, interessieren. Als Richtlinien werden die nachfolgenden vorläufig ins Auge gefaßt:

1. die Demokratisierung der Industrie,
2. die Frage der Akkordarbeit,
3. die Stabilisierung der Arbeit,
4. die Verbesserung der technischen Hilfsmittel,
5. die Bekämpfung der Valuta- und Rohstoffkrise.

Den Veröffentlichungen, welche wir in dieser Gruppe zu erwarten haben, werden wir ganz besondere Beachtung widmen müssen.

Die Abwicklung des sehr reichhaltigen Arbeitsprogramms, das der Genueser Beschluß des Verwaltungsrats dem Internationalen Arbeitsamt stellte, hängt in ihrem Er-

folg ab von der Lösung der vorerst noch nicht in ihrer ganzen Größe zu übersehenden Schwierigkeiten. Neben den organisatorischen werden es in hohem Maße die technischen sein. Wieweit wird es möglich sein, die statistischen Angaben verschiedener Länder wissenschaftlich einwandfrei vergleichsfähig zu gestalten, welche Mittel wird man finden, den Grad der Zuverlässigkeit der statistischen Angaben aus 49 einzelnen Ländern sehr verschiedener statistischer »Reife« kritisch zu werten?

Offenbar handelt es sich hier um ein Werk, das tatkräftige Unterstützung durch deutsche Wirtschaft und Wissenschaft fordert. Hier ist kein Mißtrauen am Platze. Die sachliche Art und Weise, wie das Internationale Arbeitsamt seine Arbeit nach den in der Denkschrift niedergelegten Gedanken anzugreifen im Begriff ist, verdient volles Verständnis und Förderung. Eine besondere Empfehlung ist die klare offene Sprache und die Anschaulichkeit, Züge, die hoffentlich auch den weiteren Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes erhalten bleiben. Letzten Endes wäre es unser eigener Schaden, wenn wir den hier eingeschlagenen Weg zu einer großzügig gedachten internationalen Aufklärung und Verständigung über das Weltarbeitsproblem verkennen würden.

[1248] Prof. Dr. Schuchart.

Das Auswanderungsproblem.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Auswanderung aus Deutschland in den nächsten Monaten und Jahren außerordentlich zunehmen wird. Schon unmittelbar nach Kriegsende wurde eine derartige Bewegung erwartet. Sie trat auch ein, aber nicht in allzu starkem Umfange. Im ersten Halbjahr 1921 wanderten beispielsweise 7592 Menschen aus, gegen 11803 im ganzen Jahre 1914. Die Ursachen der verhältnismäßig geringen Auswanderung sind in verschiedenen Umständen zu suchen. Einmal trat als Folge der Valutaentwertung in vielen Industriezweigen eine bedeutende Hochkonjunktur ein, dann aber erschwerten die verschiedensten Umstände finanzieller, politischer und verkehrstechnischer Natur dem einzelnen die Aus-

reise so sehr, daß er seine Pläne aufgab oder aufschob.

Ohne Zweifel wird die wirtschaftliche Entwicklung in Bälde gebieterisch zwingen, Volkskräfte nach dem Auslande abzustößen, genau so, wie England sich heute schon veranlaßt sieht, zur Steuerung der Arbeitslosigkeit Dienstentlassenen Mittel zur Auswanderung zur Verfügung zu stellen. 60000 Mann wurden so bereits in den verschiedenen Dominions angesiedelt.

Da wir in Deutschland leider nicht in der glücklichen Lage sind, unser überschüssiges Menschenmaterial durch Ansiedlung in Kolonien der Volksgesamtheit zu erhalten, so gewinnt die Leitung der Auswanderung besondere Bedeutung. Gilt es doch einmal, dafür zu sorgen, daß dem einzelnen möglichst seine wirtschaftliche Stellung erhalten bleibt, und dann, daß seine Arbeit dem Deutschtum nicht völlig verloren geht.

Zur richtigen Beratung auswanderungslustiger Deutscher hat das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv in Verbindung mit dem Ibero-amerikanischen Institut Auslandswegweiser herausgegeben, von denen Band 5 bis 7, die Mittelamerika¹⁾, Venezuela²⁾ und Südafrika³⁾ behandeln, kürzlich erschienen sind. Die Führer sind von berufenen Kennern der in Frage kommenden Gebiete geschrieben und geben eine knappe, aber ausreichende Uebersicht über Land und Leute, die Wirtschaftsverhältnisse und über Besonderheiten, die für den Auswanderer wichtig sind.

Im einzelnen sei erwähnt, daß Wilhelm Sievers die Auswanderungsaussichten für Venezuela für wenig günstig hält; zwar besteht ein Ausländergesetz vom 24. Juli 1919, aber die Bestimmungen sind so scharf, daß die Einwanderung

¹⁾ Dr. Karl Sapper, Mittel-Amerika. Hamburg 1921, L. Friederichsen & Co. 124 S. Preis 22 M.

²⁾ Dr. Wilhelm Sievers, Venezuela. Hamburg 1921, L. Friederichsen & Co. 64 S. Preis 12 M.

³⁾ Dr. H. Blumhagen, Südafrika unter Einschluß von Südwestafrika. Hamburg 1921, L. Friederichsen & Co. 141 S. Preis 22 M.

nach Venezuela dadurch eher gehindert als gefördert werden dürfte. Am besten dürften vielleicht noch für junge Kaufleute die Aussichten sein, dort weiter zu kommen; für Techniker wird die Lage nicht günstig beurteilt.

Etwas aussichtsreicher liegen die Verhältnisse in den mittelamerikanischen Staaten, wo das Deutschtum stets gut eingeführt war. Dr. Karl Sapper kommt allerdings zu dem Ergebnis, daß eine Masseneinwanderung bäuerlicher Siedler ausgeschlossen ist, dagegen könnten Einzelpersonen verschiedener Berufe durchaus ein Fortkommen finden. Ingenieure und Techniker dürften verhältnismäßig günstige Aussichten haben; auch für den Kaufmann werden sich Stellungen finden.

In Südafrika ist zwischen den Vereinigten Staaten, Süd-Rhodesien und dem ehemaligen deutschen Südwestafrika zu unterscheiden. Aus politischen Gründen bestehen nach Dr. Blumhagen für den Einwanderer in die Vereinigten Staaten von Südafrika keine Schwierigkeiten, namentlich wenn Gegenden in Betracht

kommen, die vorwiegend mit Buren besiedelt sind; aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus scheidet aber ungelernete Arbeiter völlig aus. Gelernte Arbeiter und Werkmeister wurden bereits verlangt, doch hängt der Bedarf stark von der Wirtschaftslage ab, die zurzeit wenig günstig ist. Für Landwirte ist ein ansehnliches Vermögen Vorbedingung. In Süd-Rhodesien wird die Ansiedlung von Farmern durch die British South Africa Company in die Wege geleitet; hier dürften aber politische Schwierigkeiten für den Deutschen vorliegen. Südwestafrika schließlich wird nur in beschränktem Umfange deutsche Einwanderer aufnehmen können. Für den Farmbetrieb sind auch hier erhebliche Geldmittel erforderlich. Für jüngere Kaufleute sind die Verhältnisse nicht ungünstig. Gelernte Arbeiter und Ingenieure werden gleichfalls ein Tätigkeitsfeld finden können. In allen Fällen ist jedoch eine Einreiseerlaubnis der Einwanderungsbehörde in Windhuk erforderlich.

Dr.-Ing. Georg Sinner.

[1242]

Handel und Verkehr, Geldwesen.

Die Banken und die Industrie.

In der Frankfurter Meßzeitung (7. Januar 1922 S. 499) spricht Prof. Dr. E. Gothein, Heidelberg, über das Zusammenarbeiten der Banken und der Industrie.

Das Kreditbedürfnis der Industrie hat sich seit Kriegsende außerordentlich gesteigert. Die Ergänzung der sehr zurückgegangenen Materialvorräte und die Vermehrung des Anlagekapitals entsprechend dem gesunkenen Geldwert machen die Aufnahme kurzfristigen Betriebs- und dauernden Anlagekredits nötig.

Der einheimische Geldmarkt ist flüssig und steht der Industrie weitgehend zur Verfügung, sofern es sich um eine rasche Reproduktion des Kapitals handelt. Nur vorübergehend tritt hier gelegentlich eine Versteifung ein. Anders bei Daueranlagen, deren Erträge oft erst nach Jahren in Erscheinung treten. Zu

ihrer Finanzierung muß heute das ausländische Kapital mit herangezogen werden, und es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Industrie sich nur ungern dazu hergibt. Im Gegenteil, sie verfolgt damit ganz bestimmte Absichten und Ziele. Die Beteiligung ausländischen Kapitals ermöglichte es ihr oft erst, den Verkauf ihrer Erzeugnisse ins Ausland, und zwar in fremder, höherer Währung folgerecht durchzuführen. Sie hat im Devisengeschäft mit gutem Erfolg gearbeitet und ist sich bewußt, allein oder wenigstens durch ihre Bürgschaft den Devisenvorrat beschaffen zu können, den Deutschlands gesamtes Wirtschaftsleben dringend braucht.

Bei allen diesen Geschäften fand die Industrie eine wirksame Unterstützung durch die Banken. Die Banken nehmen heute nicht mehr in dem Maße wie früher, als es galt,

viele neue Industrien ins Leben zu rufen — wie heute noch beispielsweise in Ungarn, Rumänien und Kleinasien —, eine Führerstellung in der Volkswirtschaft ein, sondern begnügen sich meist, ihrer eigentlichen Bestimmung entsprechend, mit der bescheideneren, dafür sehr dankbaren Rolle des Vermittlers. Gleichwohl sind sie weit davon entfernt, in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Industrie zu geraten, denn die Industrie bedarf ihrer Vermittlung dringend, wenn sie in demselben Maße wie bisher auf dem Wege der Konzernbildung weiterschreiten will, um ihre wirtschaftliche Stellung auf dem Weltmarkt zu festigen.

Die Formen der neuzeitlichen Vereinigung sind meist sehr verschieden von denen in früherer Zeit. Fusionen verbieten sich wegen der damit verbundenen hohen Kosten von selbst, Konglomeratsgesellschaften nach dem Beispiel der amerikanischen »holding companies« und Interessengemeinschaften (gegenseitige Kapitalbeteiligung usw.) stehen unter den Neubildungen bei weitem voran. Die erforderlichen Aktienmehrheiten sind infolge der gleichmäßigen Verästelung des gesamten Banknetzes über ganz Deutschland und infolge der heutigen leichten Mobilisierbarkeit ehemals in fester Hand befindlicher Werte unschwer zu erlangen. Erleichtert werden die Aufkäufe sehr durch die Anteilnahme weiter Kreise der Bevölkerung an der Spekulation. Für die Industrie bedeutet diese allgemeine Beteiligung am Effektenumsatz, daß beständig ein großer Teil ihres Kapitals »schwimmt«, bis er einmal in der Schatzkammer eines Konzerns eine feste Stelle findet, und daß vor allem die Bewegung der Aktienkurse der Laune und Willkür eines oft irreführten und meist unwissenden Publikums preisgegeben ist. Das Fehlen des Termingeschäftes begünstigt die ungewöhnlichen Wertschwankungen noch erheblich. Soweit indes die Industrie nicht als Käufer ihrer eigenen Aktien auftritt, wird sie im Grunde von diesen Schwankungen wenig berührt. Sie und die Banken, die sich bemühen, nach Möglichkeit ausgleichend zu wirken, sind nicht vom allgemeinen

Fieberwahn gepackt, sondern bilden weiterhin mit den festen Untergrund unserer Volkswirtschaft.

[1809]

Die wirtschaftlichen Eigenschaften der Großgüterwagen.

Bei der dringenden Notwendigkeit, die Wirtschaftlichkeit der deutschen Eisenbahnen zu heben und mit geringsten Mitteln soviel wie irgend möglich zu leisten, damit sich das Verhältnis zwischen Nutzleistung und ganzer Leistung günstiger gestaltet, gewinnt auch die Frage besondere Bedeutung, ob durch Einführung von Großgüterwagen für den Massenverkehr mit einer Ladefähigkeit von etwa 40 t, wie sie in Amerika seit Jahren im Betriebe sind, wesentliche Vorteile erzielt werden können. Hierüber hat Oberbaurat Lauer¹⁾, Kattowitz, in einer Studie eingehende Betrachtungen angestellt, bei denen er untersucht, welcher Teil des ganzen Verkehrs als Massenverkehr zu gelten hat und für die Verwendung von Großgüterwagen geeignet ist, welche Fahrzeuge einzuführen sind, wie daraus Züge zu bilden sind, welche Einwirkung die Einführung der neuen Fahrzeuge auf den Betriebs- und Verkehrsdienst, insbesondere auf die Gestaltung, Beladung, Ordnung, Fahrt und Entladung hat, und wie sie den Bau und die Einrichtung der Strecken, Bahnhöfe, Werkstätten und Umschlaghäfen beeinflussen würden.

Als Massengüter kommen Steine, Erde, Steinkohle, Koks, Rohbraunkohle, Preßkohle und Eisenerz, die zusammen etwa 60 vH aller Sendungen ausmachen, in Frage. Steinkohlen werden allerdings wegen ihrer vielen Arten und Körnungen kaum in größeren Mengen als 40 t von einem Verfrachter an einen Empfänger aufgegeben. Man darf annehmen, daß 45 vH des ganzen Frachtverkehrs auf Großgüterwagen entfallen, während für den übrigen Verkehr, der an Ladestraßen, Güterschuppen und den zahllosen kleinen Anschlüssen umgeschlagen wird, der gedeckte oder niedrigbor-

¹⁾ Organ für die Fortschritte des Eisenbahnwesens 1921 Heft 15 und 16.

dige offene Wagen von 15 t das am besten geeignete und von der Bestellern bevorzugte Fahrzeug bleibt.

Die Gewichte und Abmessungen der Fahrzeuge sind durch die Tragfähigkeit des Oberbaues begrenzt, der nach den gültigen Bestimmungen einen Raddruck von 7,5 t mit Sicherheit tragen muß. Bei Lokomotiven, die nur bestimmte Gleise befahren und nicht ins Ausland gehen, sind größere Raddrücke zugelassen. Bei einzelnen Lokomotiven ist man bis zu einem Raddruck von 8,5 t gegangen, dem auch die Tragfähigkeit der vorhandenen Brücken entspricht, während sie für Neubauten noch höher gewählt ist. Lauer rechnet in seiner Studie mit 7,5 t Wagenradlast, 9 t Triebadlast, 5 t/m Wagengewicht und Zügen, die aus einem zweiachsigen Packwagen und 37 vierachsigen Güterwagen von 40 t Nutzlast und etwa 12,2 m Länge bestehen. Für die Beförderung solcher Züge im Gesamtgewicht von 2400 t einschließlich der Lokomotive müßten Lokomotiven benutzt werden, die etwa den amerikanischen 1 D + D-Lokomotiven entsprechen, 18,3 t Zugkraft für gleichmäßige Fahrt ausüben, im ganzen betriebsfertig 150 bis 160 t, mit vierachsigem Tender 210 bis 220 t wiegen und ohne Tender rd. 18 m, mit Tender rd. 27 m lang werden. Die ganze Länge des zu befördernden Zuges würde etwas über 500 m betragen, also etwas geringer sein als die der jetzigen längsten Züge. Im Durchschnittsverkehr ist im Gegensatz zu diesem Voll-Lastzuge nur mit 34 beladenen Wagen für 35 t Nutzlast zu rechnen, die in der Lastrichtung 1200 t Nutzlast, in der Leerrichtung 240 t, im Mittel 720 t Nutzlast befördern, während die bisherigen Züge im Durchschnitt 50 beladene Wagen für 14 t führen und im ganzen 700 t in der Lastrichtung, 140 t in der Gegenrichtung, im Mittel 420 t Nutzlast befördern.

Um den im Massenverkehr zu stellenden Anforderungen zu genügen, müßten 1600 der oben gekennzeichneten schwersten Lokomotiven und rd. 52000 vierachsige Güterwagen der neuen Bauart zur Verfügung stehen. Die Anzahl der im Massenverkehr abzufertigenden Wagen würde

dadurch von 50000 auf 20000 sinken. Die Länge der im Tagesbedarf erforderlichen Gleisstrecken in den Aufstellungsgleisen der Anschluß- und Werkbahnhöfe würde um rd. 33 vH geringer sein können als bisher. Soweit die Aufstellgleise, auf denen die leeren Wagen zur Arbeitsstelle geführt, beladen, verwogen und richtungsweise in andere Teile der Anschlußgleise zurückgestellt werden, mit diesen durch Weichen und Gleisbögen verbunden sind, sind die Drehgestellwagen ihrer besseren Schmiegsamkeit halber im Vorteil. Werden die Wagen aber über Schiebebühnen oder Drehscheiben verteilt, so ist ihre Verwendung ohne Umbau dieser meist für einen Achsstand von nur 4,5 m ausgebildeten Anlagen ausgeschlossen. Für das Beladen der großen Wagen müßten mehr als bisher Maschinen benutzt und in allen Fällen, wo es die Art des Gutes und die örtlichen Verhältnisse irgend gestatten, Behälter, Füllrumpfe und Schächte aufgestellt werden.

Hinsichtlich der Ordnung und Bildung der Züge wird durch die Einführung der Großwagen das innere Netz der Abfuhrgebiete um so stärker entlastet, je mehr geschlossene Züge abgefahren werden. So würden z. B. auf einem Hauptverschiebbahnhof, der bisher täglich 3000 Wagen zu bearbeiten hatte, unter denen sich 2000 Fernwagen zu 14 t mittlerer Belastung befanden, in Zukunft nur 800 Großwagen zu 35 t zu bearbeiten sein. Die Belastung des Ablaufberges würde also von 3000 auf 1800 Wagen gemindert. Besonders günstig würde die Wirkung der Großwagen auf die Leistungsfähigkeit der Ausfahringleise und anschließenden Fernstrecken sein, die fast ausschließlich von der Zahl der Zugfahrten abhängt, während die Zahl der Wagen und deren Belastung keinen Einfluß hat. Je mehr Nutzlast der einzelne Zug fährt, um so leistungsfähiger werden Ausfahringleise und Strecke. Der Vorteil wächst mit dem Ueberwiegen des Fernverkehrs besonders dann, wenn der Fern-Güterverkehr vom sonstigen Verkehr getrennt werden kann. Die größten Vorteile bieten die Großwagen im Verkehr der Leerrich-

tung. Da die beladenen Wagen im Hauptverschiebebahnhof in einem Gange ausgesetzt und gesondert weiter behandelt werden, während die Leerwagen mit möglichst kurzer Unterbrechung ihren Weg zur Beladestelle fortsetzen, werden bei Verminderung der Zug- und Wagenzahl alle Teile der Bahnanlagen auch im Innern der Abfuhrgebiete entlastet. Rechnet man das Jahr zu 300 Arbeitstagen und die Fahrstrecken des Lokomotivpersonals zu 100 km, die der Zugmannschaften zu 125 km, so werden statt 2100 Lokomotivführern nur 1500, statt 1700 Zugführern nur 1200 zu stellen sein, so das im ganzen 600 Lokomotivführer und 500 Zugführer erspart werden würden.

In Häfen und Lagern würde die Einführung der Großwagen insofern außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen, als hier der Umschlag aus den Bahnwagen in die Schiffe durch Kippen geschieht, die vorhandenen Kipper aber für Großgüterwagen un verwendbar sind. In Industriewerken sind zum größeren Teil Kastenwagen, die gekippt oder von Hand entleert werden, zum kleineren Teil Selbstentlader zu entleeren. Diese sind teurer in der Anschaffung und Unterhaltung und bedingen wegen ihres höheren Gewichtes größere Beförderungskosten, können aber durch raschere Entladung den Wagenumlauf beschleunigen. Ihre Verwendung ist nur auf kürzere Entfernungen wirtschaftlich. Sie werden hauptsächlich über langgestreckten Behältern und Lagern, namentlich auf Pfeilerbahnen, verwendet, wo ortsfeste oder fahrbare Entlader schlecht anzubringen sind. Da an die allgemeine Ausbildung der Großwagen als Selbstentlader nicht zu denken ist, müßte der weiteren Ausgestaltung der Vorrichtungen zum schnellen Entleeren vierachsiger Kastenwagen, bei denen ein Kippen um die Längsachse oder um die Querachse in Frage kommt, besondere Beachtung geschenkt werden.

In den Lokomotivwerkstätten und Schuppen müßten für die neuen Lokomotiven 30 m lange Stände und Drehscheiben für etwa 25 m Achsstand geschaffen werden, in den Wagenwerkstätten, die über genügend lange Stände und Schiebebühnen

verfügen, würde nur der Umbau der Drehscheiben in Frage kommen, wenn dies bei den räumlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist. Der Oberbau der Strecken müßte, sofern er nicht mit Schienen von mindestens 40 kg/m versehen ist, für den Verkehr mit Fahrzeugen von 9 t Raddruck umgebaut werden. Dies ist aber unter den heutigen Verhältnissen in absehbarer Zeit nicht leicht durchzuführen. Auch für viele ältere Brücken würde sich die Notwendigkeit einer Auswechslung der Ueberbauten ergeben. Ob die Kipper der Rhein- und Oderhäfen für vierachsige Großwagen umgebaut werden können, müßte eingehend untersucht werden. Die Umständlichkeit des Kippverfahrens mit seinem großen Bedarf an Aufstellgleisen, seinem wiederholten Bewegungen der Wagen und langsamen Beladen der Schiffe könnte durch Einschieben von Behältern zwischen Bahnwagen und Schiff beseitigt werden, wobei die Wagen in einer Schleife immer vorwärts laufen und unterwegs auf einer Pfeilerbahn in die über einem kurzen breiten Streifen liegenden Behälter entleert werden.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Einführung der neuen Fahrzeuge zwar namhafte Ersparnisse im Betriebe und bei zunehmendem Verkehr das Hinausschieben sonst unvermeidlicher Erweiterungen ermöglichen würde, daß aber die Wirtschaftlichkeit in erster Linie davon abhängt, daß rasch und billig arbeitende Verfahren für ihre Entladung geschaffen werden. Ob für die Volkswirtschaft die Vorteile überwiegen, kann nur durch eingehende Erhebungen und Versuche festgestellt werden.

[1249]

L.

Industrie und Transportversicherung.

Die Transportversicherung ist der älteste Zweig des Versicherungswesens. Ihre Entwicklung läßt sich bis in die römische Wirtschaftsgeschichte zurückverfolgen, und entsprechend der langen Entstehungsperiode übertrifft sie heute auch alle anderen Versicherungszweige an Vielgestaltigkeit. Ihre genaue Abgrenzung z. B. gegenüber der Feuer-, Einbruchsdiebstahl- oder Haftpflichtversicherung

ist oft unmöglich, und als ihr Hauptmerkmal kann man nur die Bewegung oder Bewegungsbereitschaft der zu versichernden Gegenstände ansprechen. Je nach der Verschiedenheit der Beförderungsmittel und Beförderungswege unterscheidet man zwischen See-, Fluß- oder Binnenschiffahrts- und Landtransportversicherung; trifft man dagegen eine Einteilung nach dem versicherten Gegenstände, so spricht man innerhalb der Transportversicherung von

1. Kaskoversicherungen, d. h. Versicherungen der Transportmittel,
2. Warenversicherungen,
3. Versicherungen der Frachtsumme.

Das Transport-Versicherungsgeschäft beschränkt sich aber nicht auf diese drei hauptsächlichsten Zweige, die Gegenstände der Transportversicherung sind so mannigfacher Art, daß man sie kaum alle aufzählen kann. So können z. B. auch die Interessen eines Agenten beim Ein- oder Verkauf einer Ware, Bodmereigelder, Beiträge zu großer Haverei, Konjunkturverluste u. a. m. versichert werden. Die Auslegung der Begriffe Bewegung oder Bewegungsbereitschaft ist schwierig und kann niemals feststehen. Jedenfalls wird man bei Waren trotz langdauernder Lagerungen immer dann noch von Bewegungsbereitschaft sprechen können, solange sie noch nicht am Ende des Transportweges in den Besitz des Empfangsberechtigten gekommen sind.

Die Transportversicherung hat seit Beendigung des Krieges für die deutsche Industrie eine ganz besondere Bedeutung gewonnen, und zwar im Veredelungsverkehr, der bei dem Stande der deutschen Mark einen großen Aufschwung genommen hat. Da das Ausland bei der Lieferung der Rohstoffe für möglicherweise eintretende Verluste von vornherein Sicherheit verlangt, wird häufig und zweckmäßig der Rohstoff im gesamten Veredelungsverkehr bis zum Fertigfabrikat einer Transportversicherung unterzogen. Bei der Veredelung handelt es sich ja auch um eine stete Bewegungsbereitschaft des Stoffes, die nur durch einige Zwischen-

lagerungen unterbrochen wird. Die Bearbeitung oder Verarbeitung des Rohstoffes ändert nichts an der Bewegungsbereitschaft, und der Zuständigkeitsbereich der Transportversicherung hört erst dort auf, wo es sich um die Versicherung von unbeweglichen Gegenständen, Maschinen, Fabrikeinrichtungen usw. handelt, oder von Gegenständen, die in eigenen Räumen lagern, ohne daß bestimmte Verfügungen über ihre Verarbeitung, Weiterbeförderung oder Veräußerung seitens der Verfügungsberechtigten getroffen sind.

Das Wagnis, das heute eine Versicherungsgesellschaft mit der Uebernahme der Transportversicherung auf sich nimmt, ist groß, sofern nicht bei Abschluß der Verträge, vor allem hinsichtlich der Rückversicherung, genügend Vorsorge getroffen wird. Im vergangenen Jahr haben sich aus diesem Grunde verschiedene französische Gesellschaften von der Seeversicherung zurückziehen müssen¹⁾. Heute ist die Kette der deutschen Rückversicherer meist derartig weit verzweigt, daß der bei Eintritt des Versicherungsfalles zu zahlende Entschädigungsbetrag sich auf eine große Anzahl von Gesellschaften verteilt, so daß selbst in schwerwiegenden Fällen keine bedrohliche wirtschaftliche Schädigung einer einzelnen Gesellschaft entsteht.

Werden auch die Ausdehnung der Transportversicherung und die Zunahme der Neugründungen in den letzten Jahren vielfach als Schäden der heutigen Transportversicherung bezeichnet, so muß man dennoch ihre starke Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Nachkriegszeit bewundern. Die Transportversicherung ist dazu berufen, beim Wiederaufbau und bei der Wiederherstellung der durch den Krieg gelösten wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland in großem Maße tätig zu sein. (Europ. Staats- und Wirtschaftszeitung 1921 S. 526)

[1301]

¹⁾ Mitteilungen des Internat. Transport-Versicherungs-Verbandes 1921 S. 154.

Weltwirtschaft.

Wirtschaftliches aus Frankreich.

Hüttenwesen: Frankreich ist sich der Bedeutung des Hüttenwesens für das gesamte Wirtschaftsleben bewußt. Einflußreiche Persönlichkeiten haben neuerdings den Anfang gemacht, durch Gründung eines kapitalkräftigen Hüttenkonzerns das Hüttenwesen besonders im Norden und Osten Frankreichs zu fördern. Im Jahre 1913 stand Frankreich an vierter Stelle unter den Roheisen- und Stahlerzeugungsländern. Es stellte damals 5,2 Mill. t her, England 10 Mill. t, Deutschland 17 Mill. t und die Vereinigten Staaten 30 Mill. t. Deutschland erzeugte also mehr als England und Frankreich zusammen. Dieses Verhältnis ist heute anders: Deutschland hat auf Grund des Versailler Vertrages ungemein ergiebige Bergwerke in Elsaß-Lothringen an Frankreich und große Grubenanlagen in Oberschlesien an Polen abgegeben. Die im Norden Frankreichs liegenden und während des Krieges zerstörten Hüttenanlagen und Hochöfen sind fast vollständig wiederhergestellt, die Erzeugung im Osten hat sich gegenüber 1913 bedeutend vermehrt, der Zuwachs durch Uebernahme der lothringischen Hochöfen ist mit ungefähr $3\frac{1}{2}$ Mill. t zu bewerten, somit ist es verständlich, wenn allgemein angenommen wird, daß die Erzeugung Frankreichs im Jahre 1921 10 bis 11 Mill. t beträgt (das Ergebnis ist noch nicht bekannt). Die in letzter Zeit in der französischen Hüttenindustrie angelegten Kapitalien werden ein merkliches Steigen der Eisenerzeugung ermöglichen, welche übrigens bereits eine Höhe erreicht hat, die den französischen normalen Eigenbedarf übersteigt und deshalb Guß-, Schmiedeeisen- und Stahlerzeugnisse für den Außenhandel frei hat. Für Frankreich wird es aber schwierig sein, sich für seine Hüttenprodukte im Auslande Absatzgebiete zu sichern. Die sehr hohen Arbeitslöhne und die ungemein großen Unkosten, mit denen die französische Hüttenindustrie arbeitet, lassen voraussehen, daß sein Ausfuhrwettbewerb vorerhand

für die andern Länder nicht beunruhigend sein wird.

Kohlen: Von Jahr zu Jahr werden in Frankreich mehr englische Kohlen eingeführt, und dieser Wettbewerb beginnt sich sehr fühlbar zu machen. Die Angelegenheit ist auch wirklich ernst; man befürchtet allgemein, daß diese unangenehme Ueberschwemmung mit englischen Kohlen einen recht merkbaren Preisabschlag der französischen Erzeugnisse zur Folge haben muß. Dies könnte aber nicht ohne eine entsprechende Lohnminderung vor sich gehen. Schon im voraus zeigen aber die französischen Grubenarbeiter als Protest gegen einen Lohnabbau eine 24-stündige Arbeitseinstellung an. Diese wird den Verkauf der englischen Kohlen natürlich nicht verhindern, solange die französischen Kohlenlieferer nicht einen Preisabschlag auf ihre Erzeugnisse eintreten lassen; und ein Preisabschlag ist sehr unwahrscheinlich, denn die Grubenbesitzer drücken den festen Willen aus, eher den Betrieb einzustellen, als mit Verlust zu arbeiten. Diese Entschlossenheit scheint die Arbeitervertreter zur schließlichen Annahme einer Lohnkürzung zu führen, für beide Teile die beste Lösung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Preise der englischen Kohlen noch fallen werden, und dies wird den französischen Kohlenmarkt von neuem in eine recht unangenehme Lage versetzen; denn ein nochmaliger, damit schritthalten-der Lohnabbau würde von den Grubenarbeitern nicht mehr angenommen werden.

Koks: Frankreich leidet an großem und ernstem Koksmangel; Anfragen in der Deputiertenkammer und tägliche Aufsätze in den Zeitungen zeugen von der Wichtigkeit, die unverhohlen den deutschen Kokslieferungen beigemessen wird. Frankreich selbst hat keine nennenswerte Koks-erzeugung und ist fast vollständig auf Deutschland angewiesen. Aus verschiedenen nicht aus der Welt zu schaffenden Gründen, die jedoch in Frankreich nicht gewürdigt werden, betragen die deutschen Lieferungen

an Koks nur etwas mehr als die Hälfte der Mengen, die nach den Vereinbarungen geliefert werden sollten. Die Wiedergutmachungskommission hat, anscheinend auf Verlangen der französischen Regierung, Deutschland in Erinnerung gerufen, daß es ihm, mit Ausnahme der Lieferungen an Holland, verboten ist, Kohlen oder Koks ohne die vorherige Einwilligung der genannten Kommission in andere Länder auszuführen. Die beteiligten Kreise Frankreichs versuchen anderseits, ihre Eigenerzeugung zu vergrößern, und so sind denn beispielsweise die Koksöfen von Terneuzen, die seit dem Kriege still standen, letzthin in Betrieb gesetzt worden. Weiter empfiehlt die Société des Ingénieurs civils, in Frankreich die seinerzeit von Walther Rathenau zur zwangsweisen Einführung in Deutschland empfohlene Regel anzuwenden, die sagt:

»Es ist verboten, die Kohle unmittelbar als Brennstoff zu verwenden; es sollen von ihr ausschließlich die Nebenprodukte (Koks, Teer-Reste usw.) verwendet werden, nachdem der Kohle und den Nebenprodukten alles entzogen worden ist, was für andere wichtigere Zwecke als für den bloßen Brennstoffgebrauch benützt werden kann.«

Inzwischen werden die deutschen Kokslieferungen, so groß sie sein mögen, noch für geraume Zeit sehr willkommen sein!

Metallprodukte: Der Koks-mangel beeinträchtigt natürlich die Arbeit der Hochöfen, die nicht imstande sind, die Stahl- und Walzwerke genügend zu beliefern. Deren Erzeugung ist deshalb sehr vermindert, und dies hat zur Folge, daß englische Metallwaren in vermehrtem Maße auf dem französischen Markte auftreten, deren Preise ziemlich den französischen entsprechen. Halbfabrikate sind auf dem Markte begehrt, und es wurden namhafte Bestellungen mit Lieferzeit Ende März zu verhältnismäßig hohen Preisen abgeschlossen. Die Nachfrage nach Eisendraht, gezogenem Profileisen, Nägeln, Schrauben und dergl. ist immer noch recht flau; wo immer möglich, werden die Vorräte aufgebraucht; hingegen leidet die Normung, die übrigens in Frankreich noch auf sehr

schwachen Füßen steht, recht merklich darunter. Die Lagerbestände sind allgemein im Schwinden begriffen, so daß man zu Frühjahr, besonders anlässlich der im März stattfindenden Lyoner Messe, namhafte Bestellungen erwartet.

Allgemeine Lage der Industrie: Die industrielle Krisis hält an. Die Bautätigkeit ruht fast vollständig; die wenigen Vergrößerungsbauten, die ausgeführt werden, sind nicht imstande, das Bauhandwerk zu beleben. Die Tätigkeit in den mechanischen Werkstätten ist immer noch sehr beschränkt. Viele Fabriken, die für die Kriegsindustrie eingerichtet waren, und die nicht für die Friedensarbeit umgestellt werden konnten, sind immer noch geschlossen. Frankreich kennt keine staatliche Arbeitslosenunterstützung, und deshalb fehlen auch genaue Angaben über die Zahl der Arbeitslosen. Diese hat eher zu- als abgenommen und wird von gewerkschaftlicher Seite auf 1 450 000 geschätzt. Eine große Zahl Arbeitsloser wurde für die Truppen am Rheine und in den Kolonien angeworben. Es wird, besonders von seiten der Regierung, versucht, die Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit der Unsicherheit der deutschen Zahlungen zu bringen, und wenn auch von vielen die Wiederbelebung der Industrie in unmittelbare Abhängigkeit von diesen Vertragszahlungen gebracht wird, so gibt es doch auch wieder klarsehende Männer, die anderer Ansicht sind. Unter diesen befinden sich beispielsweise Gaston Japy, Senator des Departement Doubs, und Jules Cambon, Professor für moderne Organisation. Beide erklären öffentlich, daß nicht der Geldmangel an der Arbeitslosigkeit und der industriellen Niederlage Schuld ist, wohl aber die gewollte, unerklärliche Zurückhaltung der französischen Kapitalisten und der Mangel an organisatorischem Empfinden des Großteils der Industriellen; dazu kommt noch das Fehlen jeglicher Unterstützung seitens der Regierung.

Eine starke Entrüstung herrscht seit einiger Zeit in Unternehmerkreisen; denn die wenigen Bestellungen von größerer Wichtigkeit sind ins Ausland (England und Amerika) gewandert. Im Herbst des letzten Jahres

sind von einer großen Transportgesellschaft für rd. 25 Mill. Fr (425 Mill. Mark) Schiffsfahrzeuge im Auslande bestellt worden, während die eigenen Schiffswerften fast ohne Arbeit sind. Ferner hat die Eisenbahngesellschaft von Orleans trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit in den französischen Eisenbahnwagen- und Lokomotiv-Werkstätten letzthin folgende Riesenabschlüsse im Auslande gemacht:

2600 Plattformwagen .	rd. 60 Mill. Fr		
50 amerikanische Lokomotiven	60	»	»
250 kleinere Lokomotiven	rd. 75	»	»
600 Kesselwagen und 1050 Eiswagen		»	40

also im ganzen für rd. 235 Mill. Fr, d. h. zum heutigen Kurse für 4 Milliarden M. Die Schuld, daß diese Käufe nicht im Inlande gemacht worden sind, liegt hauptsächlich an der Höhe der französischen Angebote, verursacht durch die hohen Arbeitslöhne und starken allgemeinen Unkosten, welche angesichts der herrschenden ersten Lebensmittelteuerung wohl nicht so schnell sinken werden. Und so lange dies nicht der Fall ist, so lange wird sich auch die französische Ausfuhr von Maschinen jeglicher Art in ihrem bisherigen sehr bescheidenen Rahmen bewegen. Andererseits wird es wohl noch eine Zeit lang dauern, bis die gegenwärtigen Bestrebungen, sich in den Kolonien neue Absatzgebiete zu verschaffen, von nennenswertem Erfolge gekrönt sein werden. Der französisch-türkische Friedens- und Handelsvertrag behält Frankreich verschiedene wirtschaftliche Vorrechte vor, doch sind aus dieser Maßnahme bis jetzt noch keine Anzeichen für Belebung des Marktes zu verzeichnen. Der allgemeine industriell-wirtschaftliche Rückgang wird zum mindesten bis Ende März anhalten; einige Industrien, darunter die Werkzeug- und Kraftwagenfabrikation, werden von diesem Zeitpunkt ab ihre Lage etwas verbessern können dank der Bestellungen, die anlässlich der internationalen Messe anfangs März in Lyon und im Februar auf der Landwirtschaftsmaschinen-, Werkzeug- und Kraftwagenausstellung in Sourdan erwartet werden.

[1290]

B. E.

Die rumänische Volkswirtschaft im Jahre 1921¹⁾.

Die Lage der Finanzen im Jahre 1921 war gekennzeichnet durch schwere Enttäuschungen, durch Schwinden langgehegter Hoffnungen.

Der einzige Lichtblick des Jahres war die über alles Erwarteten gelungene Mustermesse von Bukarest im August und September, welche dem größten Teile der öffentlichen Meinung zuerst handgreiflich vor Augen führte, welche industriellen Möglichkeiten im Lande bestehen, aber auch klar machte, welche Unterlassungssünden die rumänische Staatsverwaltung belasten, die bisher nichts oder doch beinahe nichts getan hat, um die rumänische Volkswirtschaft auf der Grundlage einer gesunden Industrie vom Auslande unabhängig zu machen.

Nicht eine einzige der schwierigen Fragen der Wiederherstellung wurde einer Lösung entgegengeführt, soweit sich die Industrien nicht aus eigener Kraft helfen konnten. Aber auch die bestehenden und arbeitenden Werke, Handelshäuser und Banken hatten auf das schwerste zu leiden durch das unsichere Schwanken der von Dilettanten geleiteten Wirtschaftspolitik des Staates. Wenn heute eine schlechte Verordnung erschien, konnte man sicher sein, daß sie morgen zurückgezogen, aber übermorgen durch eine noch schlechtere ersetzt wurde.

Theoretisch gab es Schutzzoll, in Wirklichkeit fast schrankenlose Permis (Einfuhrschein)-Wirtschaft. Politische oder persönliche Günstlinge der Verwaltung brachten Milliardenwerte an Luxuswaren ins Land.

Ohne Kenntnis des Friedensvertrages schließt ein Ministerium mit Oesterreich einen Kompensationsvertrag ab, wonach auf Grund der Meistbegünstigungsklausel anderen Staaten Luxuseinfuhren gestattet werden müssen. Dafür stürzt dann der Leikurs auf der für ihn maßgebenden Pariser Börse von 20 Centimes am 1. Januar 1921 auf 10 Centimes im Oktober dieses Jahres. Das Land muß die riesigen Luxus-

¹⁾ Auszug aus der Neujahrsnummer des in Bukarest erscheinenden volkswirtschaftlichen Tageblatts Argus.

einführen mit dem doppelten Preise bezahlen, der gesamte Außenhandel wird zahlungsunfähig, wenn auch vorläufig die Zahlungen im gegenseitigen Einverständnis aufgeschoben werden.

Eine der größten Banken des Landes, die Banca Natiunei, muß indessen ihre Zahlungen einstellen, das Ausland verwechselt sie vorübergehend mit der Staatsbank Banca Nationala, und eine Panik in rumänischen Werten drückt den Leikurs bis auf 6 Centimes.

Die Regierung macht daraufhin einen Verzweiflungsschritt, sie sperrt die ausländischen Guthaben und läßt sie nur noch zu nachweisbar realen Geschäften verwenden. Auch wird in Paris ein Regulierungsdienst eingerichtet, der vorerst den Leikurs auf 10 Centimes bringt und dort nunmehr bereits monatelang erhält.

Die wilde Leispekulation hörte zwar auf, Rumänien zog sich aber durch diese Maßregel die Ungnade der internationalen Hochfinanz zu, der Lei wird an einer Reihe von Börsen nicht mehr notiert, und es ist etwas wie ein Boykott zu spüren.

Dazu kamen schwere Kapitalsteuergesetze. Das Kapital erwidert durch rasche Flucht. Bei manchen Groß-

banken werden $\frac{2}{3}$ der Einlagen abgehoben. Eine Geldknappheit ohnegleichen bricht an, die Staatsbank muß zu Hilfe kommen und erhöht den Banknotenumlauf auf 13,6 Milliarden Lei.

Der Staat arbeitet seit Jahren mit Milliardenverlusten: 1919/20 3,3 Milliarden, 1920/21 2,7 Milliarden, 1921/22 2 Milliarden Lei (geschätzt).

Der Versuch, ausländische Anleihen zu bekommen, mißlingt mit einer Ausnahme. Die Anleihe in der Schweiz von 40 Mill. Schweizer Fr muß auch zum größeren Teile in Waren angenommen werden.

Der Staat bezahlt infolgedessen seine Lieferer lässig oder gar nicht, seine Schulden an die einheimische Industrie werden auf 800 Mill. Lei geschätzt.

Eine Folge dieser fast unglaublichen Zustände ist die Tatsache, daß gleichzeitig mit der Entwertung der Valuta eine Entwertung der Bank- und Industripapiere erfolgt. Die beiden Erscheinungen zusammen ergeben in Gold umgerechnet ungeheure Verluste für die rumänische Volkswirtschaft.

Den Kursstand der wichtigsten Börsenwerte zeigt die folgende Uebersicht:

Aktien	1. Januar 1921		30. Dezember 1921	
	Lei	Goldfrancs	Lei	Goldfrancs
Banken				
Blank-Marmarosch	1 485	117	960	40
Banque de Credit	1 090	86	790	32
Romaneasca	1 135	89	880	36
Generala	1 965	155	540	22
Petroleumwerte				
Steaua Romana	7 375	580	3 725	154
Astra Romana	8 450	668	3 800	157
Petrolul Romanese	1 375	108	825	34
Speranta	12 750	1000	22 400	926
Creditul Petrolifer	1 930	152	3 210	133
Versicherungsgesellschaften				
Dacia Romania	2 950	232	2 200	91
Nationala	1 350	106	1 100	46
Schiffahrtsgesellschaften				
Romania	3 375	265	1 500	62
S. R. D.	3 825	301	1 700	66
Verschiedene				
Straßenbahn Bukarest	2 700	214	1 400	58
Creditul Technic	725	57	480	20
Textilwerke Buhuoi	1 925	152	1 520	63
Eisenwerke Renhitza	965	76	1 260	52

Also auch die wenigen Werte, die Steigerungen aufweisen, haben in Gold umgerechnet an Wert verloren.

Der Handel, zumal der Großhandel, hat in den Monaten Mai bis August eine Krise mit großen Preisstürzen und Käuferstreik durch-

gemacht. Einige Großhandelshäuser wurden auch zur Geschäftsaufgabe gezwungen. Gegen Ende des Jahres zogen die Preise hingegen infolge des Valutasturzes wieder allgemein an, wie die folgende Preistafel zeigt (Preise in Lei):

Monat	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.
Textilwaren												
Englische Baumwolle (Pack)	540	540	500	480	430	380	330	360	400	500	550	538
Amerikan. Leinenwaren (Yard)	16,00	14,50	12,50	12,00	11,00	10,00	9,50	10,50	15,00	18,00	20,00	18,00
Chiffon (m)	17	16	16	16	13	12,50	12	14	18	22	26	24
Zephir (m)	16	14	13	14	12	11	11	13	16	20	26	25
Lederwaren												
Sohlenleder . . kg	65	60	58	50	50	48	46	50	55	70	70	70
Eisenwaren												
Handelseisen . kg	8,50	8,00	6,50	6,00	5,80	5,80	5,80	5,20	5,50	5,25	5,50	6,00
Nägel kg	10,00	10,00	9,50	9,00	8,50	8,00	6,50	6,50	7,00	8,15	8,50	9,00
Kolonialwaren												
Zucker	25,00	19,00	18,50	18,00	17,50	16,50	15,00	16,00	17,00	18,00	20,00	22,00
Rangon-Reis . . .	15,00	9,00	8,50	8,00	6,00	6,50	7,00	8,00	9,00	10,00	14,00	15,50

Die Handelsbilanz des Landes ist äußerst passiv. Für 1921 wird mit 8 Milliarden Lei Einfuhr gegen nur 1½ Milliarden Lei Ausfuhr gerechnet. In den ersten neun Monaten (Januar bis September) wurden ausgeführt:

Kornfrüchte:

	1920	1921
Weizen	238 t	38 073 t
Weizenmehl	65 t	13 547 t
Roggen	7 809 t	53 077 t
Gerste	153 157 t	295 861 t
Hafer	3 787 t	89 865 t
Mais	172 609 t	104 243 t
zusammen	337 665 t	594 666 t

Erdölerzeugnisse:

	1920	1921
Rohöl	3 500 t	11 462 t
Petroleumrückstände	19 949 t	13 022 t
Benzin	47 656 t	61 576 t
raffin. Petroleum	101 905 t	87 710 t
Mineralöle	11 911 t	12 567 t
zusammen	184 921 t	186 337 t

Holz:

	1920	1921
Schnittware aus harzigen Hölzern	20 986 t	57 467 t
andere Bauhölzer	12 064 t	5 538 t
Tannenstämmen	2 017 t	17 697 t
zusammen	35 067 t	80 702 t

Die Steigerung ist also nur bei Kornfrüchten und Holz nennenswert.

Alle Ausfuhrzahlen reichen aber noch nicht entfernt heran an die des kleinen Altrumänien in gewöhnlichen Friedensjahren, das 3 Mill. t Getreide, 900 000 t Erdölerzeugnisse und 300 000 t Holz ausführte.

Die Ausfuhr könnte auch bei den heutigen beschränkten Produktionsmitteln weit größer sein, wenn die Transportverhältnisse im Lande besser wären.

An Holz und Petroleum lagern und verderben jedoch Milliardenwerte, die nicht nutzbar gemacht werden können, da die Eisenbahn oft nicht einmal den inneren Bedarf ausreichend bedienen kann. Die Holz-, Kohlen- und Erdölerzeugung muß eingeschränkt werden, und anderseits werden Industrien stillgelegt aus Mangel an Heizmaterialien.

Eisenindustrie.

Altrumänien hatte keine Eisenwerke, es bezog seinen ganzen Eisenbedarf aus dem Auslande. In Siebenbürgen hat Rumänien jetzt jedoch ziemlich bedeutende Werke erhalten, und zwar die zwei Gruppen Raschitza und Hunedvara (Vajdahunyad), die erste der ehemaligen öst.-ungar. Staatseisenbahn-

gesellschaft, die letzte dem Staate gehörend. Die beiden Gruppen stellten im Frieden rd. 270 000 t her, rd. die Hälfte des heutigen rumänischen Bedarfes.

Die Werke Raschitza wurden in diesem Jahre in eine rumänische Gesellschaft verwandelt und machten große Anstrengungen, um die Gruppe Hunedvara zu erhalten, mit der zusammen ein mächtiges Werk entstehen würde, das vom Eisenerz bis zum Fertigfabrikat alles selbst herstellen könnte. Infolge der parlamentarischen Wirren ist der Plan vorläufig noch in der Schwebe.

Da nun beide Gruppen infolge ihrer Trennung aneinander vorbei arbeiten und beide Mangel an Koks haben, waren sie im vergangenen Jahre nur zu etwa 20 vH ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, konnten daher kaum 10 vH des Landesbedarfes decken.

In Raschitza ist eine Lokomotivfabrik in Bau.

Die Eisenerzvorkommen Großrumäniens werden auf nur 18 Mill. t geschätzt, die Eisenindustrie ist also auf Erzeinfuhr angewiesen. Die beiden Eisenindustriegruppen Raschitza und Hunedvara haben eine motorische Kraft von 43 000 PS und verwenden 12 000 Arbeiter.

Ein großer Teil der auf das ganze Land verteilten kleineren Maschinenfabriken ist derzeit mit der Reparatur von Lokomotiven und Wagen auf lange Jahre hinaus lohnend beschäftigt.

Die chemischen Industrien Großrumäniens haben im allgemeinen mit dem Vorurteil der Bevölkerung zu kämpfen, die, an fremde Marken gewöhnt, diese vorzieht. Ein Teil der Industrie war daher genötigt, unter fremder, französischer und englischer, Bezeichnung zu arbeiten, um sich einzuführen.

Die Herstellung von anorganischen Erzeugnissen hatte ein besseres Jahr zu verzeichnen, als es das vergangene war. Die beiden Sodafabriken der Solvaywerke in Misara (Marosujvar) und Turda könnten nach Befriedigung des Inlandbedarfes noch 26 000 t ausführen, es fehlt aber an Transport- und Absatzgelegenheiten.

Nur drei von den bestehenden Schwefelsäurefabriken Rumäniens haben im Jahre 1921 gearbeitet und den Inlandverbrauch gedeckt.

In organischen Erzeugnissen decken zunächst die Fabriken für Holzdestillate den Inlandverbrauch und haben sogar einige Ausfuhrerfolge zu verzeichnen.

Die Seifen- und Kerzenindustrie hat einen großen Aufschwung genommen, die feineren Erzeugnisse müssen sich aber hinter ausländischen Bezeichnungen verstecken, um Eingang in die wohlhabenderen Verbraucherschichten zu gewinnen. Ebenso behandelt werden die Erzeugnisse der Parfümeriewarenindustrie.

Die Farbenindustrie hält sich in bescheidenen Grenzen, da sie mit dem deutschen Wettbewerb nicht Schritt halten kann.

Verkehrswesen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Berichte der gemeinsame Jammer über das kranke Verkehrswesen Rumäniens. Der Personenverkehr konnte im vergangenen Jahr einigermaßen in Ordnung gebracht werden, so daß die Züge regelmäßig fahren und auch nicht mehr so überfüllt sind, wie noch vor einem Jahre.

Der Güterverkehr hat sich sicher auch gebessert, obwohl kennzeichnenderweise keinerlei Statistiken vorliegen. Es ist nur verhängnisvoll, daß die Besserung bei weitem nicht Schritt hält mit der allgemeinen Produktionssteigerung, die im Jahre 1921 eingesetzt hat und zweifellos nur durch die Eisenbahnkrise künstlich zurückgehalten wurde.

Die Kohlen-, Holz-, Petroleum-, Spiritus- und Getreidelager sind überfüllt, und die Eisenbahn kann die Transporte nicht bewältigen. Es fehlt vielleicht an Wagen, sicher aber an Gleisen, Kranen, Lagerhäusern usw., die eine schnelle Be- und Entladung der Wagen und daher ihre bessere Ausnutzung ermöglichen. Am meisten fehlt es aber wohl an Fachleuten hoher und niederer Rangklassen.

Altromänien hatte vor dem Kriege für ein Schienennetz von 3700 km

932 Lokomotiven, nach dem Kriege für das großrumänische Netz von 11700 km 1376 Lokomotiven. Von den seither bestellten sind inzwischen 291 Lokomotiven neu in Dienst gestellt worden.

Vor dem Kriege hatte Altrumänien 1600 Personen- und 24000 Güterwagen, heute hat Großrumänien 6400 Personen- und 104000 Güterwagen, also eigentlich genügend. Doch sind zurzeit nur 45 vH verwertungsfähig.

Die Sicherheit der Transporte läßt auch noch zu wünschen übrig, und Diebstähle und Bestechungen sind an der Tagesordnung.

*

Die vorstehenden Ausführungen ergeben einen ziemlich guten Ueberblick über die innere wirtschaftspolitische Lage des rumänischen Staates von heute:

Ein mit Naturschätzen verschwenderisch gesegnetes Land, dessen teils eigene, teils ererbte durchaus gesunde Privatwirtschaft mit aller Macht vorwärtsstrebte, wird von einer unfähigen und verrotteten Staatsverwaltung niedergehalten.

Die Proletarisierung des Beamtenstandes hat in Rumänien wie anderswo zu einer Flucht der besten Elemente in die Privatwirtschaft und zu einem vollständigen Boykott des Staatsdienstes durch den Nachwuchs geführt.

Ein Ausweg aus dieser schlimmen Lage, aus diesem auch sozialen Problem, wird nur schwer und auf keinen Fall bald zu finden sein.

Die rumänischen Börsen schätzen daher die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes wohl richtig, wenn sie trotz Entwertung der Valuta die Effektenkurse ins ungewisse sinken lassen.

[1297]

Finnlands Wirtschaftsleben¹⁾.

Die Tagung der Deutsch-Finnländischen Vereinigung gelegentlich der Nordischen Woche in Lübeck wurde durch einen Vortrag von Dr. Henrik Ramsay, Helsingfors, über das Wirtschaftsleben Finnlands eingeleitet, aus dem wir folgendes entnehmen:

Das Wirtschaftsleben Finnlands beruht auf den Naturschätzen des Landes, den Wäldern und den Wasserkraften. Finnland ist ein ausgesprochener Agrarstaat, dessen landwirtschaftliche Erzeugnisse indessen bei weitem nicht zur Deckung des inländischen Bedarfs ausreichen.

Die industrielle Entwicklung hat in neuerer Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Namentlich ist die Eisenindustrie in stetem Aufschwung begriffen, die aus Schweden dorthin verpflanzt wurde, um schwedische Erze mit Hilfe der billigen finnischen Holzkohlen zu verhütten. Auch die Holzindustrie, die lange unter dem Vorurteil zu leiden hatte, daß sie schließlich zum Verbrauch der Wälder führen müsse, hat sich beträchtlich gehoben, seitdem die Anlage von Dampfsägereien, Holzstoff- und Papierfabriken gestattet wurde. In der Holzveredelungsindustrie zeigt sich in der letzten Zeit eine starke Neigung zum Zusammenschluß, um die Verarbeitung des Holzes vom Walde bis zum Fertigfabrikat zu beherrschen. Daneben hat sich die Faserstoffindustrie beträchtlich entwickelt, die ebenso wie die Eisenindustrie vor dem Kriege an dem großen Nachbarstaat Rußland einen guten Abnehmer hatte.

Der Aufschwung des ganzen finnischen Wirtschaftslebens setzte etwa 1860 ein, nachdem mit dem Bau von Eisenbahnen und Kanälen begonnen und in der Landwirtschaft der Getreidebau hinter der Viehzucht zurückgetreten war. Die Landeserzeugnisse an Papier, Butter und Milch haben einen regelmäßigen Verkehr mit dem Auslande ermöglicht; er wurde durch die Beschaffung von Eisbrechern, die das Fahrwasser auch im Winter für die Schifffahrt freihalten, unterstützt. Im Jahre 1880 ist die erste finnische Dampfschiffahrtsgesellschaft gegründet worden. Der Güteraustausch hat sich hauptsächlich mit England, Rußland und Deutschland vollzogen. Während er mit den beiden ersten Ländern wechselseitig war, hat Finnland in Deutschland sehr viel, dieses aber in Finnland nur wenig gekauft.

Im Weltkriege, der diese Entwicklung zum Stillstand brachte, waren die Eisen- und die Faserstoffindustrie

1) Vergl. T. u. W. 1919 S. 871, 1920 S. 594, 1921 S. 125.

durch Militärlieferungen in vollem Umfange weiter beschäftigt, so daß sie sich von den Banken unabhängig machen konnten; die Ein- und Ausfuhrverbote, die zum Teil auch jetzt noch bestehen, haben aber die freie Entwicklung des Wirtschaftslebens gehemmt.

Die Handelsbilanz ist, wie fast überall nach dem Kriege, so auch in Finnland passiv. Die Einfuhr läßt sich aber nicht einschränken, und es muß daher für eine vermehrte Ausfuhr Sorge getragen werden, obgleich auch in Finnland die Papiergeldinflation die Neubildung von Kapital und damit

die Steigerung der Warenerzeugung hintanhält. In der Einfuhr hat Deutschland seinen vor dem Kriege innegehaltenen Platz bereits wieder erlangt.

Heute zählt Finnland 12 Privatbanken mit 120 Mill. eigenem und 578 Mill. M fremdem Kapital, das Eisenbahnnetz hat sich seit 1885 von 800 km auf rd. 4000 km erweitert. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie ist in dieser Zeit von 30 000 auf 106 000 gestiegen, der Wert der Industrieerzeugnisse ist von 170 Mill. im Jahre 1885 auf 800 Mill. M im Jahre 1914 gewachsen.

[1254]

L.

Organisationsfragen.

Die Kontrolle in gewerblichen Unternehmen. Von Werner Grull. Berlin 1921, Julius Springer. 226 S. Preis 64 M.

Die Notwendigkeit, in der jetzigen Zeit erschwerter Wettbewerbsmöglichkeit die Wirtschaftlichkeit des Arbeitens auf allen Gebieten in den Vordergrund zu stellen, und die Erkenntnis, daß eine solche Wirtschaftlichkeit nur durch eine wohlgedachte, die rationellste Ausnutzung aller vorhandenen Mittel gewährleistende Organisation zu erzielen ist, hat in den letzten Jahren eine Unmenge von Aufsätzen und Schriften über Organisationsfragen zutage gefördert. Mit der Aufstellung eines Organisationsplanes für ein bestimmtes Fachgebiet ist es jedoch noch nicht getan; die Organisation kann erst wirksam werden, wenn ihre Durchführung durch Kontrollmaßnahmen gesichert ist. Gerade über diesen wesentlichen Teil der Organisation fehlte bisher eine zusammenfassende Darstellung, und es ist deshalb der Versuch des Verfassers, in dem vorliegenden Buche »die theoretischen Grundlagen der Kontrolle und die Grundzüge ihrer Technik ganz allgemein für alle Arten der Kontrolle« darzustellen, dankbar zu begrüßen, zumal dieser Versuch glänzend gelungen ist. In jahrzehntelanger, emsiger Sammlerarbeit hat Grull, dem in seiner Berufstätigkeit ein genauer Ein-

blick in die innere Organisation der verschiedensten Privat- und Staatsbetriebe in reichem Maße geboten war, die Unterlagen zusammengetragen und systematisch in seinem Werk zusammengefaßt, aus dem jeder für die besonderen Bedürfnisse seines Wirkungskreises nützliche Hinweise entnehmen kann.

Der Inhalt des Buches wird am besten durch die eigenen Worte des Verfassers in der Vorrede gekennzeichnet:

»Ausgehend von einer Betrachtung der Arbeitsteilung im Geschäftsbetriebe bringt die vorliegende Arbeit eine Darstellung der Gefahren, die jede menschliche Unternehmung bedrohen, und damit eine Ableitung der zur Durchführung des Betriebszweckes erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen, und zeigt die Stellung, welche die Kontrollarbeiten unter den Sicherheitsmaßnahmen einnehmen. Aus einer Betrachtung des logischen Vorganges beim Kontrollieren wird alsdann der Aufbau der Kontrollarbeiten entwickelt; es wird gezeigt, welche Mittel zur Durchführung der Kontrolle zur Verfügung stehen, welche allgemeinen Gesichtspunkte für die Auswahl der Kontrollmittel, die Arbeitsteilung bei der Kontrolle, die zeitliche und sachliche Verknüpfung der Kontrollarbeiten untereinander und mit der zu sichernden Arbeit und für

die Einschränkung des Fehlerfeldes maßgebend sind. Es folgen Vorschläge für die zweckmäßige Darstellung von Kontrollplänen, an die sich vier praktische Beispiele für die Ausgestaltung der Kontrolle in einem Geschäftsbetriebe anschließen, deren Sicherheitswirkung kritisch betrachtet wird. Schließlich wird dargelegt, daß und inwieweit die Kontrollarbeiten selbst einer Sicherung durch übergeordnete Kontrollen höherer Ordnung bedürfen, deren Ausgestaltung besprochen wird.«

[1266]

J. Daschner.

Berechnung technischer und industrieller Betriebe. Von Siegfried Herzog. Berlin 1921, Urban & Schwarzenberg. 415 S. Preis 70 M.

Das umfangreiche Buch des bekannten beratenden Ingenieurs in Zürich bringt deutschen Fachleuten nichts Neues. Für junge Ingenieure, die Wirtschaftsberechnungen aufzumachen haben, werden die über 200 Seiten füllenden »Beispiele aus der Praxis« insofern von Wert sein, als bei diesen mit der nötigen Gründlichkeit von den wirklichen Grundbedingungen, vom wirtschaftlichen Arbeitsvorgang ausgegangen ist.

In den übrigen Abschnitten sind geläufige Ansichten teils zu knappen und klaren Leitsätzen, teils aber auch zu einer Fülle von Formeln zusammengezogen, die nicht immer klärend wirken. Auch in den Leitsätzen kommen Versehen vor, die auf wenig kritische Leser verwirrend wirken müssen. Wenn z. B. auf S. 53 der Leitsatz aufgestellt wird: »Die Kosten der Erzeugungseinheit fallen mit den Betriebskosten und steigen mit der Fabrikationsmenge«, oder wenn auf der gleichen Seite als weiterer Leitsatz folgt: »Die Wirtschaftlichkeit eines technischen und industriellen Betriebes läßt sich an seinem Verarbeitungswert erkennen«, so ist der erste Leitsatz als falsch, der zweite als irreführend zu bezeichnen. Leitsätze müssen ohne dazugehörige Erläuterungen verständlich sein.

Bei den Kalkulationen arbeitet Herzog immer noch mit der längst abgewirtschafteten Methode des einheitlichen Zuschlages, statt mit getrennten

Kostenzuschlägen (Platzkosten) für die einzelnen Arbeitsfolgen. Veraltet ist auch die Weisung: »Die kaufmännische Direktion setzt die Höhe der Abschreibungswerte fest«, ohne daß gesagt ist, für welche Art von Bilanzaufmachung diese Werte gelten sollen.

Das Buch könnte durch ein gründliches Zusammenstreichen nur gewinnen, denn was sollen z. B. 8 Seiten Tabellen über die Kalkulation von Kaliberbolzen und Ringen, wenn Vergleichsbeispiele, die auf einer Seite zu bringen sind, zur Darstellung der Eigenart vollauf genügen? Gleiches gilt von andern Tabellen und Vordrucken.

In knapperer Form würde das Buch als Niederschlag jahrelanger Erfahrungen eines Praktikers manchen Anfängern willkommen sein.

Dr.-Ing. G. Peiseler,

[1263]

Leipzig.

Warum arbeitet die Fabrik mit Verlust? Eine wissenschaftliche Untersuchung von Krebschäden in der Fabrikleitung. Von William Kent. Uebersetzt und bearbeitet von Karl Italiener. Berlin 1921, Julius Springer. 95 S. Preis 13,60 M.

Einem Betrieb, der bisher einigermaßen befriedigend ging und Gewinn abwarf, droht durch eine oder mehrere Konkurrenzunternehmungen Gefahr, die bisherige Monopolstellung ist untergraben; Probleme wichtigster Art treten an die Leitung des Betriebes heran. Der Betrieb erkrankt und muß sich zu seiner Gesundung einen Arzt, den sogenannten »Geschäftsdiagnostiker«, verschreiben lassen.

In Form einer Plauderei wird nun der Weg zur Gesundung des Betriebes, d. h. seine Umstellung auf die Grundlage der neuzeitlichen oder wissenschaftlichen Betriebsführung geschildert. Zunächst stellt der Sachverständige seine Diagnose in Form eines Berichtes auf, und zwar unter Zuhilfenahme von Fachmännern auf Sondergebieten, wie z. B. dem Selbstkostenwesen. Nach Ueberprüfung dieser Voruntersuchung und nach Vereinbarung der für die Umstellung zu zahlenden Preise wird der Plan genehmigt. Die praktische Ueberleitung des Betriebes kann beginnen.

Besonderes Gewicht wird auf die kaufmännischen, die Kosten- und Verkaufabteilungen gelegt. Auch das Direktorium ist nach Ansicht des hier zu Worte gekommenen Sachverständigen sehr oft recht verbesserungsbedürftig; oft leidet es an einem Mangel an Ausdauer oder Voraussicht, an einer gewissen Schwerfälligkeit usw.

Der große Vorteil des Büchleins liegt in seinem Aufbau; der Verfasser spricht aus der Praxis; nichts Theoretisches und nichts, was nicht durch Beispiel belegt ist, wird hier gegeben. Man kann der Umstellung Schritt für Schritt folgen.

Als verfehlt und recht unglücklich muß aber die im Anhang geprägte Bezeichnung des »Betriebs-Spitzels« angesehen werden. Eine Bewegung wie die der wissenschaftlichen Betriebsführung, die mit vielen Vor-

urteilen und vielen Hindernissen zu kämpfen hat, schafft sich durch falsche Auslegungen künstliche Hemmungen, die nicht nötig wären. Nicht »Betriebs-Spitzel«, sondern »Systemüberwacher« muß es heißen; nicht mit dem persönlichen, sondern nur mit dem sachlichen Teil hat dieser Beamte zu tun. Seine Pflichten bestehen lediglich darin, auf die Aufrechterhaltung des Systems zu achten. Nichts ist bekanntlich so leicht möglich als ein Abweichen vom vorgeschriebenen Weg und ein Zurückfallen in alte unzweckmäßige Angewohnheiten. Auf ein regelmäßig wiederkehrendes Ueberwachen der geschaffenen Neueinrichtungen laufen die Aufgaben dieser Tätigkeit hinaus; mit Spionieren, das immer einen häßlichen Klang hat, darf dieser Beamte nichts zu tun haben.

[1234]

J. M. Witte.

Unternehmer, Angestellte und Arbeiter.

Arbeiterschutz im Arbeitsrecht.

Eine Materialsammlung in Karteiform wird von Syndikus Sander und Dr. Hüsing seit kurzem laufend im Verlage von I. H. Bankauf vorm. C. Mönningfeld, Bochum, herausgegeben. Sie soll für die Arbeitgeber einen Wegweiser und Ratgeber darstellen, um sie zu befähigen, ihre Rechte gegen Uebergriffe der Arbeitnehmer sicherzustellen und zu verteidigen. Die Gesichtspunkte, unter denen die Verfasser arbeiten, gehen dahin:

1. aus der Anzahl der gesetzlichen Bestimmungen den Kernpunkt herauszuheben,
2. mit kurzen klaren Worten die dem Arbeitgeber zur Seite stehenden gesetzlichen Schutzbestimmungen anzugeben,

3. den Arbeitgeber in allen Tagesstreiffragen schnell und sicher zu beraten,
4. stets die neueste Rechtsprechung zu berücksichtigen und so den Arbeitgeber auf dem laufenden zu halten,
5. der Praxis, also dem praktischen Gebrauch des Betriebsmannes zu dienen.

Die einzelnen Artikel, Entscheidungen usw. erscheinen in bestimmter Zeitfolge auf Steifpapierblättern gedruckt, können also karteimäßig abgestellt und damit jederzeit ergänzt und erneuert werden. Das Unternehmen kann warm empfohlen werden.

[1258]

A. Heinrichsbauer,
Essen.

Wirtschaft, Recht und Technik.

Handausgabe des Einkommensteuergesetzes von Dr. Georg Strutz. Nachtrag: Gesetz vom 20. Dezember 1921 zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes. Berlin 1922, Otto Liebmann. 86 S. Preis 14 M.

Zu dem in unserm Februarheft S. 125 besprochenen Kommentar des Einkommensteuergesetzes ist soeben ein Nachtrag erschienen, der die an der genannten Stelle erwähnten, durch das schnelle Schrittmaß der Gesetzgebung bedingten Lücken des

Hauptwerkes ausfüllt. Das Gesamtwerk enthält jetzt alle Bestimmungen des Gesetzes einschließlich der Änderungen vom 24. März 1921, 11. Juli 1921 und 20. Dezember 1921, insbesondere auch die wichtigen Vorschriften über die Rücklagen nach

§ 59 a. Auch das gesamte Material über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn und die wichtigen neuen Durchführungsbestimmungen dazu sind in dem Werk wiedergegeben.
[1313] Sp.

Wohnungswesen.

Die Zukunft der deutschen Bauwirtschaft (Neue Formen der Bauunternehmerlätigkeit). Von Dr. jur. Edm. Delmonte. Hamburg 1921, Konrad Hanf. 92 S. Preis 4 M.

Es fehlen in Deutschland zur Zeit über 1 Mill. Wohnungen; die Wohnungsherstellung ist in einem nie dagewesenen Rückstand. Das private Baugewerbe mit dem Bauunternehmertum, dem die Befriedigung der Bedürfnisse seit Jahrzehnten überlassen war, ist nicht in der Lage, nachzukommen; es hat in einem nicht geahnten Umfange versagt, weil es der ungeheuren Hemmung der aus zwingenden Gründen des Gemeinwohls gebotenen Niedrighaltung der Wohnungsmieten keine neuen Kräfte entgegenstellen kann.

Was in den letzten drei Jahren auf dem Baumarkt und in der Herstellung von neuen Wohnungen vor sich gegangen ist, läßt nicht erkennen, daß es in absehbarer Zeit möglich wird, die immer drückender werdende Wohnungsnot zu beseitigen. Nur privatkapitalistisch und in den bisherigen Formen der Unternehmung ist dem Problem nicht beizukommen, weil die (voraussichtlich noch lange Zeit gebundene) Wohnungswirtschaft keine Rente finden läßt und die aus öffentlichen Mitteln gespendeten Summen Tropfen auf dem heißen Stein sind. Aber auch die im Werden begriffenen »sozialen

Baubetriebe« stehen vor einem Berg, der ihnen zu hoch sein wird. Wir brauchen vor allem eine Preisbildung nach unten, einen Verminderungsprozeß an Stelle des Abwälzungsprozesses, wie er bisher bei den wenigen Bauausführungen, die möglich waren, immer wieder begünstigt wurde.

Der aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen über die Bauwirtschaft bekannte Verfasser hat den herrschenden Zustand in der vorliegenden Schrift treffend gekennzeichnet und fügt einen Vorschlag zur Gesundung bei, der voraussichtlich weithin Beachtung finden wird. Er befürwortet Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften. Die ersten, um den Baustoffhandel zur Ermäßigung seiner anschwellenden Preise zu zwingen, und um günstigere Lieferbedingungen zu erreichen. Mit den Unternehmerproduktionsgenossenschaften bezweckt er Zusammenfassung der Geisteskräfte des Unternehmertums (einschließlich des handwerkerlichen Baugewerbes), Herabdrückung der Geschäftskosten, Lösung der Geldfragen und damit weitere Preissenkung. Der Plan ist im einzelnen erläutert und begründet, die Darstellung klar und überzeugend.

Prof. W. Franz,
Charlottenburg.

[1302]

Kunst, Kultur und Technik.

Kultur im Kino.

Immer wieder wird die Forderung erhoben, dem Volk im Kinotheater geschmackvolle und belehrende Filme zu zeigen. Verschärfung der Zensur, Verstaatlichung, Kommunalisierung oder Sozialisierung der Theater — oder gar der Filmherstellungsbetriebe — werden dazu ge-

wöhnlich als geeignete Mittel empfohlen. Es ist notwendig, den aufrichtigen Verfechtern dieser idealen Gesichtspunkte die harten Tatsachen und Mißerfolge wirtschaftlicher Art entgegenzuhalten, welche mindestens die Unzweckmäßigkeit dieser Mittel bewiesen haben und vor nochmaliger Anwendung warnen sollten.

Behelrende Filme sind bisher in den Kinotheatern stets unbeliebt gewesen, ebenso wie Naturaufnahmen, Landschaften und selbst Tagesereignisse. Derartige Filme werden nur dann, und auch nur als Lückenbüßer vom Publikum geduldet, wenn sie im übrigen seinem wenig entwickelten Geschmack Rechnung tragen. Kommunale Kinos mit »geschmackvollem« Programm haben bisher nirgends Renten abgeworfen, so daß sie meist wieder schließen oder sich auf den allgemeinen Geschmack einstellen mußten. Das Publikum sucht im Kino nur Unterhaltung, keineswegs Belehrung. Vor dem Kriege bestanden die »Gesellschaft für wissenschaftliche Filme und Diapositive« und die »Zentrale für wissenschaftliche und Schulkinematographie« in Berlin. Beide konnten sich nicht halten. Die Stadt Frankenstein hat sich erst kürzlich veranlaßt gesehen, ihr Kino wieder zu verkaufen, da es unter städtischer Regie keinen Gewinn mehr brachte¹⁾. In Frankreich will man — nach neuer Meldung²⁾ — Tagesereignisse, Natur- und Lehrfilme aus den Kinoprogrammen gänzlich entfernen.

Diese Erscheinungen sind leicht erklärlich. Herstellung, Verbreitung und Vorführung von Filmen erfordern so erhebliche Geldmittel, daß diese nur dann wieder einzubringen sind, wenn Millionen Menschen die Filme gegen übliches Entgelt (heute durchschnittlich sechs Mark und mehr) sehen. Wo ist für behelrende Filme dieser Absatz? Können die Schulen von jedem Schüler für jede Vorführung sechs Mark erheben? Welcher Staat kann diese Summen gar etamäßig aufbringen? Die Kosten für die Herstellung eines Durchschnitts-

spielfilms in Deutschland einschließlich Verbreitung und Vorführung betragen heute 3 Mill. M oder darüber. Darin wären zehn Kopien eingeschlossen. Diese müssen von mindestens 500 000 Menschen gesehen werden, um die Kosten zu decken. Verdient wird nur am Auslandgeschäft, so daß jeder Film international gehalten sein muß. Große Filme sind nur bei gesichertem Auslandverkauf überhaupt herstellbar.

Der kultivierte Geschmack ist nicht Sache der Volksmassen. Das beweisen die Ansichtskarten-Industrie, deren kitschigste Erzeugnisse am besten »gehen«, und die Rentabilität der Operettenbühnen. Es darf auch als bekannt gelten, daß die »Kulturabteilungen« der Filmfabrikanten Zuschußbetriebe sind, die aus Prestige- oder Reklamegründen eingerichtet und fortgeführt werden, sich nicht einmal selbst erhalten, geschweige denn Erträgnisse abwerfen können. Man schädige also nicht das Kinogewerbe, dessen Bestehen offenbar nur darauf beruht, daß es ein wirklich vorhandenes Bedürfnis befriedigt, indem man es zwingen will, Aufwendungen für nicht vorhandene Bedürfnisse zu machen. Die Zahl der gebildeten und geschmackvollen Menschen stellt zurzeit eine hoffnungslose Minderheit in viel zu dünn verteilter Schicht vor. Wenn überhaupt die Möglichkeit besteht, ein Volk zu besserem Geschmack zu erziehen, dann ist dies jedenfalls nur in langsamer, zäher Erziehungsarbeit von unten herauf denkbar. Diese Aufgabe kann nur die Volksschule erfüllen. Wird auf diesem Wege im Laufe der Jahre eine Nachfrage nach bildenden Filmen geschaffen, so entsteht von selbst ein Gewerbe, das durch sein Angebot der Deckung des Bedarfes genügen wird.

[1192] Film-Ingenieur Lassally.

¹⁾ Kinematographische Monatshefte Juni 1921.

²⁾ Lichtbild-Bühne 1921 Nr. 31.

Anschriften der Schriftleitung und des Verlages, Mitteilungen über die Bezugsbedingungen und die Anzeigenpreise s. zweite Anzeigenseite vor dem Textteil.